

Interview:

Geld regiert, Mitleid krepirt

Autor Franz Schuh war bei den Wiener Stadtgesprächen

8

Aus AK&Gewerkschaften:

Altersgerechte Arbeitswelt

Die Sozialpartner präsentieren einen Aktionsplan für Ältere

34

Wirtschaft&Arbeitsmarkt:

Erwachsenenbildung

Die Lehrenden werden immer schlechter bezahlt

42

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

N° 6 | 2008 | 62. Jahrgang | € 2,-

www.arbeit-wirtschaft.at

Schwerpunktthema:

»Von die ganz armen Leut' ...«

ab Seite 8





8



22



26



34

Schwerpunkt:

Armut in Österreich **11**

In unserer Heimat, einem der reichsten Länder der Welt, fallen mehr als zehn Prozent durchs soziale Netz. Manche trotz Arbeit.

Working poor **13**

Viele Erwerbstätige brauchen Unterstützung, um mit ihrem Niedriglohn leben zu können.

Geheimnisse von Wien **15**

Ein Bericht des Illustrierten Wiener Extrablatts vom 29. Juli 1893 über Elendsquartiere.

Gefährliches Gefälle **19**

Zur Armutsbekämpfung sind mehr solidarisch finanzierte Leistungen notwendig.

Mittel gegen Armut **20**

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung brächte endlich eine Gegensteuerung gegen die hohen Armutsraten.

Armut ist keine Schande **21**

Hinter ihrer Maske des Gleichmuts erleben viele arme oder verarmte Menschen ein Wechselbad der Gefühle.

Reich bleibt meist reich **23**

Bildungserfolg, Einkommen und Berufsaussichten werden in Österreich nach wie vor sozial vererbt.

Kein Platz im Paradies **24**

In der Kulturgeschichte des Abendlandes waren Arme oft in der Rolle von Sündenböcken, sozial und materiell ausgegrenzt.

Weg in die Schuldenfalle **26**

Während die Zahl der Firmenpleiten sinkt, steigt die Zahl der Privatkonkurse in Österreich unaufhaltsam.

Ausgleich steuern **28**

Um Armut in Österreich zu bekämpfen, sind steuerpolitische Maßnahmen notwendig.

Armutsfalle Europa **30**

Immer mehr sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge kommen vorwiegend aus Afrika ins angeblich so wohlhabende Europa.

Vom Regen in die Traufe **32**

Armut betrifft in Österreich viele Menschen. Sie sieht nur anders aus als in den Ländern des Südens oder in Osteuropa.

Interview:

Armut in Entenhausen	8
Bei den Wiener Stadtgesprächen sprach der Schriftsteller Franz Schuh über Geld und Liebe in Zeiten des Kapitalismus.	

Standards:

Standpunkt: In der Armutsfalle	4
Veranstaltung: Fair und konkret	5
Aus AK & Gewerkschaften	6/7
Internationale Meldungen	45
Buchtipps	18
Man kann nicht alles wissen	46
Erklärungen aller grün-markierten Worte.	

Meinung:

Armut als Schicksal	16
Mindestsicherung	17

Wirtschaft & Arbeitsmarkt:

Aktionsplan für Ältere	34
Und Tschüss!	39
Wenig Geld, hohes Risiko	42
Verbraucherpreise	44

Gesellschaftspolitik:

John Maynard Keynes	36
----------------------------	-----------

GEWINNEN SIE MIT UNS

Unter all jenen, die uns ihre Meinung zur vorliegenden Arbeit&Wirtschaft schreiben, verlosen wir drei DVDs von den Wiener Stadtgesprächen mit Franz Schuh.

Redaktion Arbeit&Wirtschaft, 1010 Wien, Laurenzerberg 2.
aw@oegb.at

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.

Armut in Österreich

Österreich gehört zu den reichsten Ländern der Welt – trotzdem sind hierzulande mehr als eine Million Menschen armutsgefährdet. Das müsste nicht so sein. Schwerpunkt der Ausgabe Nr. 6/2008 der »Arbeit&Wirtschaft« ist Armut, ihre Gründe und Gegenstrategien.

Der Schriftsteller Franz Schuh war Gast bei den Wiener Stadtgesprächen. Für uns hat er mit Gabriele Müller über Armut philosophiert. Lesen Sie das Interview ab Seite 8. Wer als arm gilt und wie Armut berechnet wird, erklärt Norman Wagner ab Seite 11. Historikerin Brigitte Pellar hat für uns einen Zeitungsbericht über Armut in Wien aus dem Jahr 1893 ent-

deckt, Sie finden ihn auf Seite 15. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung wird von verschiedenen Seiten für eine wirksame Armutsbekämpfung gehalten. Wir haben nicht nur Fakten dazu, sondern auch einen Kommentar von Caritas-Präsident Franz Küberl (Seite 16). Hand in Hand mit der Armut gehen meist Schulden – über Wege in die und aus der Schuldenfalle berichten wir ab Seite 26. Besonders betroffen von Armut sind MigrantInnen, viele von ihnen sind vor der Armut zuhause geflohen (ab Seite 30). Darüber hinaus berichten wir in der aktuellen A&W über das Sozialpartnernetzwerk für ältere ArbeitnehmerInnen

(Seite 34), Betriebsverlagerungen (Seite 39) und die Honorarpolitik in der Erwachsenenbildung (Seite 42).

Vor 125 Jahren wurde John Maynard Keynes geboren. Aus diesem Anlass hat Wirtschaftswissenschaftler Günther Chaloupek ein Portrait des Ökonomen verfasst, das Sie ab Seite 36 lesen können. Sie finden uns auch im Internet: Auf unserer Homepage www.arbeit-wirtschaft.at haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee

Redaktion intern

Standpunkt

Katharina Klee
Chefredakteurin



In der Armutsfalle

Als ich ein Kind war, war eines meiner Lieblingsmärchen Andersens traurige Geschichte vom »Mädchen mit den Schwefelhölzern«. Oft habe ich das Märchen von der kleinen Zünderverkäuferin gelesen und war beruhigt, dass es nur ein Märchen war. Armut, Elend und Kinderarbeit, wie sie hier und in den Büchern von **Charles Dickens** und **Victor Hugo** beschrieben werden, gab es bei uns ja nicht. Richtig arme Menschen habe ich während meiner wohlbehüteten Kindheit in Innsbruck nie gesehen – sicher, es gab Sandler, aber deren Schicksal schien frei gewählt, die »wollten ja nicht arbeiten«; BettlerInnen kannte ich ohnehin nur aus der Literatur und dem Kino. Das Elend war weit weg.

Bettelnde Hände

Das hat sich geändert. Allein heute auf dem Weg zur Arbeit wurden mir sechs Hände flehend entgegengestreckt. Das Betteln um Almosen hat während der EM Hochkonjunktur. Noch mehr Menschen mit Behinderung, Alte, Frauen und Kinder als sonst werden aus ihrer rumänischen Heimat herangekarrt. Ihr Bitten, ihr Singen machen hilflos. Soll man geben oder nicht? Almosen, von denen die BettlerInnen selbst nicht wirklich etwas haben? Aber muss man nicht teilen, wenn man im Vergleich zu anderen auf die Butterseite des Lebens gefallen ist? Und wenn ja – mit wem? Der Bettlerin mit dem mageren Kleinkind, dem obdachlosen Straßenzeitungsverkäufer, Flüchtlingen, Kinderhilfsprojekten in der Dritten Welt?

Das »Mädchen mit den Schwefelhölzern«, dessen Schicksal mich so berührt

hat, hat nicht gebettelt. Es hat gearbeitet, die Hölzchen verkauft. Es gehörte zu den »working poor«, würde man heute sagen, Menschen, die arm sind trotz Arbeit. Ihr Elend ist nicht selbst gewählt. Und sie sind heute – wie wohl auch zu allen Zeiten – sehr oft unsichtbar.

Gegeben hat es sie sicher auch vor 30 Jahren in Innsbruck, jene, deren Einkommen nicht zum Auskommen reichte. Aber erst jetzt weiß ich, dass man die Armen nicht sieht. Dass Armut heute in Österreich vielleicht nicht mehr Hunger und Erfrieren bedeutet, aber Isolation und soziale Kälte. Armut ist keine Schande, und doch schämen sich die Armen. Ihnen fehlt das Geld, um an dem teilzuhaben, was wir Gesellschaft nennen: Lokalbesuche, ein Kinoabend, Kultur, Mode.

Neben einem geringen Haushaltseinkommen treten schwierigste Lebensbedingungen auf wie: die Wohnung kann nicht warm gehalten werden, eine kaputte Waschmaschine wird zum Problem, Armut verursacht Stress. Die Kinder trifft es am härtesten. Mehr als 101.000 Kinder und Jugendliche sind manifest arm. 95.000 Kinder sind armutsgefährdet. Für sie alle gilt: sie haben weniger (Aus-)Bildungschancen, sie sind sozialer Ausgrenzung ausgesetzt, die angespannte finanzielle Situation prägt ihren Alltag – und ihre Zukunft.

Das fängt schon zu Schulbeginn an, wenn Hefte, Bücher und Schreibmaterial gebraucht werden. Und dabei ist dies nur das Notwendigste. Denn in unserer Gesellschaft kann einen jungen Menschen schon die falsche Kleidung zum Außenseiter stempeln. Wer nicht über PC und Handy verfügt, landet schnell im sozialen Out. Armut ist wie eine Fuchsfalle, die

schmerzhaft zuschnappt, ohne fremde Hilfe so gut wie gar nicht abzubeuteln ist und selbst dann Narben hinterlässt, die oft ein Leben lang zurückbleiben.

Manchmal wollen Kinder und Jugendliche das nicht akzeptieren, manchmal wollen Eltern ihrem Nachwuchs das Stigma der Armut ersparen. Dann lauert erst recht Gefahr, denn Anschluss an unsere Wohlstandsgesellschaft erhält nur, wer über die nötigen Statussymbole verfügt. Dazu gehören der Besuch im Fast-food-Lokal genauso wie Urlaub, High-Tech-Geräte oder Markenkleidung. Sie sind wie jene Schwefelhölzer, die das kleine Mädchen im Andersen-Märchen entzündet, um kurz an jener anderen reichen, schönen Welt teilzuhaben. Die Verführung ist groß, doch Schulden, Kredite oder der Weg in die Kriminalität machen alles nur noch schlimmer. Die Armutspirale dreht sich weiter.

Rechte statt Almosen

»Schande Armut. Stigmatisierung und Beschämung« war das Motto der 7. Armutskonferenz im März dieses Jahres. Es ist an uns allen, etwas gegen diese Stigmatisierung und Beschämung zu tun. Und das ist möglich. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist nur der erste Schritt in die richtige Richtung, Respekt, Bewusstsein und Bewusstmachung sind die Haltung, mit der wir alle gegen Armut auftreten müssen und können. Wir müssen etwas ändern, bevor das letzte Schwefelholz verbrannt ist und noch mehr Menschen in der sozialen Kälte erfrieren – da helfen nur Rechte und keine Almosen.

Fair und konkret

Ein Themenabend mit konkreten Handlungsanleitungen und Tipps zum persönlichen Beitrag für eine »fairere Welt« in der täglichen Praxis fand am 5. Juni 2008 in der ÖGB-Fachbuchhandlung statt.

»Zumindest ebenso wie im Sport ist Fairness auch für die Arbeitswelt ein zentraler Begriff. Bestimmte Spielregeln, aber natürlich auch Schiedsrichter sind erforderlich, um die Einhaltung von Arbeitsbedingungen zu garantieren, die für möglichst alle Menschen fair sind«, erklärte Monika Kemperle, Leitende Sekretärin des ÖGB, zur Eröffnung des Themenabends »Fair und konkret« in der Fachbuchhandlung des ÖGB.

Der Abend stand unter dem Motto: »Die guten Kräfte sammeln sich.« Verschiedene Einrichtungen wie Clean Clo-

thes, Fair Trade, Weltumspannend arbeiten, attac, das Verkehrsbüro mit seinem »Fair Reisen«-Angebot oder die ökofaire Modelinie »Göttin des Glücks« präsentierten auf Einladung von Verlag des ÖGB und VÖGB ihr Angebot. Zwei Tage vor Anpfiff der EM 2008 durfte natürlich auch die ÖGB-Aktion »Fairplay at Work« nicht fehlen.

Zahlreiche Interessierte freuten sich über fairen Kaffee, faire Schokolade, faire Rosen und viel Information.

Ein Gewinnspiel rundete den Abend in der Fachbuchhandlung ab.

WEBLINKS

www.fairplayatwork.at

www.cleanclothes.at

www.weltumspannend-arbeiten.at

www.attac.at

www.fernreise.at

www.goettindesgluecks.at

www.fairtrade.at

www.oegbverlag.at



Monika Kemperle, Leitende Sekretärin des ÖGB, erzählte persönliche Erfahrungen mit der sozialen Schieflage in aller Welt.



Die junge Modefirma »Göttin des Glücks« setzt auf ökofaire Produkte. Lisa Muhr erklärt, warum es allen gut gehen soll.



Ernst Eigenbauer, Betriebsrat in der medizinischen Uni Wien, hat ein faires Warensortiment gewonnen.



Niemand ging mit leeren Händen nach Hause: Die BesucherInnen erhielten jede Menge Infos, faire Blumen und faire Schokolade.

IMPRESSUM

Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:

Laurenzberg 2, 1011 Wien,
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,
Katharina Klee (Chefredakteurin): Klappe 304,
Sonja Adler (Sekretariat): Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

E-Mail: aw@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee

Arthur Ficzeko (Vorsitz), Annemarie Kramser (Stellvertretender Vorsitz), Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer, Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin), Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz, Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar, Alexander Schneider, Erik Türk

Redaktionsmitglieder

Katharina Klee (Chefredakteurin),
Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Ruth Bauer, Mag. Elisabeth Beer, Mag. Kai Biehl, Dr. Günther Chaloupek, Mag. Dina Djalinos-Glatz, Astrid Fadler, Dr. Sibylle Fritsch, Dagmar Gordon, Mag. Karin Hinteregger, Franz Küberl, Mag. Gertraud Lunzer, Mag. Gabriele Müller, Dr. Brigitte Pellar, Mag. Reinhold Russinger, Dr. Alexander Schneider, Anita Stavik, Mag. Petra Völkerer, MMag. Norman Wagner, Mag. Susanne Wixforth, Petra Ziegler

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Laurenzberg 2

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller:

Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,
Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Arbeiterkammer:

Unterwegs »Glotzen«

Handy-TV ist nicht Handy-TV – ein AK-Test zeigt große Unterschiede bei Qualität, Kosten, Programmanzahl.

Die AK hat im Mai die Preise und Leistungen für Handy-TV bei A1 Mobilkom, T-Mobile, One und Drei geprüft. Handy-TV kann über UMTS-Streaming und über DVB-H empfangen werden. UMTS-Streaming wird von allen vier Betreibern angeboten (bei One auslaufend) und ist mit vielen Handytypen nutzbar. DVB-H geht momentan nur mit dem Handy Nokia N-77 bei Drei und One. Bei A1 ist ein Produkt in Vorbereitung.

A1 (UMTS-Empfang) verrechnet für ein Tagesticket drei Euro, für ein Monatsabo fünf Euro monatlich. Das TV-Abo kann nur am Ende der Rechnungsperiode gekündigt werden, wenn es keine aufrechte Mindestvertragsdauer gibt. T-Mobile verlangt fürs UMTS-TV-Angebot 2,90 Euro (Tagesticket), für das Monatsabo 4,90 Euro – kann jederzeit abbestellt werden.

Nur bei T-Mobile: ein Handy mit DVB-T-Empfang (Nutzung kostenlos

wie beim Antennen-TV daheim). Bei One ist UMTS-Streaming kostenlos, wird aber bald eingestellt. DVB-H kann in Kombination mit der großen Plaudertasche und dem Handy-TV-Paket für Neukunden um neun Euro pro Monat bestellt werden (bis Jahresende kostenlos, danach neun Euro im Monat).

Das TV-Abo von One gibt es mit und ohne 24-monatiger Bindung. Bei Drei ist das UMTS-Streaming-Angebot für alle Kunden kostenlos. Die Nutzung von DVB-H ist mit dem Tarif Show Time XL bei Anmeldung bis 31. Juli 2008 kostenlos. Nach der Aktion werden sechs Euro im Monat verrechnet. Die Betreiber bieten fünf bis 25 Programme, etwa von ORF1, ORF2 über Sat1 bis hin zu MTV.

Der Test zum Download:

www.arbeiterkammer.at/www-192-IP-41477.html

ÖGB:

Kindergeldrechner

Berechnen Sie selbst kostenlos, wie viel Sie nach dem Wiedereinstieg dazuverdienen dürfen.

Im Zuge der Reformierung des Kinderbetreuungsgeldgesetzes sind mit 1. 1. 2008 wesentliche Änderungen in Kraft getreten. Ein großer Vorteil der Flexibilisierung des Kindergeldes ist, dass Eltern jetzt die Möglichkeit haben, sich zwischen drei Bezugsvarianten zu entscheiden. Diese Varianten unterscheiden sich in der Höhe und Dauer des Bezuges von Kinderbetreuungsgeld. Es ist nun auch möglich, nur kurz aus dem Berufsleben auszusteigen und für diesen Zeitraum ein höheres Kinderbetreuungsgeld zu bekommen. Damit wurde eine langjährige Forderung der ÖGB-Frauen erfüllt! Neben der Flexibilisierung des Kindergeldes ist die Anhebung der Zuverdienstgrenze ein weiterer Erfolg des neuen KBG-Gesetzes.

Was müssen Eltern beim Bezug von Kindergeld beachten? Und wie viel dürfen Sie als WiedereinsteigerIn dazuverdienen, ohne das Kindergeld zu verlieren?

Ab sofort steht auch der Kindergeldrechner der ÖGB-Frauen wieder online zur Verfügung. Von Grund auf überarbeitet ist der Kindergeldrechner nicht nur auf den aktuellen Stand gebracht, sondern auch weiter verbessert worden und bietet nun noch mehr Service.

Nützen Sie unser kostenloses Service! Berechnen Sie rechtzeitig, wie viel Sie nach dem Wiedereinstieg bis zum Ende des Anspruchs auf Kindergeld dazuverdienen dürfen, damit sich beides ausgeht: Kindergeld und Job:

www.kindergeldrechner.at

ÖGB/GMTN:

Genuss, der verbindet!

Umstellen auf fair gehandelten Kaffee in Büros und Kantinen.

Seit fast zehn Jahren läuft die gewerkschaftliche Kampagne FAIR ESSEN mit dem Ziel, faires und somit umwelt- und sozialverträgliches Essen in Österreichs Betriebs- und Werksküchen zu fördern. Immerhin essen in Österreich täglich über 1,5 Millionen Menschen am Arbeitsplatz und in Betriebskantinen.

Essen schmeckt nicht nur, sondern hinterlässt auch Spuren – denn mit jedem Bissen is(s)t man politisch. Wir essen für oder gegen Monokulturen, Sozial- und Umweltdumping, Entvölkerung ganzer

Landstriche und Abwanderung, für oder gegen Börsengewinne auf Kosten der Länder und der Menschen im Süden. Produktion und Verarbeitung von Rohstoffen verteilen sich auf die gesamte Welt. Unternehmen fusionieren zu Megakonzerne, die ihre Marktanteile vergrößern und die Produktion kontrollieren. So auch bei Kaffee.

Weltweit leben etwa 100 Millionen Menschen von Kaffeeanbau, -verarbeitung und -vertrieb. Die meisten von ihnen können jedoch kaum von ihrer har-

ten Arbeit leben. Weltweite Sozialstandards fehlen trotz internationaler gewerkschaftlicher Forderungen. Viele BetriebsrätInnen und Mitglieder wollen nicht auf ein gerechtes Weltwirtschaftssystem warten, sondern werden aktiv und genießen schon jetzt fair.

Es geht ganz einfach: informieren – umstellen – genießen! Alles dazu lesen Sie in der neuen Broschüre »Genuss, der verbindet«, diese und mehr Infos finden Sie auf:

www.oegb.at oder www.gmtn.at

VÖGB:

Effektive Mitbestimmung

27. gesellschaftspolitisches Diskussionsforum am 26. Juni.

»Neue Wege – effektive Mitbestimmung und demokratische Veränderung« lautet das Thema des 27. gesellschaftspolitischen Diskussionsforums. Globalisierung und neue Managementkonzepte haben die Rahmenbedingungen für betriebsrätlisches Handeln radikal geändert. Es scheint, als ob alles unter die Räder kommen würde, was den Ertragswartungen entgegensteht.

Das 27. gesellschaftspolitische Diskussionsforum will exemplarisch neue

Widerstands- und Mitbestimmungsformen präsentieren, die zu einem Gutteil in konkreten betrieblichen Projekten in den vergangenen Monaten entwickelt worden sind. Der Vormittag steht im Zeichen innovativer Betriebsratsarbeit, am Nachmittag sollen nach einem Statement von ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer Visionen einer Demokratisierung der Wirtschaft vorgestellt werden. Erstmals wird für die Präsentationen das Format **Pecha Kucha** verwendet.

Ort:

Albert-Schweitzer-Haus
Garnisongasse 14–16/Schwarzspanierstraße 13, 1090 Wien

Termin:

26. Juni 2008, 9.00 bis 17.00 Uhr

Anmeldung unbedingt erforderlich – das Programm im Internet:

www.voegb.at/freizeit/events/0806_Folder_GEDIF027.pdf

vida:

Alles über Gender Mainstreaming

Internetseite zur Gleichstellung von Frauen und Männern.

Im ÖGB und in den Gewerkschaften gewinnt Gender Mainstreaming immer größere Bedeutung. Für eine moderne und innovative Gewerkschaftsbewegung ist die Gleichstellung der Geschlechter ein zentrales Anliegen. Die Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vida stellt sich der Herausforderung seit Beginn des Gründungsprozesses mit großem Engagement und hoher Motivation.

Durch die Berücksichtigung von unterschiedlichen Bedürfnissen von Frauen

und Männern werden Unterschiede nicht als gegeben hingenommen. Gender Mainstreaming fragt nach den Ursachen von Unterschieden und verfolgt das Ziel geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen zu überwinden, strukturelle Ungleichheiten abzubauen und Gleichstellung zu fördern.

Dieses Portal bietet einen Überblick darüber, was Gender Mainstreaming genau bedeutet und woher diese Strategie kommt. Sie können sich darüber infor-

mieren, wie Gender Mainstreaming umgesetzt werden kann, und wo diese Strategie bereits implementiert ist.

Wir berichten nicht nur laufend über den Stand der Dinge bei vida, sondern laden Sie auch zu einem Streifzug durch Handlungsfelder, theoretische Hintergründe und Hilfestellungen zu Ihrer eigenen Projektumsetzung ein.

Umfassende Informationen und Broschüren zum Download finden Sie auf:

gender.vida.at

Armut in Entenhausen

Bei den Wiener Stadtgesprächen im Juni sprach der Schriftsteller und Philosoph Franz Schuh über Geld und Liebe in Zeiten des Kapitalismus.

ZUR PERSON



Franz Schuh

Er studierte Philosophie, Geschichte und Germanistik in Wien. 1976–80 Generalsekretär der Grazer Autorenversammlung. Redakteur der Zeitschrift Wespennest und Leiter des essayistischen und literarischen Programms des Verlags Deuticke. Freier Mitarbeiter bei Rundfunk und Zeitungen. Lehrbeauftragter an der Universität für angewandte Kunst Wien.

AUSZEICHNUNGEN

1986 Österreichischer Staatspreis für Kulturpublizistik

2000 Jean-Améry-Preis

2006 Preis der Leipziger Buchmesse in der Kategorie Sachbuch/Essayistik

2006 Schweizer Medienpreis Davos für außergewöhnliche Leistungen im Journalismus

WERKE (AUSWAHL)

Liebe, Macht und Heiterkeit. Essays 1985. Das phantasierte Exil. Essays 1991. Der Stadtrat. Eine Idylle. 1995. Schreibkräfte. 2000 Schwere Vorwürfe, schmutzige Wäsche. 2006. Hilfe! Ein Versuch zur Güte. 2007. Memoiren. Ein Interview gegen mich selbst. 2008

Arbeit&Wirtschaft: »Geld regiert, Mitleid krepirt«, titelt eines Ihrer Essays. Ist Geld unmoralisch?

Franz Schuh: Geld ist ein Faktum, gegen das die Moral eine schwache Institution abgibt. Der moralische Einwand gegen die Geldgier trifft zwar, aber er hat gesellschaftlich gesehen keine Kraft, auch weil Geld ein wichtiges Medium ist, mit dem man vieles, auch Gutes, machen kann. Arme sind, selbst wenn sie keine Kritik äußern, ein lebendiger Beweis für Kritikgründe. Armut ist ein Einwand gegen die Gesellschaft, die so stolz auf ihr Funktionieren ist. Man sieht ja, wie in den öffentlichen Meinungskämpfen versucht wird, diesen Einwand nicht allzu stark

werden zu lassen, wobei ich der nicht sehr originellen Meinung bin, dass mit dem Ende des Kommunismus das übrig gebliebene System furchtloser und ohne Relativierung die eigenen Werte bis zur Übertreibung forciert.

Es gibt die statistischen Fakten der Armut und die sogenannte gefühlte Armut...

Gefühlte Armut ist eine problematische Kategorie. Im Prinzip ist auch Dagobert Duck einer, der sich arm fühlt. Wenn ihm ein Taler fehlt, steigt er auf die Barrikaden. Weniger die eigene Armut, heißt es, bereitet Schmerzen als der Palast des Reichen neben der eigenen Hütte. Armut ist

unter Umständen eine Geschichte des sozialen Vergleichs, und dabei spielt das Moment der gefühlten Armut seine Rolle. Allerdings ist Armut, die besteht, immer auch »gefühlte«. Daher ist es nicht human, sie – gegen solche Gefühle – zu verobjektivieren.

Es gibt für mich zwei Betrachtungsweisen der Armut: Die eine ist die gesamtgesellschaftlich analytische. In diesem Sinn ist Österreich eine reiche Gesellschaft. Macht man eine Ideologie daraus, führt das zur Ansicht: Wir sind reich, unsere Armen fallen nicht ins Gewicht.

Dagegen die andere Perspektive: So lange es auch nur einen einzigen Armen gibt, ist eine Gesellschaft nicht reich. Konzentriert man sich auf Armutsgrup-



Franz Schuh im Gespräch
mit Peter Huemer zum Thema
»Geld regiert, Mitleid kriecht«.

pen, etwa der alleinerziehenden Mütter, kann man sagen: Gemessen daran fällt der Reichtum der Gesamtgesellschaft nicht ins Gewicht.

Die Frage ist allerdings, mit welchen Maßnahmen reagiert man auf Armut? Und es gibt das Problem, dass der Sozialstaat auch entsolidarisierend wirken kann, weil die Solidarität Armen gegenüber bei bestimmten Leuten, die, wie sie sagen, »nichts geschenkt bekommen«, Ressentiments bewirkt.

Ressentiments könnten auch die haben, die fünf Euro pro Stunde verdienen, während andere das 20-Fache kriegen ...

Genau. Auch wenn man nicht mehr weiß, als dass mit dem Begriff »Gerechtigkeit« eine Idee verbunden ist, weiß man relativ genau, was Ungerechtigkeit ist. Und das ist von Fall zu Fall bekanntzugeben. In einer demokratischen Gesellschaft finden die sogenannten Verteilungskämpfe nicht zuletzt öffentlich statt. Dabei geht es auch um symbolisches Kapital, um Bildungschancen zum Beispiel. Diese Kämpfe sind von schändlichen Inte-

ressen, aber auch von Gerechtigkeitsvorstellungen durchdrungen, ohne dass man exakt definieren könnte, was denn etwa ökonomische Gerechtigkeit wäre. Die Ungerechtigkeit, dass einer von den Zinsen seines Kapitals lebt, erzeugt in mir Ressentiments. Ich muss in meinen prekären Lebensumständen ja schwer arbeiten. Es gibt aber zum Glück keine Instanz, die außerhalb des öffentlichen Streits sagen kann, was Gerechtigkeit für alle ist und wie man sie herstellt.

Warum zum Glück?

Weil es keine Menschen gibt, die gerecht genug wären, um die Gerechtigkeit, die sie versprechen, gerecht durchzusetzen. Das wäre eine Gerechtigkeitsbürokratie, die unter dem Vorwand, gerecht zu sein, das Ungerechte schlechthin tun würde.

Sie sagen, es gebe Zeiten und Konflikte, wo die Politik durchaus angezeigt wäre. Welche?

Der Satz von **Karl Kraus**, Politik sei Parteinahme, ohne zu wissen wofür, erscheint mir plausibel. Politik ist eine Art von subs-

tanzloser Leidenschaftlichkeit einerseits, und von bürokratischer Vertrocknung andererseits. Allerdings müssen die Angelegenheiten der Menschen geregelt werden. Der Inbegriff der Notwendigkeit von Politik ist die Vermeidung von Krieg. Die Art von Politik, die zu Kriegen führt, erfordert Politik, die Kriege verhindert. Es gibt auch Konflikte, die nichts als die Entscheidung für den Krieg zulassen. Gegen Hitler hätte man ohne Krieg keine menschenwürdige Welt haben können.

In Ihrem Buch »Hilfe! Ein Versuch zur Güte« schreiben Sie, dass Hilfe oft nur im Rahmen von Institutionen möglich ist. Die ArbeitnehmerInneninteressen werden von der Institution ÖGB vertreten ...

Die Gewerkschaftsbewegung ist eine der wichtigsten Humanisierungsanstren-

WEBLINKS

Wiener Stadtgespräche
www.wienerstadtgespraech.at

gungen in der Geschichte der Menschheit. Gewerkschaften unterliegen aber wie alle anderen Bürokratien der Gefahr, dass sie sich bloß um sich selber kümmern und hauptsächlich jene Probleme lösen, die es ohne sie nicht gäbe. Das ändert aber nichts daran, dass es eine über die Verhandlungsbereitschaft von Individuen hinausgehende Arbeitervertretung geben muss. Vorstellungen von Unternehmern wie Stronach, dass Gewerkschaften unnötig sind, weil er eh alles »mit seinen Leuten ausredet«, reichen nicht. Solche Konfliktregelungen müssen institutionalisiert werden, so dass die Vertretung von ArbeitnehmerInneninteressen außerhalb einer subjektiven Gesprächsbereitschaft Gesetz, also juristisch festgelegt ist.

Was in einer sogenannten globalisierten Wirtschaft mit ArbeitnehmerInneninteressen geschieht, die traditionell national vertreten worden sind, steht in den Sternen. Global konkurrieren Arbeitnehmerinteressen mit ArbeitnehmerInneninteressen. Weil die ArbeitgeberInnen etwa von Deutschland nach Rumänien gehen. Der alte marxistische Satz, dass die Konkurrenz der ArbeiterInnen untereinander deren größter Feind ist, ist jetzt auf internationaler Ebene aufgespannt und klingt in meinen Ohren ganz nach dem Slogan der Zukunft.

Ihr »Sehnsuchtsbegriff« ist für Sie nicht die Güte, sondern die Großzügigkeit. Die scheint am freien Markt eingeschränkt möglich, wo etwa viele Freiberufler untereinander konkurrieren.

Mit dem Hinweis, der freie Markt ließe keine Großzügigkeit zu, sie als unnötig zu denunzieren – das halte ich für ein kleinmütiges Argument. Wir sollten außerdem den Konkurrenzkampf nicht heroisieren. In einer sozialpartnerschaftlich ausbalancierten Gesellschaft wie der unseren, ist der Konkurrenzkampf gemildert, »sublimiert«. Vergleicht man die angelsächsische Konkurrenzkampfgesellschaft mit der unseren, bekommt man eine Ahnung vom Unterschied.

Sie haben keine Pensionsvorsorge. Wie geben Sie damit um?

Abgesehen von dem persönlichen Jammer, den jeder hat, ist es nicht uninteres-

sant, dass ein bestimmter Typus von Schriftstellern schon in Prekariatsverhältnissen gelebt hat, als das Prekariat noch gar nicht erfunden war. Ein Einzelner, der sich früh darin übte, ist weniger davon überrascht, als ganze Gruppen, die plötzlich hineinrutschen, und das, obwohl doch eine Generation vor ihnen noch mit sicheren Arbeitsverträgen agiert hat. Ein schöngeistiger Teil des abbröckelnden Mittelstandes hat Prekariats Erfahrung und existiert darin wie der Fisch im Wasser.

Die Hoffnung auf den Glücksfall, mit einem Bestseller privatwirtschaftlich an die zauberhafte Erfolgsspitze hinaufgetragen zu werden, spielt bei KünstlerInnen aller Art eine Rolle. Das ist wie Lotto spielen. Es gibt Prekariatsformen, die dieser Spielchance entbehren. Die Aussicht auf zauberhafte Befreiung besteht ja nur in manchen Berufen. So muss man, auch wenn es Übergänge gibt, zwischen dem hoffnungsvollen und dem depressiven Prekariat unterscheiden.

Sind die JournalistInnen schon Prekariat? Ein wichtige Frage, weil über das Aushungern der Redaktionen sehr viel an bisher garantierter Selbstreflexion der Gesellschaft unterschlagen wird. Das bedeutet – wie so manches andere – eine Übergangsform zu einer weniger freien Gesellschaft. Für Österreich ja kaum ein Problem, weil hier der Journalismus auch in seinen besten Zeiten seine Stärke nicht in der Reflexion hatte.

Was tun, wenn das Elend über die Medien in die Wohnung dringt?

»Alles was wir wissen«, hat der Soziologe Luhmann gesagt, »wissen wir durch die Medien.« Einerseits wüssten wir ohne Medien vom Elend der Welt kaum etwas. Andererseits aber ist die Beobachterposition, zu der Medien konditionieren, eine ganz andere als die der »caritas«, der tätigen Hilfe. Das Serviertbekommen des Elends macht daraus ein Spektakel. Das Spektakel führt dazu, dass man gerührt ist, in erster Linie von sich selbst und von der eigenen Rührung.

Was tun? Man kann wegschauen; man kann sich zum Spezialisten für solche Spektakel heranzüchten oder es mit ritualisiertem Spenden versuchen. Man kann vom humanitären Staat verlangen,

im Sinne der Staatengemeinschaft Hilfe zu leisten. Man kann politisch aktiv werden, oder man kann sich existenziell in die Sache einmischen, wie Ärzte ohne Grenzen.

Das Wort »charity«, und auch »charity« ist eine Möglichkeit, beansprucht die Würde der alten »caritas«. Mich interessiert weniger die Kritik an »charity«, an ihren widerwärtigen Erscheinungsformen; mich interessiert, dass selbst die hartherzigsten Typen, die ohne soziale Verantwortung existieren, Wert darauf legen, nicht als hartherzig eingestuft zu werden.

Es kommt in meinen Augen ja gar nicht darauf an, ob wir wirklich gut sind, sondern darauf, ob wir effektiv helfen, egal mit welchem moralischen Hintergrund. Mein sozialpsychologisches Interesse ist aber: Warum haben manche der so unfassbar am Gelde hängenden Leute das Bedürfnis, in der Öffentlichkeit eine Fassade ihres Gutseins aufzubauen?

Könnte »charity« die konkrete Arbeit karitativer Organisationen in der Öffentlichkeit diskreditieren?

Vielleicht, weil es in der Tat so ist, dass viele, die sich in der Öffentlichkeit durch »charity« Ansehen verschaffen, zugleich Gegner der »caritas« sind: In deren Augen steht sie links. Das Wesen der »caritas«, und ich meine nicht die Organisation allein, ist eine Menschenliebe, die über die spezifischen Gründe hinausgeht, aus denen unsereins einen anderen liebt. Man denke an den TV-Werbespot: »Warum helfe ich dem, obwohl er ...?« »Weil er ein Mensch ist«, heißt die Antwort. Man benötigt, um zu helfen, keinen anderen Grund.

Das Gespräch führte Gabriele Müller, freie Journalistin und Übersetzerin in Wien.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Armut in Österreich

In unserer Heimat, einem der reichsten Länder der Welt, fallen mehr als zehn Prozent durchs soziale Netz. Manche trotz Arbeit.

Autor: MMag. Norman Wagner

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der
Arbeiterkammer Wien, Abteilung Sozialpolitik

Armut in Zahlen: Laut aktueller EU-SILC-Auswertung waren im Jahr 2006 in Österreich 1,027.000 (2005: 1,001.000) Menschen armutsgefährdet. Das entspricht 12,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Aus dieser Gruppe galten 459.000 (2005: 421.000) Personen als von verfestigter Armut betroffen. EU-SILC (Europäische Union – Statistics on Income and Living Conditions)-Auswertungen gibt es seit 2003. Seither sind die entsprechenden Werte für Österreich relativ konstant geblieben. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt (16 Prozent) ist die Armutsgefährdung hierzulande etwas niedriger.

Vergleicht man die Jahre 2004 und 2005 so zeigte sich in einer Sonderauswertung, dass zusätzlich zu der Million

in Österreich armutsgefährdeten Personen weitere 600.000 vorübergehend betroffen waren. Dabei handelt es sich einerseits um Personen, die 2005 unter die Armutsgefährdungsschwelle gerutscht sind, 2004 aber noch darüber lagen. Andererseits um solche, die 2005 den Sprung über die Schwelle geschafft haben, nachdem sie 2004 noch darunter lagen. Zunehmende Prekarisierung und fortschreitende Diskontinuität der Erwerbsverläufe bringen es mit sich, dass die Zahl der Menschen, die irgendwann in ihrem Leben Armutsgefährdung erleben, steigt. Einige der Betroffenen finden wieder aus der Armutsfalle heraus, viele leider nicht. Selbst ein Einkommen aus Erwerbsarbeit ist kein sicherer Schutz!

Was ist Armut?

Bei Armut ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen relativer Armut (im Verhältnis zum Rest der Gesellschaft) und absoluter Armut (Probleme das Überleben zu sichern). Moderne Wohlstandsgesellschaften verwenden in der Regel das Konzept der relativen Armut. Auch die Armutsmessung von EU-SILC arbeitet mit diesem Konzept.

Als armutsgefährdet gilt demnach, wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens aller vergleichbaren Personen zur Verfügung hat. Der Median beschreibt die (Einkommens-)Höhe, an der die Hälfte der vergleichbaren Personen mehr und die andere Hälfte weniger zur Verfügung hat (beachte: das Medianeinkommen ist nicht gleich dem Durchschnittseinkommen). Zusätzlich zum Einkommen als Messgröße der Ar-

INFO & NEWS

Generell armutsgefährdet sind:

- 11 Prozent der Männer und 14 Prozent der Frauen
- 17 Prozent der Einwohner von Städten mit über 100.000 Einwohnern und 11 Prozent in anderen Städten bzw. Regionen
- 11 Prozent der österreichischen StaatsbürgerInnen und 28 Prozent der Nicht-EU-AusländerInnen
- 10 Prozent der Haushalte mit männlichem Hauptverdiener und 19 Prozent jener mit weiblicher Hauptverdienerin

Von den 1,027 Millionen Menschen in Österreich, die von Armutsgefährdung betroffen sind, sind:

- 184.000 vollzeitbeschäftigt (inkl. PensionistInnen)
- 67.000 teilzeitbeschäftigt (inkl. PensionistInnen)
- 234.000 in Pension
- 101.000 arbeitslos
- 165.000 im Haushalt tätig
- 65.000 in Ausbildung

Der Rest sind im Haushalt lebende abhängige Minderjährige.

WEBLINKS

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:

EU-SILC bei Statistik Austria

www.statistik.at/web_de/frageboegen/private_haushalte/eu_silc/index.html

Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz

www.bmsk.gv.at/cms/site/search.html?query=silc

muttsgefährdung wird das Konzept der Deprivation benutzt, um soziale Schief-lagen in der Gesellschaft zu beschreiben. Deprivation bedeutet Benachteiligung in Form von erzwungenem Verzicht auf grundlegende Konsumgüter, starke ge-

Für 2006 bedeuten 60 Prozent des Medianeinkommens:

für einen Einpersonenhaushalt	€ 893
für einen Erwachsenen und ein Kind	€ 1.160
für zwei Erwachsene ohne Kind	€ 1.339
für zwei Erwachsene mit einem Kind	€ 1.607
für zwei Erwachsene mit zwei Kindern	€ 1.874
Es handelt sich jeweils um Monatswerte (12-mal jährlich).	

sundheitliche Einschränkungen oder sehr schlechte Wohnverhältnisse, die nicht behoben werden können.

Treten Armutsgefährdung und Deprivation gemeinsam auf, wird von verfestigter Armut gesprochen. Hier wird in weiterer Folge die einkommensbezogene und damit leichter messbare Größe der Armutsgefährdung verwendet.

Armutsgefährdung nach EU-SILC wird in Form von Haushaltsbefragungen ermittelt. Dabei wird das gesamte, dem Haushalt zur Verfügung stehende Einkommen (inklusive aller Transferleistungen wie Familienbeihilfen, Wohnbeihilfen, Arbeitslosengeld, ...) eines gesamten Jahres erfasst. Da es sich um eine Stichprobenerhebung bzw. um Befragungsergebnisse (wobei bekanntermaßen nicht immer korrekte Auskünfte gegeben werden) handelt, weisen die Ergebnisse gewisse Unsicherheitsfaktoren auf. Daher sollten vor allem kleinere prozentuelle Schwankungen zwischen einzelnen Jahren nicht überbewertet werden.

Wer ist von Armut betroffen?

Besonders stark armutsgefährdet sind, wenig verwunderlich, Arbeitslose: 33 Prozent stehen an der Schwelle zur Armut. Personen, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind, sogar zu 52 Prozent. Ähnlich verhält es sich mit alleinstehenden Frauen, die eine Leistung aus der Pensionsversicherung beziehen (28 Prozent), MigrantInnen (28 Prozent), Menschen (meist Frauen), die allein mit minderjährigen Kindern leben (27 Prozent) und mit Personen, die nur die Pflichtschule abgeschlossen haben (22 Prozent). Demgegenüber sind Personen mit Universitätsabschluss (sechs Prozent), Personen, die mit

anderen Erwachsenen zusammenleben (acht Prozent) oder Personen, die eine Lehre oder eine mittlere Schule abgeschlossen haben (ebenfalls acht Prozent) deutlich seltener armutsgefährdet. Als working poor werden all jene Personen bezeichnet, die aktuell erwerbstätig und zwischen 20 und 64 Jahre alt sind und deren Haushaltseinkommen (verteilt auf alle Haushaltsangehörigen) unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt.

In den letzten Jahren ist diese Gruppe verstärkt ins Blickfeld von Politik und Armutsforschung gerückt. Aktuell betroffen sind etwa 230.000 der rund 3,4 Millionen Beschäftigten. Das bedeutet, dass sieben Prozent aller Erwerbstätigen in Österreich mit ihren Familien unter der Armutsgefährdungsschwelle leben. 165.000 dieser Personen sind sogar vollzeitbeschäftigt!

Prekarität und Armutsgefährdung

EU-SILC zeigt auch, dass prekäre Beschäftigungsformen mit einem überdurchschnittlich hohen Armutsgefährdungsrisiko einhergehen: So sind 24 Prozent aller Personen, die einer Teilzeitbeschäftigung mit unter zwölf Wochenstunden nachgehen armutsgefährdet. Nicht ganzjährig Beschäftigte zu 16 Prozent, ebenso wie Personen, die auf Basis eines Werk- oder freien Dienstvertrages arbeiten. Da es sich bei letzteren zahlenmäßig um eine relativ kleine Gruppe handelt, sind diese Werte aus der EU-SILC-Stichprobenerhebung statistisch nur schlecht abgesichert.

Ohne Sozialleistung wären durchschnittlich mehr als vier von zehn Menschen in Österreich von Armutsgefährdung betroffen. Aufgrund von Pensionszahlungen, Familien- und Bildungsleis-

tungen, Arbeitslosenleistungen, Gesundheitsleistungen und bedarfsorientierten Leistungen (Sozialhilfe und Wohnbeihilfe) gelang es, die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2006 von 43 Prozent auf knapp 13 Prozent zu senken.

Am meisten armutsreduzierend wirken neben den Pensionen vor allem die Familienleistungen. Gerade Familien mit Kindern sind sehr oft von sozialstaatlichen Transfers abhängig. Sie reduzieren die Gefahr, dass Kinder von Armut betroffen sind um mehr als die Hälfte.

Was Sozialhilfe leistet

Das unterste soziale Netz in Österreich bildet derzeit die Sozialhilfe. Sie fällt in die Kompetenz der Länder, was im Lauf der Jahre zu erheblichen Leistungsunterschieden in den neun Sozialhilfegesetzen geführt hat. Im Jahr 2006 haben in Österreich 131.000 Menschen Leistungen aus der sogenannten offenen Sozialhilfe in Anspruch genommen. Dazu kommen weitere 60.000 Personen, die in Altenwohn- und Pflegeheimen betreut werden und zur Sicherung ihres Lebensunterhalts eine finanzielle Unterstützung durch die Sozialhilfe beziehen.

Sozialhilfe kann nur beziehen, wer keine Arbeitsmöglichkeit hat und weder (sonstiges) Einkommen noch Vermögen in ausreichendem Ausmaß besitzt. Schätzungen, die sich auf Zahlen aus dem Jahr 2003 beziehen, gehen davon aus, dass nur etwa 45 Prozent aller Personen, die Ansprüche auf Sozialhilfeleistungen hätten, diese auch tatsächlich in Anspruch nehmen. Neben Unwissenheit über die Ansprüche sowie die teilweise unklare Rechtslage ist auch die Angst vor dem Stigma des ›arm seins‹ ein Grund für diesen Zustand. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS), bei der gerade über die Details verhandelt wird, soll helfen, die Armutsgefährdungsrate zu senken.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an den Autor
norman.wagner@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Working poor

Viele Erwerbstätige brauchen Unterstützung, um mit ihrem Niedriglohn leben zu können.

Autorin: Mag. Gabriele Müller

Freie Journalistin

Früher«, erinnert sich Leopoldine Schodl, Jahrgang 1948, »da waren es 195 m², die wir in der Stunde zu reinigen hatten. Heute sind es 300. Das ist Akkord pur.« Seit 29 Jahren ist die Mutter von drei Kindern bei G.Rado GmbH & Co. KG, GR-Dienstleistungen beschäftigt. Seit ebenso vielen Jahren ist sie eine der fünf Betriebsrätinnen des Unternehmens. Die Armutsgrenze, meint sie, hätten die MitarbeiterInnen heute bereits erreicht. Nur: Was kann der Chef tun? Die Konkurrenz um die Objekte ist groß. Immer billigere Anbieter dringen auf den Dienstleistungsmarkt. Kleinere Anbieter haben da wenig Chancen. Was kann der Betriebsrat tun, wenn Objekte, wie etwa die UNO-City, die von 125 MitarbeiterInnen der GR-Dienstleistungen betreut wurde, an größere Anbieter verloren gehen?

Pro Quadratmeter

»Heute arbeiten wir das Doppelte, um dasselbe zu bekommen, wie früher«, sagt Leopoldine Schodl. Im Kollektivvertrag steht die Entlohnung pro Stunde. Nicht die zu reinigende Quadratmeterzahl. Bei sieben Euro brutto pro Stunde käme eine Arbeitskraft schon auf etwa 1.000 im Monat. Nur, und da hilft auch noch so rasches Arbeiten nichts: Im Reinigungsgewerbe gibt es – bis auf Ausnahmen wie die Sonderreinigung – keine acht Stunden mehr. »Viele werden nur noch geringfügig angestellt«, berichtet

Frau Schodl. »Sie zahlen ihre Krankenkasse selbst. Wenn sie Glück haben und einen zweiten Job finden.« Und dabei haben die MitarbeiterInnen des österreichischen Betriebes G. Rado GmbH noch Glück. Sie kommen aus vielen Branchen: vom Friseurladen, Verkauf bis zum Büro. Sieben Euro, meint Frau Schodl, seien viel, im Vergleich was so manche Friseurin vorher verdient hätte.

Jacke wie Hose: 9,90

Die junge Frau ist fesch gekleidet, wirkt resolut und fröhlich. Wie sie heißt und wo sie arbeitet, braucht niemand wissen. Ein guter Betrieb in der boomenden Fitnessbranche, mit kleiner Gastronomie, Energydrinks und Vitamingetränken. »Trinkgeld geben die Leute heute wenig«, sagt sie. »Die meisten wissen nicht, dass wir eigentlich davon leben.« Sie lebt von 900 Euro brutto – und von der Unterstützung ihrer Eltern. Sie ist 35, ihre Tochter 14 Jahre. »Als Alleinerzieherin gehts momentan nicht anders«, sagt die gelernte Kellnerin. »Ich spare. Die Jacke hier: 9,90. Die Hose auch. Das Kaffeehaus geht mir ab. 2,60 die Melange, so viel wie ein Top im Ausverkauf.« Mit der Arbeitslosen sei es ihr, eigentlich, besser gegangen. 700 Euro, inklusive Transferleistungen für das Kind. Jetzt hat sie einen neuen Job in Aussicht. »1.300 brutto, das wäre toll.« Sie muss auf das nächste Angebot warten, bis die Tochter größer ist. Die 1.300 wären für 60 Wochenstunden.

Die junge Frau gehört zur heterogenen Gruppe der »working poor«, jener Menschen, die zwar Arbeit haben, aber damit ihre Existenz nicht sichern können. Allein in Österreich sind laut der Erhebung EU-

WEBLINKS

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:

www.armutskonferenz.at

Den Bericht »Einkommen, Arbeit und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus EU-SILC 2006«, herausgegeben von STATISTIK AUSTRIA, Wien 2008, können Sie unter der web-Adresse

www.statistik.gv.at als pdf-Datei laden.

SILC 2006 rund sieben Prozent davon betroffen. Von den knapp 3,4 Millionen Erwerbstätigen, so die für Österreich repräsentative Studie über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, sind rund 230.000 Personen armutsgefährdet. 97.000 davon sind »manifest« arm. Sie leben häufig in feuchten, schimmigen Wohnungen und haben einen schlechten Gesundheitszustand. 68.000 davon sind in Vollzeit beschäftigt.

Von den »unregelmäßig Beschäftigten« sind 16 Prozent armutsgefährdet. Fast ein Viertel der Arbeitskräfte, die in Teilzeit unter zwölf Stunden tätig sind, leben in Armut oder sind von ihr bedroht. Ähnliche Prozentsätze wurden für Menschen errechnet, die für 35 Wochenstunden weniger als 1.000 Euro brutto erhalten.

Soziale Zeitbombe

»Jenen Interessen nachzugeben, die einen Niedriglohnsektor mit ›Arbeit um jeden Preis‹ forcieren, bedeutet eine soziale Zeitbombe«, kommentiert das Netzwerk »Armutskonferenz« die aktuellen Daten



**Working poor:
Leben im und vom Ausverkauf.**

der Statistik Austria, die der im vergangenen Mai präsentierten Studie EU-SILC 2006 zugrundeliege. Die Schwelle zur Armut wurde 2006 mit jährlich 10.711 Euro für den Einpersonenhaushalt (knapp 900 Euro pro Monat) festgelegt. Für jede weitere erwachsene Person im Haushalt werden 447 Euro, für jedes Kind 268 Euro dazugezählt. Nicht allein die Erwerbstätigkeit ist ausschlaggebend dafür, unter die Armutsgrenze zu geraten. Auch Geschlecht, Familiensituation und Staatsbürgerschaft spielen eine Rolle. Besonders groß ist das Risiko für alleinerziehende Mütter.

»Gerade hier zeigt sich die Schwierigkeit, Lösungen zu finden«, meint die Sozialforscherin Petra Wetzel vom Wiener Institut L&R-Socialresearch. Armut bzw. Armutsgefährdung wird in Österreich nämlich auf Haushaltsebene gemessen. Niedriglöhne bzw. geringfügige Einkommen »allein« bedeuten noch keine prekäre Lebenslage, sofern diese als Dazuverdienst gelten. Erst bei der Trennung vom Partner tritt die Gefahr akuter Armut auf.

Neue Erwerbsformen

Besonders groß ist das Risiko, trotz Arbeit arm zu sein, für die Beschäftigten in den neuen Erwerbsformen: freie DienstnehmerInnen, Neue Selbstständige, Zeitarbeit, geringfügig Beschäftigte und Teilzeit. Der Bericht »Zufriedenheit, Einkommenssituation und Berufsperspektive bei neuen Erwerbsformen in Wien«, im Dezember 2005 von der Arbeitsgemeinschaft L&R Sozialforschung, abif und SORA erstellt, lieferte erstmals empirisch gesicherte Daten für den Arbeitsmarkt

Wien. Das durchschnittliche Einkommen Neuer Selbstständiger wurde damals mit 1.411 Euro erhoben. Die freien DienstnehmerInnen des im Strukturwandel befindlichen Arbeitsmarkt Wiens kamen auf rund 557 Euro, ZeitarbeiterInnen auf etwa 573 Euro. Das Unterbieten im Baugewerbe, im Handel und im Reinigungsgewerbe nimmt bizarre Formen an. Von einer Arbeitskraft berichtet die Betriebsrätin Leopoldine Schodl, die wegen des hohen Kostendrucks von der Firma entlassen worden war. Kurz danach stand sie, vom AMS entsendet, vor demselben Objekt, in dem sie bisher acht Stunden pro Tag gearbeitet hatte. Die neue Firma beschäftigt sie nun für sechs Stunden.

System »Flexicurity«

»Herrscht bei Ihnen Goldgräberstimmung?«, fragte das Blatt »Die Wirtschaft« zu Beginn des Branchenbooms 2005 den Geschäftsführer des Multi-Dienstleisters ISS Österreich. Mit Sicherheit, so dieser, sei »Facility Management« ein aufstrebender Markt. Unternehmen müssen sparen, Dienstleistungen rund ums Gebäude, die nicht zum Kerngeschäft gehören, werden ausgelagert. In Österreich setzt der Konzern ISS auf Zeitarbeit. Von den weltweit 450.000 MitarbeiterInnen sind nur 10.000 ZeitarbeiterInnen, berichtete ISS-Chef Jørgen Lindegaard in einem Interview im vergangenen April mit der Presse. 1.200 davon allein in Österreich. »Zeitarbeit hängt sehr vom Arbeitsmarkt ab«, meinte Lindegaard. »In manchen Ländern ist einstellen und kündigen sehr einfach. Wir nennen das System »Flexicurity«. Die

Firmen haben keine Angst, Leute einzustellen, weil sie wissen, dass sie sich leicht trennen können.« Die Österreich-Tochter von ISS ist mit ihren derzeit zwölf Niederlassungen und 9.500 MitarbeiterInnen immerhin viertgrößter Kunde des AMS.

Sittenwidrig

Frau Schodl berichtet von Frauen, die auch am Wochenende arbeiten, um sich Extra-Ausgaben leisten zu können. Etwa die Schullandwoche für das Kind oder eine unvorhergesehene Reparatur. Frauen, die gerne Teilzeit arbeiten, kennt sie keine. »Als Alleinerzieherin ist das nicht zu schaffen«, meint sie. »Manche rufen von der Arbeit um sechs Uhr früh ihre Kinder an, damit sie sich für die Schule fertig machen.«

Es gebe, sagt sie, viele Kämpferinnen unter ihnen. Aber auf verlorenem Posten. Ein Urteil des Arbeitsgerichtes Dortmund sei an dieser Stelle erwähnt. Der Textildiscounter KiK muss nunmehr den Stundenlohn einer Teilzeit-Angestellten um rund drei Euro anheben. Das Gericht stufte die bisherige Bezahlung der 58-jährigen Verkäuferin als sittenwidrig ein. Sie hatte bisher nur 5,20 Euro pro Stunde erhalten. Angemessen seien jedoch mindestens 8,21 Euro, so das Gericht.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an
gabriele.mueller@utanet.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Geheimnisse von Wien

*Ein Bericht des Illustrierten Wiener Extrablatts vom 29. Juli 1893
über Elendsquartiere.*

Autorin: Dr. Brigitte Pellar

*Historikerin, Schwerpunkt Geschichte und
Entwicklungsanalyse der ArbeitnehmerInnen-
interessenvertretungen*

Die Wiener Sanitäts-Behörde ... lässt gegenwärtig sämtliche sanitätswidrigen Wohnungen **kon-**
skrubieren ... Die Kommission fand in manchen Orten ... Wohnungen, von deren Existenz die wenigsten Wiener eine Ahnung haben. Diese Räume, welche für den Aufenthalt von Menschen gar nicht geeignet sind, beherbergen ganze Familien, zwanzig bis dreißig Personen. Die in den schmutzigen, ekligen Räumen die Nacht und einen großen Teil des Tages verbringen. So wurden in einem Glashause in der Wallensteinstraße (Hütte Nr. 229) dreißig Personen zusammengepfercht vorgefunden, darunter zehn Kinder – neun Personen schliefen am Dach ... In einem geradezu entsetzlichen Zustande befinden sich viele Dachwohnungen in der Brigittenau, Dresdnerstraße, und in **Zwischenbrücken**. Hier wohnen Menschen und Tiere zusammen in einem Raum, welcher nicht genügend ventiliert ist ... In einer Dachwohnung in der Dresdnerstraße fand man eine Frau mit einer ansteckenden Krankheit befallen und neben ihr lagen zwei kleine Kinder. ... So abstoßend im ersten Augenblicke vielleicht die Figuren, welche der mit photographischer Treue aufnehmende Zeichner in diesem Bilde gruppiert, wirken mögen, so wird man sich bei ruhigem Nachdenken eines tiefen Mitleids für die Armen und Elenden nicht



erwehren können, welche von der harten Not in diese ... menschenunwürdigen Aufenthaltsorte gejagt wurden.“

Die Menschen, die vor 125 Jahren so lebten, wie es dieser Zeitungsbericht schilderte, waren meist TagelöhnerInnen. Sie arbeiteten, wenn sie Arbeit fanden, rund um die Uhr und oft in vielen Jobs und hatten doch kaum genug zum Leben. Der Großteil der österreichischen Bevölkerung zählte damals zu den »working poor«, die so wenig verdienten, dass sie keine Steuern zahlten und deshalb auch nicht wählen durften. Das »Extrablatt« rief in seinem Beitrag zur Wohltätigkeit auf, um die Armut zu lindern, sie sei wohl unmöglich. Das war der große

Unterschied zum Ziel der jungen Arbeiterbewegung. Sie wollte eine Politik der Gerechtigkeit, die Armut verhindert, statt einer Politik der Wohltätigkeit, bei der die Armen arm bleiben. Deshalb bildete sie Gewerkschaften, um bessere Löhne zu erreichen, und deshalb kämpfte sie für den modernen Sozialstaat, sobald sie politisch mitreden konnte.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an
brigitte.pellar@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Kommentar

Franz Küberl

Präsident der
Caritas Österreich



Armut als Schicksal?

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist bei der Armutsbekämpfung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, meint der Caritas-Präsident.

Freiheit ist die grundlegende Voraussetzung für Entwicklung«, sagt der Wirtschafts-Nobelpreisträger **Amartya Sen**. Im Gegensatz dazu ist Armut Unfreiheit. Von den betroffenen Menschen wird sie meist als schreckliches Schicksal empfunden.

Für Menschen, die in Armut leben, erscheint der Weg wie eine Einbahn, oft wie eine Sackgasse: Armut heißt, öfter krank und sozial isoliert zu sein, die Heizung nicht bezahlen zu können, kein Geld für Reparaturen oder Urlaub zu haben. Armut ist aber nicht schicksalsgegeben, sondern das Produkt ungerechter Verteilung von Mitteln und Lebenschancen. »Schicksalhaft« ist oft der Fall unter die Armutsgrenze. »Schicksal« bedeutet hier Lebensbrüche wie Scheidung, Krankheit, oder auch Konkurs der Firma. Armut beginnt dort, wo die Möglichkeit eines selbst bestimmten Lebens endet. Selbstverantwortung und Selbstverwirklichung sind aber die Basis für die Wohlfahrtsentwick-

lung der Gesellschaft. Allein deshalb muss Armut bekämpft werden.

459.000 Menschen in Armut

Die Zahlen des Sozialministeriums: 459.000 Menschen müssen in Österreich in Armut leben. Weitere 568.000 sind armutsgefährdet. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Im Vorjahr baten mehr als 42.000 Menschen in Österreich die Caritas um finanzielle Unterstützung – Tendenz steigend. Rund 2,3 Mio. Euro wurden an Bedürftige ausbezahlt. Armutsbekämpfung ist keine Frage des gesellschaftlichen Könnens, sondern des Wollens. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist dabei ein wichtiger Schritt. Positiv ist die vorgesehene, bundesweit einheitliche Höhe. Eine vertane Chance ist, dass weiterhin zwei Behörden für die Sozialleistungen und Arbeitsvermittlung zuständig sind. Damit besteht die Gefahr, dass Menschen, die keine Ansprüche auf Beratung vom AMS haben, am beruflichen Abstellgleis bleiben. Hier haben die Länder eine Weiterentwicklung ausgebremst. Mit einem echten One-Stop-Shop hätte man Bürokratie entfilzen können. Nun müssen die Länder im Rahmen einer aktiven Beschäftigungs-

politik verstärkt selbst finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Auch eine Verbesserung der Chancengleichheit durch eine Reform des Bildungssystems sowie durch die Schaffung eigenmittelfreier Wohnungen für einkommensschwache Gruppen ist überfällig.

Freilich ist auch die beste Sozialpolitik auf individuelle Hilfe angewiesen. Strukturelle und individuelle Solidarität widersprechen sich nicht. Ganz im Gegenteil. Sie ergänzen einander. Damit die betroffenen Menschen der Armutsfalle entkommen können, braucht es die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Menschen. Nicht zuletzt deswegen bitten wir jedes Jahr die ÖsterreicherInnen gegen Ende des Jahres um ihren Beitrag für Menschen in Not in Österreich. Denn Armut ist nur Schicksal, wenn man sich fügt.

WEBLINKS

Weitere Infos finden Sie auf
www.caritas.at

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an den Autor
office@caritas-austria.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at


Karin Hinteregger

 Mag.,
 ÖGB-Beratungszentrum

Kommentar

Dina Djalinous-Glatz

 Mag.,
 ÖGB-Sozialpolitik


Mindestsicherung

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung ab 1. Juli 2009 positiv zu bewerten.

Eine wirksame Absicherung zur Armutsverringerung ist eines der wesentlichen Regierungsvorhaben dieser Legislaturperiode. Denn das Risiko, in Österreich arm zu werden, ist gestiegen. Laut der aktuellen Studie der Statistik Austria zu EU-SILC 2006 »Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Österreich« liegt die Zahl der armutsgefährdeten Personen in Österreich bei über einer Million Menschen bzw. 12,6 Prozent der Bevölkerung. Die Schwelle zur Armutsgefährdung liegt nach europäischer Definition bei 60 Prozent des Medianeinkommens und beträgt laut EU-SILC 2006 für einen Einpersonenhaushalt in Österreich 893 Euro netto monatlich.

Erwerbstätig und armutsgefährdet

Sogar erwerbstätige Personen sind vermehrt von Armut gefährdet. Als »working poor« gilt, wer im Erwerbsalter von 20 bis 64 Jahren ist, einer Erwerbstätigkeit nachgeht und dessen Haushaltseinkommen dennoch unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Rund sieben Prozent aller Erwerbstätigen in Österreich sind armutsgefährdet. Eine wichtige Maßnahme der Sozialpartner dagegen ist

die im Juli vergangenen Jahres getroffene Grundsatzvereinbarung zum Mindestlohn von 1.000 Euro brutto. Zusätzlich verpflichteten sich die Sozialpartner dazu, auch außerhalb ihres unmittelbaren Wirkungsbereiches für eine universelle Geltung des Mindestlohns bis 2009 einzutreten.

Mit einem Prozentanteil von 12,6 Prozent armutsgefährdeter Personen liegt Österreich noch immer deutlich unter dem EU-Durchschnitt (EU-25-Wert 16 Prozent). Dies ist laut EU-SILC 2006 in starkem Ausmaß auf den Umfang und die Treffsicherheit der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen zurückzuführen. Gäbe es keine Pensionen und Sozialleistungen in Österreich würde das Armutsgefährdungsrisiko bei 43 Prozent liegen. Sozialleistungen reduzieren somit deutlich Armut.

Um alle Menschen in Österreich gegen Armut abzusichern, haben Bund und Länder eine Vereinbarung über eine bedarfsorientierte Mindestsicherung entworfen, die nächstes Jahr in Kraft treten soll. Im Folgenden ein kurzer Überblick, wie nach dem Begutachtungsentwurf des Ministeriums für Soziales und Konsumentenschutz diese Mindestsicherung ausgestaltet sein soll: Bisher waren sowohl

W E B L I N K S

Weitere Infos finden Sie auf
www.erwin-buchinger.at/cms/buchinger/attachments/5/2/8/CH0764/CMS1205311957106/080311_presseunterlage_silc06.pdf

Höhe als auch Anspruchsvoraussetzungen für die Sozialhilfe je nach Bundesland unterschiedlich geregelt. Durch die Vereinbarung zur Mindestsicherung sollen diese unterschiedlichen Niveaus durch einen bundesweiten Mindeststandard vereinheitlicht werden. Die einzelnen Bundesländer können aber zusätzliche Leistungen, die über die bedarfsorientierte Mindestsicherung hinausgehen, erbringen.

Höhe der Mindestsicherung

Die Höhe der Mindestsicherung orientiert sich am Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende und würde für 2008 daher 709,80 Euro netto monatlich, 14-mal jährlich, betragen. Somit würde sich unter aliquoter Berücksichtigung der Sonderzahlungen ein Betrag von 827,05 Euro

netto pro Monat ergeben, der aber noch immer unter der Armutgefährdungsschwelle nach EU-SILC 2006 liegt. Lebt mit dem/der LeistungsbezieherIn eine andere erwachsene Person ohne genügend Einkommen im gemeinsamen Haushalt, wird die bedarfsorientierte Mindestsicherung um 75 Prozent erhöht.

Personen, die nicht arbeitsfähig sind, sollen so durch ein Leistungsniveau, das die Existenz sichert, gegen ein Abrutschen in Armut geschützt werden. Arbeitsfähige LeistungsbezieherInnen wiederum sollen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Anträge sollen beim AMS entgegengenommen, Informationen angeboten und die (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt forciert werden.

Kein arbeitsloses Grundeinkommen

Bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung handelt es sich um kein arbeitsloses Grundeinkommen – wie dies teilweise in der Öffentlichkeit dargestellt wird –, denn der Bezug von Leistungen wird bei arbeitsfähigen Personen von der Bereitschaft zum Einsatz ihrer Arbeitskraft abhängig gemacht. Fehlt diese, besteht die Möglichkeit, die Mindestsicherung um 50 Prozent zu kürzen.

Langzeitarbeitslosigkeit erhöht die Armutgefährdung massiv – bei Personen, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind liegt sie bei 52 Prozent. Erwerbstätigkeit hingegen reduziert das Armutgefährdungsrisiko bei Personen im erwerbsfähigen Alter von 19 auf sieben Prozent. Angesichts dieser Fakten ist es gerade für

Personen, die bereits länger nicht erwerbstätig waren, wichtig, dass sie vom AMS betreut werden. Das AMS soll nicht »Armut verwalten«, sondern diese Menschen unterstützen, wieder Arbeit zu bekommen.

Im Regierungsprogramm war ursprünglich vorgesehen, dass für arbeitsfähige SozialhilfebezieherInnen das AMS als »One-Stop-Shop« fungiert, bei dem von der Antragstellung bis zur Auszahlung der Leistung alles abgewickelt werden kann. Dieses Prinzip wurde jedoch nicht zur Gänze umgesetzt. Zwar können arbeitsfähige Personen Anträge einbringen und Information über die Mindestsicherung beim AMS erhalten, das Verfahren und die Auszahlung sollen aber wie bisher bei den Sozialbehörden der Länder verbleiben. Problematisch ist an dieser Regelung, dass die Sozialämter somit weiterhin die Möglichkeit haben, die AntragstellerInnen vorzuladen, wodurch insbesondere im ländlichen Raum eine Stigmatisierung eintreten kann.

Keine Rückzahlungspflicht

Eine wesentliche Neuerung der Vereinbarung zur bedarfsorientierten Mindestsicherung ist der Entfall der Rückzahlungspflicht für LeistungsbezieherInnen, die wieder eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben. Damit fällt eine bisher bestehende Hemmschwelle weg. Denn der (Wieder-)Einstieg in das Erwerbsleben wird wesentlich erschwert, wenn das damit erzielte Einkommen in der Regel sofort wieder zurückgezahlt werden muss.

Auch die bisherigen Regressmöglichkeiten von nahen Angehörigen sollen gemäß der Vereinbarung entfallen.

Eine weitere ganz wesentliche Verbesserung zur bisherigen Gesetzeslage stellt die Einbeziehung aller LeistungsbezieherInnen in die gesetzliche Krankenversicherung dar. Gerade Menschen in finanziellen Notlagen muss ein uneingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung offenstehen.

ÖGB ist dafür

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung positiv und ein entscheidender Schritt, Menschen in Österreich gegen Armut abzusichern und die Reintegration von bisherigen SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt zu forcieren. Derzeit ist von Seiten des Sozialministeriums geplant, dass die bedarfsorientierte Mindestsicherung kommenden Juli im Ministerrat und im zweiten Halbjahr 2008 im Parlament beschlossen werden soll. Ihr Inkrafttreten ist für den 1. Juli 2009 geplant.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die AutorInnen
karin.hinteregger@oegb.at
dinah.djalinous-glatz@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

BUCHTIPPS

Hans W. Grohs/Alexander Maly So werde ich meine Schulden los

Schuldenregulierung
und Privatkonkurs

ÖGB-Verlag 2006

ISBN: 978-3-7035-1101-1, EUR 14,90



Andreas Exner/Werner Rätz/ Birgit Zenker

Grundeinkommen

Soziale Sicherheit ohne Arbeit

ISBN: 978-3-552-06055-4

EUR 22,10



Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hrsg.)

Sozialleistungen im Überblick

ÖGB Verlag, Ausgabe 2008

ISBN 978-3-7035-1326-8,

EUR 23,80



Bestellung: ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132

fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Gefährliches Gefälle

Armutsbekämpfung funktioniert nicht nur mittels Ausweitung der finanziellen Unterstützung. Mehr solidarisch finanzierte Leistungen sind notwendig.

Autorin: Petra Ziegler

Im Vorstand von Attac Österreich

Armut im sechstreichsten Land der Welt: Über 460.000 Menschen können sich die Dinge des täglichen Bedarfs nicht mehr leisten, eine Million ÖsterreicherInnen sind von Armut bedroht, ohne Sozialleistungen und Pensionen wären es 43 Prozent der Bevölkerung.¹ Längst ist die Armut in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Wer erst mal unten ist, tut sich schwer. Der Ausschluss aus der Wohlstandsgesellschaft bringt neben materieller oft auch soziale Einschränkungen auf ein Minimum. Fehlt Geld zum Heizen, lädt man sich keine Freunde nach Hause, Kino oder ein Museumsbesuch werden zum Luxus. Reicht es am Monatsende kaum für die Miete, bleibt nichts für Fortbildung, Sprachferien oder Zeitungsabo.

Umverteilt

Das Land wird immer noch reicher, doch immer mehr steigen ab. Selbst in Zeiten guter Konjunktur profitieren die ArbeitnehmerInnen nicht mehr. Die Nettoeinkommen, besonders im unteren Bereich sind rückläufig. Annähernd die Hälfte aller Armutsgefährdeten im erwerbsfähigen Alter geht einer Beschäftigung nach. Betroffen sind nicht nur Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, beinahe 200.000 schaffen es trotz Vollzeitstätigkeit

keit nicht aus der Einkommensarmut. Am anderen Ende geht es mit den Bezügen steil nach oben. Betrugten die Einkommen der Vorstände österreichischer Top-Unternehmen im Jahr 2000 noch das 20-Fache des Durchschnittslohnes, halten sie derzeit beim 48-Fachen. AktionärInnen durften sich über eine satte Erhöhung der Dividendenausschüttung um 33 Prozent gegenüber dem Vorjahr freuen.

Entgegen dem internationalen Trend stieg in Österreich die Abgabenlast für ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen, gleichzeitig wurden »leistungslose« Einkommen aus Vermögen und Erbschaften steuerlich extrem begünstigt. Unternehmensgewinne und Vermögen tragen trotz starken Wachstums kaum noch zur Gemeinwohlfinanzierung bei.

Der so erzwungene Sparkurs im öffentlichen Bereich beschleunigt die soziale Spaltung. Für den notwendigen Ausbau der Kleinkinderbetreuung, ganztägige Schulen, Aus- und Weiterbildung, öffentliche Verkehrsverbindungen, Gesundheits- und Pflegedienstleistungen oder die Finanzierung des Pensionssystems reichen die knappen Mittel kaum.

Qualitativ hochwertige und für alle Gruppen der Bevölkerung zugängliche (solidarisch finanzierte!) Leistungen bilden einen – zumindest teilweisen – Ausgleich für unfaire Ausgangsbedingungen. Damit tragen sie zur Armutsbekämpfung und Armutsprävention bei. Sie schaffen die Grundlagen einer sozial ausgewogenen Gesellschaft und sind Voraussetzung für individuelle Teilhabe und Entwicklungsmöglichkeiten. Mit der Ausweitung der finanziellen Unterstützung allein, ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Hochwertige

WEBLINKS

Attac
www.attac.at

Angebote bleiben einer zahlungskräftigen Schicht vorbehalten.

Einschnitte in der Daseinsvorsorge treffen Einkommensschwache besonders, doch die damit verbundene Ausgrenzung wachsender Teile der Bevölkerung bedeutet eine Gefahr für die Gesellschaft. Gerade für die Jugend wirkt die Kombination aus Armut plus fehlender Perspektive (selbst-)zerstörerisch.

Fairer Beitrag

Länder mit geringem Wohlstandsgefälle, das betont auch der EU-Sozialbericht, sind lebenswerter und produktiver: Ungleichheit demotiviert. Für mehr Verteilungsgerechtigkeit und nachhaltige Armutsvermeidung braucht es faire Teilhabebedingungen, existenzsichernde Löhne und ein Maßnahmenpaket für mehr Steuergerechtigkeit. Kapital- und Gewinneinkommen müssen endlich auch in Österreich einen adäquaten Beitrag leisten.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorin
petra.ziegler@attac.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

¹ EU-SILC 2006

Mittel gegen Armut

Nach vielen Jahren des Nichtstuns erfolgt mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung endlich eine Gegensteuerung gegen die hohen Armutsraten.

Autor: MMag. Norman Wagner

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Sozialpolitik in der Arbeiterkammer Wien

Mitte April 2008 haben sich Bund und Länder auf einen Erstentwurf zur bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) geeinigt. Das war ein Schritt hin zu einer Einigung, an die viele nicht mehr geglaubt haben. Zu sehr sind die Vorstellungen der Bundesländer – nicht nur von Vorarlberg und Niederösterreich – von jenen des Sozialministeriums abgewichen. Letztlich wurde nun doch ein für alle tragbarer erster Kompromiss gefunden. Bis zur Gesetzesverdingung sind aber noch einige Hürden zu nehmen. Laut Entwurf soll die BMS am 1. Juli 2009 in Kraft treten. Manche glauben, dass sie nicht vor Anfang 2010 kommen wird.

Die Einführung der BMS bringt die Vereinheitlichung der Grundleistungen des untersten sozialen Netzes, der Sozialhilfe der Länder, auf dem Niveau des Ausgleichszulagenrichtsatzes (747 Euro brutto). Die Reaktionen auf diese Einigung fallen sehr gemischt aus: So wird vor allem im NGO-Bereich darauf hingewiesen, dass auf Leistungen über dem Mindestniveau der BMS kein Rechtsanspruch besteht, und dass die Leistungshöhe nach wie vor unter der international anerkannten Höhe der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Andererseits halten es manche für problematisch, dass die Höhe der BMS nur wenig niedriger ist als der vereinbarte Mindestlohn von 1.000 Euro brutto (820 Euro netto). Das, so wird ar-

gumentiert, verringere den Anreiz, gering entlohnte Arbeiten mit schlechten Arbeitsbedingungen aufzunehmen.

Vereinheitlichung der Sozialhilfe

Positiv ist, dass der Kampf gegen Armut jetzt ernster angegangen wird als das in den letzten Jahren der Fall war. Zu begrüßen ist fürs erste die Vereinheitlichung der Sozialhilfesätze über alle Bundesländer hinweg. Es ist wohl nur schwer zu argumentieren, warum es in Österreich bisher neun verschiedene Leistungshöhen gebraucht hat. Auch die Anpassung der Höhe der BMS an den jeweiligen Ausgleichszulagenrichtsatz der Pensionsversicherung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ebenfalls als Fortschritt zu werten ist die Einführung eines Rechtsanspruchs auf die Grundleistungen der BMS (diverse, von den Ländern vergebene Zusatzleistungen bleiben nach derzeitigem Stand der Dinge aber nach wie vor vom Rechtsanspruch ausgenommen). Weiters ist der zukünftig verstärkte Fokus auf die (Wieder-)Eingliederung von BMS-BezieherInnen in den Arbeitsmarkt zu begrüßen (Grundvoraussetzung für den Bezug der BMS ist, von Ausnahmen abgesehen, Arbeitswilligkeit). Auch die Einschränkung der Rückzahlungspflicht der Leistungen von Personen, die wieder ins Erwerbsleben gefunden haben, und die Einbeziehung der BMS-BezieherInnen in die gesetzliche Krankenversicherung (inklusive e-card) sind wichtige sozialpolitische Fortschritte.

Im ursprünglichen Entwurf zur BMS war als eines der Kernstücke der Vereinheitlichung ein an das Arbeitsmarktservice (AMS) angegliederter One-Stop-

Shop vorgesehen. So sollten Antragsstellung und Abwicklung aller Leistungen für zukünftige BMS-BezieherInnen zusammengelegt werden. Das hätte den Zugang zu den Leistungen vereinfacht. Leider ist es aber nicht soweit gekommen. Im AMS ist in der aktuellen Fassung nur noch die Antragsstellung vorgesehen. Auch die für die (Wieder-)Eingliederung relevanten Beratungs-, Betreuungs- und Qualifizierungsangebote sind bisher kaum konkretisiert worden. Es könnte durchaus sein, dass die Umsetzung noch einige Zeit auf sich warten lassen wird.

Ein erster Schritt

Die BMS ist meiner Meinung nach sozialpolitisch ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Schritte müssen folgen, um die Situation der von Armutsgefährdung betroffenen Menschen nachhaltig zu verbessern (mehr und bessere Betreuungseinrichtungen, Maßnahmen gegen prekäre Arbeit, Investitionen in Bildung im Kampf gegen ›Vererbung‹ von Armut etc.) Ziel muss eine Gesellschaft sein, die auch den Schlechtesten ein vernünftiges Auskommen und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichert. Es würde uns allen zugute kommen.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an den Autor
norman.wagner@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Armut ist **keine** Schande

Hinter ihrer Maske des Gleichmuts erleben viele arme oder verarmte Menschen ein Wechselbad der Gefühle.

Autorin: Dr. Sibylle Fritsch

Freie Journalistin

Mami, warum ist niemand mehr zu uns auf Besuch?« Susi versteht ihre Eltern nicht mehr. Seit drei Jahren, genauer: seit Vater seinen Arbeitsplatz in einer Pharmafirma verloren hat, sind die beiden so komisch. Gut, das Auto wurde aufgegeben – wegen der Umweltbelastung, sagen sie. Man ist an den Rand von Wien gezogen, in eine sehr kleine Wohnung – weil die Natur hier näher ist, sagen sie. Sonst scheint alles beim Alten. Nur: Hinter der Fassade herrschen Bitterkeit und Lebensunlust. Mutter arbeitet jetzt stundenweise im Supermarkt, Vater hat irgendwelche Gelegenheitsjobs. Weder in der Arbeitslosenkarrei scheint er auf, noch würde er je irgendwo um Hilfe ansuchen. Niemand, nicht einmal Susi soll erfahren, wie sehr die Familie gegen die Armutsfalle kämpft. Inzwischen ist sein Selbstgefühl so parterre, dass er es nicht mehr schaffen würde, sich um einen adäquaten Job zu bewerben.

Ein guter Job – das ist längst mehr als eine Quelle von Einkommen, sondern Basis von gesellschaftlicher Anerkennung und gestärktem Selbstwertgefühl. Der große Energieverschleiß, der mit dem Sich-am-finanziellen-Limit-über-Wasser-halten verbunden ist, hingegen stellt keinerlei Belohnung in Aussicht. Im Gegenteil. Unsere narzistisch ausgerichtete Gesellschaft, in der Freiheit zum Markenzeichnen wurde, verlangt ein Leben wie es

INFO & NEWS

Verfestigter Teufelskreis

Das krampfhaft Bemühen, Armut zu verheimlichen ist nicht nur anstrengend und beschädigt den Selbstwert, sondern auch die Gesundheit leidet und verfestigt den Teufelskreis, der da lautet: Armut macht krank – Krankheit macht arm.

- Bei Armen ist nicht nur die Säuglingssterblichkeit höher, sie werden auch im Durchschnitt fünf Jahre früher zu Grabe getragen als Leute mit gutem Einkommen und besserer Bildung.
- Menschen der untersten sozialen Schicht sind nicht nur doppelt so häufig krank als BesserverdienerInnen. Auch ihr Risiko, Opfer eines Unfalls oder eines Gewaltverbrechens zu werden, ist doppelt so hoch.
- Die sogenannten »Wohlstandserkrankungen« unserer Zeit – von Diabetes, Asthma bis zu Gastritis – müssen eigentlich als »Armutskrankheiten« bezeichnet werden: Denn die viel zitierten »Managerleiden« wie Bluthochdruck und Herzinfarktrisiko finden sich bei Armen dreimal so häufig wie bei Reichen.

Dass Menschen aus unteren Schichten öfter an Krebs – vor allem Lungenkrebs – erkranken, hängt mit den Faktoren Umwelt, Ernährung und Vorsorge zusammen: Wer kein Geld hat, lebt in Wohngebieten mit niedrigen Mieten und großer Verkehrsdichte und Abgasbelastung, was die Krebsgefahr nachweislich um 40 Prozent erhöht. Wer kein Geld hat, kann sich auch kaum eine gesunde Ernährung leisten. Außerdem nutzen arme Menschen mit niedrigem Bildungsgrad wesentlich seltener das Angebot der Krebs-Vorsorgemedizin als jene aus sozial höheren Gesellschaftsschichten. Die Gründe dafür sind Zeitmangel, ein geringeres Selbstwertgefühl und mangelnde Motivation, auf die eigene Gesundheit zu achten.

Wie nachhaltig arme Verhältnisse in der Kindheit das spätere Leben mitbestimmen, konnte auch die schwedische Lund-Analyse untermauern. Diese Untersuchung zeigt, dass sich psychische Krankheiten zu etwa 20 Prozent durch Armut in der Kindheit erklären lassen. Arme Kinder werden vorwiegend mit billigen, sättigenden und fettreichen Speisen ernährt und sind öfter übergewichtig. Sie leiden häufiger an Asthma oder Kopfschmerzen, an Nervosität, Schlafstörungen und Einsamkeit als gut situierte SchülerInnen.

in Hochglanzmagazinen abgebildet ist. Wir haben Designermarken zu tragen, fünf Jahre jünger auszusehen, eine herzeigbare Familie oder Beziehung zu haben, schlank und fit zu sein und regelmäßig Urlaub zu machen – wenn möglich am Meer.

»Diese Freiheit heißt: Wer die Norm nicht erreicht, ist selbst schuld«, sieht Jens Roslet in seinem Essay »Die Würde des Menschen ist antastbar« in der Beschämung der Nicht-Genormten ein subtiles Mittel gesellschaftlichen Terrors. »Der Beschämte beweist seine Unterlegenheit

Cent.« So wie er verzichten 48 Prozent der Armen in Österreich auf Einladungen zu sich nach Hause, aber nur sieben Prozent der »Nichtarmen«. Früher oder später wirkt sich der Rückzug politisch aus. In den USA etwa geht nur noch die Hälfte der Wahlberechtigten zur Urne, die unteren Schichten – damit auch die Armen – bleiben daheim.

Auch umgekehrt reagieren NachbarInnen, KollegInnen und FreundInnen der Abgestürzten mit Rückzug. Schon deshalb, weil Armut heute ein sehr plastisches Gespenst ist, weil jeder plötzlich aus der heilen Welt hinausgestoßen werden kann. Vor allem durch die Neoliberalisierung des Marktes und seine flotte Rationalisierungspolitik, durch Überschreiten des 50. Geburtstags, mangelnde Flexibilität oder persönliche Krise.

Aber auch, weil auch Arbeit nicht mehr vor Armut schützt. Vor allem die Gruppe der working poor – Menschen, die Tag und Nacht arbeiten und mehrere Jobs haben, aber kaum ein Einkommen – nimmt ständig zu. Ihre Gefahr, den Absprung aus der Armutzone nicht zu schaffen, ebenfalls. Zu Aussichtslosigkeit und Ausgeschlossenheit gesellen sich oft Angst vor Demütigungen und Attacken auf die Würde.

Ozonschicht Scham

»Scham ist die Ozonschicht des Individuums. Sie liegt wie eine Hülle um die Würde«, schreibt Roselt. In diesem Sinn verlangen Organisationen wie die Armutskonferenz eine Lobby für die Armen, die ihnen zu einer Position der Stärke verhilft, ihre Rechte vertritt und die Regierungen fordert. Armutsexperte Martin Schenk: »Die Armen sollen nicht wohlfahrtsstaatlich bevormundet, sondern ihre Freiheitsmöglichkeiten sollen vergrößert werden. Wie die Gesellschaft mit Ausgegrenzten umgeht, ist ein Seismograph für ihren inneren Zustand.«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an
s.fritsch@akis.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wer arm ist, ist in unserer Gesellschaft meist auch ausgegrenzt.

WEBLINKS

Sigmund Freud Privatuniversität Wien:
www.sfu.ac.at

und akzeptiert gleichzeitig die Machtverhältnisse.«

Nichts haben – nichts sein

Allerdings ist das Gefühl des Beschämteins nicht angeboren, sondern eine soziale Erfahrung. »Sie setzt die Unterscheidung zwischen sich und der Welt voraus und entsteht in der frühen Kindheit«, so Psychoanalytiker und Rektor der Sigmund Freud Privatuniversität Dr. Alfred Pritz. Zwischen anderthalb und dem dritten Lebensjahr prägen sich kulturelle Normen, sowohl elterliche Denkweisen wie auch eigene Ziele ein. »Scham hat zunächst oft mit dem eigenen Körper zu tun. Etwas, das vom Kind positiv besetzt ist, wird von der Umwelt abgelehnt und unausgesprochen bestraft. Die Botschaft ist außerdem: Das Kind darf nicht herzeigen, wofür es sich schämt«, so Pritz.

In der Erwachsenenwelt wechseln die Auslöser von Scham mit den Wertmaßstäben der Zeit: Während beispielsweise in den Fünfzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts die Scham noch dem nackten Körper galt, ist sie heute an Versagen gekoppelt. Pritz: »Armut ein soziales Stigma – nichts haben bedeutet heutzutage: nichts sein.«

Rückzug aus Scham

Die »moderne Verachtung gegen sich selbst«, wie Leon Wurmser dieses Gefühl in seinem Klassiker »Die Masken der Scham« bezeichnet, sei nicht nur an den sozialen Misserfolg gekoppelt, an die Angst auf der Karriereleiter ganz unten zu sein, sondern diese »narzisstische Scham, es nicht geschafft zu haben« produziere auch die neue Ungleichheiten: Sie regelt das oben und unten in der demokratisch-individualistischen Gesellschaft, in der Prinzipien wie Gemeinwohl oder Solidarität Fremdwörter sind – jeder ist seines Glückes Schmied, heißt es heute, und jeder auch seines Unglücks. Und wer beschämt wird, hat sich zu schämen.

Die Folgen sind absehbar: »Scham ist mit Rückzug verbunden und mit der Unfähigkeit die Probleme, die man bewältigen sollte, anzugehen«, sagt Pritz. Eine schwer aufzulösende Negativdynamik, die bis zur Obdachlosigkeit führen kann. Das mag auch erklären, dass nur 40 Prozent der Armen Sozialhilfe beziehen. Und man kann sich ausmalen, dass der Gang als Bittsteller zum Beamten/zur Beamtin beschämend ist.

Dementsprechend ist auch der Rückzug aus politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten programmiert. »Wenn uns Freunde einladen, sagen wir ab«, gesteht Albert R., arbeitslos gewordener Leiter eines Supermarkts. »Erstens will ich die Frage: Wie gehts dir denn? nicht hören, und zweitens können wir die Einladung auch nicht erwidern. Wir brauchen jeden

Reich bleibt meist reich

Bildungserfolg, Einkommen und Berufsaussichten werden in Österreich nach wie vor sozial vererbt. Kinder aus wohlhabenden Familien haben mehr Chancen.

Autorin: Mag. Petra Völkerer

AK Wien, Abteilung Bildungspolitik

Aus reichen Kindern werden reiche Eltern« betitelte die Frankfurter Rundschau einen Artikel über soziale Vererbung von Bildungserfolg, Einkommen und Berufsaussichten. Mittlerweile erhält das Problem der geringen Durchlässigkeit des Bildungssystems und der resultierenden geringen sozialen Mobilität in Europa, auch in Österreich mehr Aufmerksamkeit.

In der Öffentlichkeit und Politik wird für westliche Demokratien gerne das Bild einer »Meritokratie« entworfen, das besagt, dass an die Stelle von »geerbten« Reichtümern und Machtstellungen eine Struktur von durch (Bildungs-)Leistung »verdienten« Ungleichheiten getreten sei.¹ Bildung wird allgemein als Ausweg aus Armut angesehen.

Die wissenschaftliche Forschung vertritt eine andere Auffassung: Aus Konzepten wie dem von »sozialem Kapital« und »Habitus« wird folgende These abgeleitet: Kinder treten mit unterschiedlichen Voraussetzungen – »sozialen Kapitalien« – in das Bildungssystem ein und werden gemäß ihrer sozialen und ökonomischen Herkunft sortiert. Dies geschieht auch aufgrund von Mechanismen, wie Konventionen des Verhaltens, einer typischen Lebensführung (BildungsbürgerInnentum), Erziehungsidealen und daraus abgeleitet: einer pädagogischen Kommunikation. Basierend auf der Schulentscheidung erfolgt die Lenkung

in das ebenfalls sozial gestufte Berufssystem.² In Österreich und Deutschland kommt es bereits nach der vierten Schulstufe zu einer Segmentierung in verschiedene Schulformen.³ Je weniger Eltern verdienen, desto eher wechseln ihre Kinder nach der Volksschule nicht in die AHS-Unterstufe, auch wenn sie laut Zeugnis AHS-Reife hätten.⁴

Kinder mit migrantischem Hintergrund haben besonders schlechte Chancen: Der Anteil der Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss liegt in dieser Gruppe bei über 50 Prozent, wenig überraschend finden sich laut EU-SILC die meisten armutsgefährdeten Personen in der Gruppe der PflichtschulabsolventInnen.⁵

Sind Kinder erst einmal gemäß ihrer Herkunft in unterschiedlichen Schulformen untergebracht, ist dies kaum wieder gutzumachen. Die von der Statistik Austria veröffentlichte Statistik zu den »Schulkarrieren von AHS- und HauptschülerInnen« ergibt folgendes Bild: Nur sechs Prozent der HauptschülerInnen treten nach der achten Schulstufe in eine AHS-Oberstufenform über, der überwiegende Teil wechselt in ein Polytechnikum (28 Prozent) oder in eine berufsbildende mittlere Schule (21 Prozent). AHS-SchülerInnen hingegen besuchen zu zwei Drittel die AHS-Oberstufe oder entscheiden sich für eine BHS (30 Prozent). Dazu kommt: Der Anteil von SchülerInnen, die vorzeitig aus dem Bildungssystem

¹ Vgl. Vester (2004), S. 73.

² Bourdieu (1982)

³ Maaz, Waterman, Baumert (2007), S 446f.

⁴ Institut für Bildungsforschung, 2004

⁵ EU-SILC (2006)

WEBLINKS

OECD – Bildung auf einen Blick
www.oecd.org/de/bildungaufeinenblick

herausfallen, ist laut jüngster IHS-Studie bei Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern erheblich höher.

In ihrer jährlichen Publikation »Bildung auf einen Blick« untersucht die OECD den Zusammenhang zwischen Bildung und Einkommen: AbsolventInnen eines Hochschulstudiums verdienen danach im Durchschnitt um rund 74 Prozent mehr als Personen mit Lehrabschluss und gar um 105 Prozent mehr als solche mit Pflichtschulabschluss¹.

Gleichzeitig weist die Studie aus, dass der Anteil von AkademikerInnenkindern an den StudentInnen zweieinhalbmal so hoch ist, wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Österreich befindet sich damit unter jenen Ländern Europas mit den höchsten Einkommensunterschieden und der geringsten sozialen Durchlässigkeit des Bildungssystems. Auch bei uns gilt: Aus reichen Kindern werden reiche Eltern ...

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
 an die Autorin
petra.voelkerer@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Kein Platz im Paradies

In der Kulturgeschichte des Abendlandes hatte Armut viele Gesichter: Arme sind oft in der Rolle von Sündenböcken, sozial und materiell ausgegrenzt.

Autorin: Dr. Sibylle Fritsch

Freie Journalistin

Alles hat seinen Preis.« Und der ist in unserer Gesellschaft an den Preiszettel gekoppelt. Wie viel kostet was? Um welchen Preis kann sich wer was leisten? Glück wird mit dem Konstrukt Geld und mit Reichtum gleichgesetzt und der Wert des Menschen mit dem Ertrag auf seinem Bankkonto. Wer keines besitzt, bekommt nur schwer Arbeit. Er ist nicht bloß ein armer Teufel, sondern draußen. Materiell und sozial. »In der modernen Hochleistungsgesellschaft werden Armut mit Arbeitslosigkeit und beides mit Faulheit und Schmarotzertum verbunden«, heißt es in der Zeitschrift Psychologie heute.

Urzustand Armut

Das lief nicht immer so: In archaischen Gesellschaften war Arbeitsteilung selbstverständlich und Armut der Urzustand der Menschen. Man war abhängig von der Natur und aufeinander angewiesen, das Sozialgefüge von Gegenseitigkeit und Wechselseitigkeit geprägt, von Hilfeleistungen, von Gaben als Austausch zwischen gleichrangigen Personen. Reichtum zirkulierte ebenso wie die Rollen, welche die Menschen je nach Notlage übernehmen mussten. Oberstes Gebot galt dem Zusammenhalt der Gruppe, die hatte in gefährlichen Situationen sofort abrufbar zu sein. Die Konsequenz dieses System fasst die deutsche Sozialwissen-

schafterin Dr. Juliane Sagebiel zusammen: »Wo **reziproker** Austausch abläuft, wo Hilfeleistungen selbstverständlich ausgelöst werden, braucht es weder moralische Vorgaben beim Anblick von Bedürftigkeit noch religiöse Motivationsmuster noch strukturelle Handlungsvoraussetzungen für Hilfe.«

In der abendländischen Antike hatten sich die Unterschiede bereits zwischen oben und unten, zwischen reich und arm bereits ausdifferenziert – freilich anders als heute: Wer in Athen zum Nachdenken Zeit hatte, wurde als reich angesehen, Arbeit hingegen galt als »Fluch der Götter«. Die Römer dachten ähnlich. Und so ist es kein Zufall, dass das lateinische Wort »Labor« neben »Arbeit« auch für »Schmerz«, »Krankheit« und »Armut« steht. Letztere war übrigens dem Gros des römischen Volks nur zu bitter vertraut. Mit »Brot & Spielen« versuchten die Kaiser die hungernde Volksseele bei Laune zu halten. Bei den blutigen Gladiatorenkämpfen im Kolosseum ließ er Brot unter 50.000 BürgerInnen werfen.

Im Christentum vollzieht sich ein radikaler Umdenkprozess: Armut sichert – im Gegensatz zu Reichtum – einen Platz im Paradies, heißt es nun, und so mancher fromme Mann wählt nach dem Vorbild des mittellosen Jesus freiwillig Aske, Einsamkeit und Besitzlosigkeit. Auch die Philosophen propagieren uneingeschränkte Freiheit durch den Verzicht auf Güter. »Ein mächtiger Flügel ist der Flügel der Armut; schnell schwingt man sich mit ihm ins himmlische Reich empor ... der Armut wird das Himmelreich nicht erst verheißen, sondern gleich gegeben.« Versprechungen wie die des **Hl. Bern-**

hard von Clairvaux überzeugen aber nur so lange, wie die Armen von der Gesellschaft mitgetragen werden.

Almosen

Und das ändert sich schnell mit dem Feudalismus, wo der Boden zum Produktions- und Machtfaktor wird. Neue Ordnungen bilden sich: Der Feudalherr, der seinen Grundbesitz seinen Vasallen als Lehen gibt, ist zwar zur Fürsorge gegenüber seinen Abhängigen verpflichtet, die wiederum zu Gehorsam und Leistung und Unterordnung angehalten sind. Aber es zeigt sich auch, wie der Grad der Abhängigkeit die Möglichkeiten der Existenz bestimmt. Armut bedeutet nun: über keinen Grund zu verfügen und schutzlos der Willkür der Feudalherrn ausgeliefert zu sein. Allerdings gibt es Gruppenverbände, die Hilfe leisten: die Familie, eine Produktions-, Konsum-, Arbeits- und Überlebensgemeinschaft, bei der bis zu 50 Personen unter einem Dach leben, Gilden in den Städten und religiöse Bruderschaften, Kirchen und Klöster, die Armenspeisungen durchführen.

An die Stelle des gleichwertigen »Gabentausches« der archaischen Gesellschaft ist das »Almosen« getreten, dennoch ist Arm-sein auch im fortgeschrittenen Mittelalter noch keine Schande und wird als ein von Gott gegebener Zustand anerkannt. Das entspricht den realen Verhältnissen von dazumal: Zwischen 1150 und 1350 entstehen nicht nur viele neue Städte, sie sind auch bis zu 30 Prozent von Mittellosen bevölkert: von Tagelöhnern, von fahrendem Volk und Bettelarmen. Letztere umlagern die Kirchenportale in



Die neue Armut wohnt am Rand der großen Städte und bedeutet materielle, räumliche und soziale Ausgrenzung.

Trauben und die Reichen spenden ihnen Almosen, in der Hoffnung, sich das Himmelreich zu erkaufen. In manchen Städten organisieren sich sogar Bettlerzünfte mit einem Bettlervogt an der Spitze, der mit dem jeweiligen Magistrat verhandelt.

Elend der Städte

Mit dem Vormarsch des frühen Kapitalismus – Geldwirtschaft, neuen Handelsmöglichkeiten, neuen Produktionsformen und in der Folge neuen Erwerbsformen wie Lohnarbeit und Vermögenskonzentration – entsteht im Verbund mit der Landflucht (durch die Pest) großes Massenelend in den Städten, das auch für die herkömmlichen Hilfssysteme der Kirche nicht mehr zu bewältigen ist.

Trotzdem soll die Religion in Zusammenhang mit Armut noch einmal eine gewichtige Rolle spielen. Sie verändert die Position der Mittellosen nachhaltig bis heute: »Wer nicht arbeitet soll nicht essen.« Diesen Satz hatte **Martin Luther** ursprünglich gegen den katholischen Klerus gerichtet, aber er öffnete den bürgerlichen Tugenden Sparsamkeit, Redlichkeit, Fleiß, Ordnung und damit der Leistungsgesellschaft Tür und Tor. Und **Calvin** stellte nicht nur die Arbeit als gottgefällig hin, sondern auch den Arbeitserfolg. Das heißt: Ein gottgefälliges Leben spiegelt sich im materiellen Gewinn. Dazu kommt, dass die neuen Produktionsmöglichkeiten Besitz und Geld unabhängig vom Erbe und der Herkunft möglich machen und der Beruf den Status bestimmt.

Damit schwindet das Ansehen des **kontemplativen** Adels und der Philosophie-kundigen Geistlichen, die Angst der

Reichen vor dem Jüngsten Gericht verblasst und die Zeit der Barmherzigkeit gegenüber Armen und Bettlern läuft ziemlich schnell ab. »Der Arme hatte nicht mehr das schwere Erdenlos zu tragen; er war arm aus Faulheit, denn Reichtum galt als das Resultat harter Arbeit«, schreibt Utz Anhalt in seinem Aufsatz »Vom Bettler zum Penner«. Mittellose werden nun als arbeitsscheue Müßiggänger angesehen, Bettler kriminalisiert, soziale Ängste vor Eigentums- und Machtverlust auf die Armen projiziert. Sie sind die Stigmatisierten, sie sind die Sündenböcke, die personifizierte Bedrohung, die man in den Griff kriegen will. Also wird die Armenfürsorge **säkularisiert** – und bürokratisiert. Richtlinien und Gesetze werden geschaffen, die Obrigkeit bestimmt, wer Unterstützung erhält und wer nicht. Arbeitshäuser werden als strafrechtliche Präventivmaßnahme eingerichtet: Erziehung zur Arbeit durch einen harten Alltag und hartes Brot ist die Devise, wobei diese Zwangslager den wirtschaftlichen Interessen entgegenkommen – handelt es sich bei den Insassen doch um billige Arbeitskräfte.

Arm und ausgegrenzt

Trotzdem wächst das Heer der Notleidenden unaufhaltsam, seine Verzweigung und Wut wird aber auch zum Motor für gesellschaftspolitische Utopien. Sei es, dass das verarmte Volk 1799 in den Straßen von Paris mit dem Slogan »Egalité, Liberté, Fraternité« gegen sein Elend rebelliert, sei es, dass Karl Marx durch die Misere der Armen zur Erkenntnis kam: Armut ist ein Resultat der ka-

WEBLINKS

Utz Anhalt: Vom Bettler zum Penner
www.sopos.org/aufsaeetze/3aa02bc127c40/1.html

pitalistischen Produktionsweise. Industrialisierung, Kolonialisierung, Ausbeutung, zunehmend der Dritten Welt, – so lässt sich die fortlaufende Geschichte auf Schlagworte reduzieren. Und gegenwärtig dreht sich die Spule weiter. Die Aufteilung in würdige und unwürdige Arme ist geblieben. Individualisierung als Gesellschaftsprinzip produziert nicht nur einen Verdrängungsprozess an die Ränder der Städte und des Bewusstseins, die neue Armut bedeutet materielle, räumliche und soziale Ausgrenzung. Auch in der westlichen Welt klafft die Einkommensschere immer mehr auseinander.

Die Gesellschaft wird in Vollzeitarbeit-BesitzerInnen, atypische und TeilzeitarbeiterInnen geteilt. Eine neue Gruppe von Armen entsteht, mit der Martin Luther nicht gerechnet hat: Die working poor. Sie arbeiten fleißig – doch ihr Lohn reicht nicht zum Leben.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an
s.fritsch@akis.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Weg in die Schuldenfalle

Während die Zahl der Firmenpleiten sinkt, steigt die Zahl der Privatkonkurse in Österreich unaufhaltsam. Im ersten Halbjahr 2007 waren es 4.300.

Autorin: Dagmar B. Gordon

Freie Journalistin

In der Schuldnerberatung Wien kennt man die »Kundschaft«: »Ein Klassiker, um in die Verschuldung zu rutschen, ist über Jahre ein wenig mehr Geld auszugeben als man einnimmt. Das sind keine großen Beträge oder unvernünftigen Anschaffungen, das sind kleine Beträge über eine lange Zeit«, weiß Alexander Maly, der langjährige Leiter der Einrichtung. Dieser kleine Knödel wird allein durch die Zinsen immer größer und irgendwann ist das Konto so überzogen, dass die Miete oder die Stromabrechnung nicht mehr abgebucht werden können.

Und dann geht es erst richtig los: Wer nun vertrauensvoll zu seiner Bank marschiert, sieht sich in der Regel einem ver-

ständnisvollen Mitarbeiter gegenüber, der neben einer Umschuldung gleich auch noch eine Er- und Ablebensversicherung zur Besicherung des Kredits verkauft. Klingt eigentlich ganz logisch. Ist es aber nicht: Denn wenn das Geld fürs tägliche Leben und den gewohnten Lebensstil schon bisher nicht gereicht hat, womit soll der frisch gebackene Kreditnehmer dann die monatlichen Raten für die Versicherung bezahlen? Die Bank argumentiert mit dem Risiko, falls dem Schuldner etwas zustößt und besteht auf dieser Form der Besicherung, dabei täte es eine reine Ablebensversicherung genauso gut.

Irgendwie geht das dann auch eine Weile wieder ganz gut. Denn das Konto ist ja abgedeckt und die Kreditrate wird bedient. Durch einen neuerlichen Überzug des Kontos. Dieses Spiel kann sich ein paar Mal wiederholen, bevor den Banken die Geduld ausgeht. Dann liegt die Verschuldung im Mittel bei 46.000 (Median) im Schnitt sogar bei 65.000 Euro pro Schuldner.

Wer fällt, wird bestraft

»Wer in Zahlungsverzug gerät, der wird durch beschleunigende Faktoren wie höhere Zinsen, Mahngebühren etc. noch zusätzlich bestraft«, erklärt Maly die Spirale, die die SchuldnerInnen nicht mehr loslässt.

JobhopperInnen, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, Scheidungsoffer und Arbeitslose – das sind die klassischen KlientInnen der Schuldnerberatung. Statistiken der Österreichischen Nationalbank folgend sind aber auch Besserverdienende ohne Vermögen, also Menschen die

gut verdienen und auch sehr gut leben, ebenfalls sehr gefährdet irgendwann nicht nur mehr verschuldet, sondern überschuldet zu sein.

Die zweite Gruppe derer die überdurchschnittlich oft auf eine Schuldnerkarriere zurückblicken können, sind ehemalige Selbstständige – oftmals auch mit Migrationshintergrund. In letzter Zeit finden sich neben den erwartbaren kleinen Gastronomen auch so schicke Berufsgruppen wie GrafikerInnen unter den Pleitiers. Maly geht durchaus hart mit den ehemaligen UnternehmerInnen ins Gericht: »Entweder war die Geschäftsidee nicht so ausgefeilt, oder sie konnten nicht mit Geld umgehen.« Gemeinsam ist beiden Gruppen mangelnde Eigenkontrolle. Wobei Maly anmerkt: »Bei den Unselbstständigen finden sich noch weniger Eigenressourcen zur Lösung des Problems.«

Alarmsignale

Wer auf ein permanent überzogenes Konto schaut, hin und wieder umschuldet oder plötzlich die Miete nicht zahlen kann, der ist schon recht weit am Weg zu einer gediegenen SchuldnerInnenkarriere.

Wer von der Bank mitgeteilt bekommt, dass er wenigstens eine sogenannte Kontaktrate (also eine Rate, die extrem niedrig ist und bestenfalls die Zinsen, nicht aber das Kapital abdeckt) leisten soll, der hat schon ein wirklich großes Problem. Denn ab nun wird, wenn nichts geschieht, der Schuldenberg nur noch größer.

Es gibt aber so gut wie immer einen Weg aus der Schuldenkrise. Alexander Maly: »Wenn man glaubt es ginge gar nichts mehr, dann sollte man sich hinset-

WEBLINKS

Information und Hilfe:

Schuldnerberatung Wien:

www.schuldnerberatung-wien.at/

MA 40:

www.wien.gv.at/ma40/sozial/stelle.htm

Verein Neustart:

www.neustart.at/

Hilfswerk:

wien.hilfswerk.at/

Verein Dialog:

www.dialog-on.at



Wer will, der hat:
das Geld vom Bankomat

zen, zehnmal tief durchatmen und sich überlegen, was wirklich wichtig ist im Leben. Das ist einmal das eigene Leben, ein Dach über dem Kopf und die Kinder.«

Kein Geld für die Bank?

Nach dieser Bestandsaufnahme sollte man sich auch gezielt überlegen, wo man aufhört zu zahlen – die sogenannte Kontakttrate sollte man unter Umständen verweigern, weil sie nur der Bank satte Gewinne beschert, die eigenen Schulden allerdings nicht verringert.

Um nicht unversehens dem Exekutor gegenüberzustehen, empfiehlt Maly eine Onlineanmeldung bei der Schuldnerberatung und eine telefonische Erstberatung: »Schon bei der Online-Anmeldung werden ziemlich viele Daten abgefragt und es folgt ein relativ ausführliches Beratungsgespräch am Telefon, das jeder Beratung vorausgeht. Für viele schafft das schon Klarheit – und sie wissen, wie es weitergeht.«

Wer bei der Schuldnerberatung, dem Verein Neustart, der MA40, dem Wiener Hilfswerk oder dem Verein Dialog landet, der findet sich unter Umständen auch bald darauf als Kunde der 2. Bank wieder. Diese Bank ist eine ehrenamtlich geführte Bank, die Menschen auf ihrem Weg unterstützt, die aus welchen Gründen auch immer keine reguläre Bankverbindung mehr bekommen können. Und was das heißt, ist leicht nachzuvollziehen: »Gehälter können nicht überwiesen werden, Strom, Gas, Telefon und Miete nicht bezahlt werden und jede Bareinzahlung kostet mittlerweile horrenden Summen,

so ein Betroffener. Mit dem Konto der 2. Bank kann auch wieder ein Dauerauftrag beauftragt werden und bargeldlos überwiesen werden, was gerade für die, die ohnehin jeden Euro zweimal zählen müssen wieder eine kleine Erleichterung darstellen kann.

Das Problem dabei: Nur wenige KlientInnen nutzen diese Möglichkeiten, die ihnen sogar Geld sparen helfen könnten, sondern heben das Geld mittels Karte ab und zahlen es wieder bar ein, um so die Miete oder die Energiekosten zu bezahlen. Bereits jetzt hat die 2. Sparkasse 2.000 Kunden/Kundinnen und nur einem ganz kleinen Teil dieser wurde das Konto wieder entzogen, so Maribel Königer. Ein Service, das gut angenommen wird und für viele Verschuldete neben dem eigenen Konto ein Schritt zur Normalität ist, ist das Versicherungsservice, das die 2. Bank gemeinsam mit der Wiener Städtischen anbietet: Eine günstige Haushaltsversicherung zum Beispiel bietet Sicherheit in einer ohnehin prekären Situation.

2. Bank als Vorbild

Die 2. Bank ist eine Initiative der Erste Bank Stiftung und will, so deren Sprecherin, Maribel Königer, »etwas zurückgeben an die Gesellschaft«. Das steht den Banken gut zu Gesicht, denn, so Alexander Maly »die Banken tragen mit ihrem Angebot einer Kontoüberziehung und den leichten Umschuldungen maßgeblich dazu bei, dass Menschen in die Schuldenfalle tappen. So wie die Kontoüberziehungen in Österreich gewährt werden, ist das weltweit einzigartig. Krass gesprochen: »Viele Banken verhalten sich wie die Dealer.« In

anderen Ländern müssen Kunden/Kundinnen erst einmal ein paar Jahre ein Konto ohne Überziehung geführt haben, bevor sie die Möglichkeit bekommen, zu überziehen oder mittels Kreditkarte ins Minus zu rutschen.

In den USA bekommt man erst Kreditleistungen, wenn man Pluspunkte gesammelt hat. Das sogenannte positive Scoring erzieht vor allem junge Menschen zum vernünftigen Umgang mit dem Konto und anderen Zahlungsmitteln.

Bei der 2. Bank muss man ebenfalls drei Jahre – auf diese Zeit ist das Konto befristet (Verlängerungen sind aber möglich) – ohne Überziehungen auskommen. Für viele ist das eine schwere Zeit, und die Frage »wann darf ich wieder überziehen«, hört Maly bei seinen Beratungsgesprächen oft am Ende. »Die Sucht ein wenig über die eigenen Verhältnisse zu leben, ist offensichtlich schwer zu beherrschen.« Wer sich fragt, wie oft blutjunge Burschen zu Autos kommen, die im Schnitt so viel kosten wie ein nettes Einfamilienhaus, der hat beim Leasing die Lösung gefunden. Maly: »Wer drei Lohnbestätigungen vorlegen kann, darf leasen.«

Und so beginnen für viele das Berufsleben und die Schuldnerkarriere beinahe gleichzeitig.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorin
d.gordon@ideenmanufactur.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Ausgleich steuern

Um die Armut in Österreich zu bekämpfen, sind verschiedene steuerpolitische Maßnahmen notwendig. Der Faktor Arbeit muss entlastet werden.

Autorin: Mag. Gertraud Lunzer

Mitarbeiterin der Abteilung Steuerpolitik
in der AK Wien

*Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an.
Da sagt der Arme bleich:
Wär' ich nicht arm
wärs't du nicht reich.*

Bertolt Brecht

Wenn der Sozialbericht eines Landes wie Österreich von mehr als einer Million Menschen beziehungsweise von fast 13 Prozent der Bevölkerung als armutsgefährdet spricht, so stellt dies ein alarmierendes Armutszeugnis dar. Zahlen und Daten verführen dazu, sich über die persönliche Situation der von Armut betroffenen Menschen keine Gedanken zu machen – beispielsweise, was es konkret heißt, sich nicht mehr ausreichend Grundnahrungsmittel oder Heizung leisten zu können. Nichtsdestotrotz stecken hinter den nackten Zahlen nicht die vielzitierten Einzelschicksale, sondern ein kollektives Problem, wofür die vorherrschende Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik verantwortlich zu machen ist.

Im Rahmen der Wirtschaftspolitik nimmt daher auch die Steuerpolitik mittels ihres gesamten Instrumentariums als zentrales Regulativ eine bedeutende Rolle ein. Steuerpolitik ist und bleibt ein notwendiges Mittel zur Finanzierung einer entsprechenden Umverteilungspoli-

tik. Die Notwendigkeit der Einnahmenerzielung durch Steuern ist grundsätzlich Voraussetzung zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im Bereich der Gesundheit, Bildung etc. Sozialer Ausgleich und Absicherung können nur auf breiter und insbesondere auf kollektiver Basis ansetzen. Dazu sind Steuern ein adäquates Mittel. Wer nun von allen Steuerpflichtigen wie viel zum gesamten Steueraufkommen beiträgt ist letztlich der entscheidende Punkt, wie Umverteilungspolitik mit Hilfe der Steuerpolitik charakterisiert werden kann.

Negativsteuer anheben

Die Lohnsteuer ist neben der Umsatzsteuer die aufkommensstärkste Steuer in Österreich. Auch Menschen, die wenig Einkommen zur Verfügung haben, sind von der Lohn- und Umsatzsteuer betroffen. Laut Lohnsteuerstatistik zahlen von sechs Millionen Lohnsteuerpflichtigen (ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen) fast ein Drittel keine Lohnsteuer. Erst ab einem Einkommen von 10.900 Euro (entspricht einem monatlichen Bruttoeinkommen von derzeit 1.128 Euro) ist Lohnsteuer abzuführen. Für Einkommen unterhalb der Steuergrenze wird die sogenannte Negativsteuer auf Antrag ausbezahlt. Zur Verbesserung der Einkommenssituation könnte in diesem Bereich die Negativsteuer angehoben werden. Speziell Frauen sind in den unteren Einkommensstufen überproportional betroffen. Das liegt nicht nur daran, dass mehr Frauen in Teilzeitbeschäftigung gedrängt werden, sondern auch in

den Einkommensungleichheiten zwischen Frauen und Männern – noch immer verdienen Frauen um ein Drittel weniger als Männer.

Für BezieherInnen niedriger Einkommen bedeuten Gebühren und Verbrauchssteuern, wie etwa die Umsatzsteuer, eine besondere Belastung. Aus verteilungspolitischer Sicht wirkt eine Verbrauchssteuer **regressiv**. Daher sind lebensnotwendige Güter wie zum Beispiel Grundnahrungsmittel oder Medikamente grundsätzlich mit einem ermäßigten Steuersatz belegt. Eine weitere Herabsetzung des ermäßigten Satzes hätte keine nennenswerten verteilungspolitischen Effekte zur Folge. Dagegen könnte eine personenbezogene Umsatzsteuerbefreiung – abgesehen von der Gefahr der Stigmatisierung der betroffenen Personen beim Lebensmitteleinkauf mittels Marken – bei Grundnahrungsmitteln die armutsbedingten Folgen etwas lindern helfen. Eine sinnvolle Maßnahme zielte auf eine Rückerstattung der Umsatzsteuer für niedrige EinkommensbezieherInnen ab. Neben dem verwaltungstechnischen Aufwand scheint der beabsichtigte Erfolg einer Umsatzsteuerrückerstattung fraglich. Sind die von Armut betroffenen Menschen nicht bereits über bestimmte Sozialprogramme durch die Verwaltung erfasst, so wird es aufgrund der eingeschränkten Information, der nur geringen Kenntnisse über verwaltungsnotwendige Anforderungen sowie der generell vorhandenen Verwaltungsscheu beziehungsweise -ferne des potenziellen AdressatInnenkreises schwer sein, diesen auch tatsächlich zu erreichen.

Um auch EinkommensbezieherInnen im entgegengesetzten oberen Einkommensbereich zur solidarischen Finanzierung der Umverteilungspolitik einbeziehen zu können, ist eine erhöhte Umsatzsteuer auf Luxusgüter denkbar. Allerdings stehen dieser Idee EU-rechtliche Bedenken gegenüber.

Arbeit und Kapital

Im Folgenden wird die Diskrepanz zwischen Einkommenserzielung und Steuerleistung der einzelnen Faktoren von Arbeit und Kapital herausgearbeitet werden. Guger (2004) zeigt die Entwicklung der unterschiedlichen Einkommen. Während der Anteil von Gewinn- und Besitzeinkommen am Volkseinkommen in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen ist, ist jener aus unselbstständiger Arbeit gesunken. In den letzten zehn Jahren haben die Gewinne nominell um 80 Prozent zugenommen, Löhne und Gehälter sind dagegen lediglich um 35 Prozent angewachsen. Die Gewinne haben sich daher mehr als doppelt so schnell entwickelt wie die Löhne. Aber auch innerhalb der Lohn- und Gehaltseinkommen sind enorme Einkommensungleichheiten wahrzunehmen. Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse – besonders unter den Frauen – aber auch freie Dienstverhältnisse und andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Steigen begriffen sind. Diese Einkommensentwicklung wird in keiner Weise von der Struktur des österreichischen Steuersystems reflektiert.

Darüber hinaus ist die Steuer- und Abgabenbelastung der Produktionsfaktoren von Arbeit und Kapital einseitig zuungunsten des Faktors Arbeit ausgebildet. Besonders der internationale Vergleich verdeutlicht klar diese Schieflage. Die Europäische Kommission veröffentlicht in regelmäßigen Abständen Daten

zur Entwicklung der Steuereinnahmen. Diese werden für einen harmonisierten Vergleich der Steuerindikatoren herangezogen. Die Abgabenbelastung kann anhand der impliziten Steuersätze¹ abgelesen werden. Generell ist in den unterschiedlichen Ländern Arbeit stärker belastet als Kapital, das Ausmaß der Ungleichbelastung fällt jedoch verschieden aus. Österreich weist eine im Zeitverlauf steigende Belastung des Faktors Arbeit auf – im Jahr 1995 betrug die Belastung 38,7 Prozent und stieg bis 2005 auf 40,9 Prozent.

Hingegen ist die Belastung von Kapital von 25,5 Prozent bis 23,1 Prozent zurückgegangen. Für die Eurozone, aber auch für den EU-27-Durchschnitt, ist ein entgegengesetzter Trend festzustellen. Dennoch ist dieser Trend sehr schwach ausgeprägt, vermutlich als Konsequenz der Entwicklung des generellen Steuerwettlaufs der Gewinn- und Vermögensbesteuerung in den Ländern der Europäischen Union.

Schieflagen korrigieren

Im Zuge einer Steuerreform müsste Raum geschaffen werden, neue Akzente zu setzen und Schieflagen zu korrigieren. So wäre die Umstellung von auf Arbeit bezogene Abgaben auf Basis einer Wertschöpfungsabgabe anzudenken; ein erster Schritt könnte die Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds durch die Wertschöpfungsabgabe sein. Eine weitere Stoßrichtung ist in der Stärkung der vermögensbezogenen Besteuerung zu suchen. Aus aktuellen Statistiken geht hervor, dass Österreichs Aufkommen aus allen vermögensbezogenen Steuern weit unter dem Niveau der EU-15-Länder liegt. Um das österreichische Vermögenssteueraufkommen an das EU-Niveau heranführen zu können, müsste an der Erhöhung der Steuersätze, der Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen sowie an einer (Wieder-)Einführung bereits abgeschaffter/neuer vermögensbezogener Steuern angesetzt werden.

Die Änderung der österreichischen Steuerstruktur kann jedoch nur einen Teil der notwendigen Maßnahmen darstellen. Hohe Einkommen, vor allem Einkommen aus Besitz und Vermögen, Kapitalerträge sowie Wertpapiere, aber auch

¹ Implizite Steuersätze messen die tatsächliche durchschnittliche Abgabenbelastung der unterschiedlichen Faktoren im Produktionsprozess, das heißt von Arbeit, Kapital oder Konsum. Im Grunde werden die auf den jeweiligen Faktor bezogenen Steuereinnahmen zum/r Einkommen/Bemessungsgrundlage dieses Faktors in Beziehung gesetzt. Zum Beispiel werden bei der Berechnung des impliziten Steuersatzes auf Arbeit die auf das Erwerbseinkommen bezogenen Steuern und Sozialabgaben zu den Arbeitskosten wie Entgelte der ArbeitnehmerInnen oder Lohnsummensteuern in Beziehung gesetzt. Der implizite Steuersatz auf Kapital umfasst die Einkünfte privater Haushalte und Kapitalgesellschaften im Verhältnis zu den Kapitaleinkünften und Gewinnen.

WEBLINKS

FSG-Kampagne Lohnsteuer senken
www.lohnsteuersenken.at

Beigewum (2005), Mythen der Ökonomie,
VSA Verlag
www.beigewum.at

Kurswechsel, Kampf für ein soziales
Europa, Nr. 1/2007
www.kurswechsel.at

OECD Revenue Statistics 2007
www.oecd.org

Statistische Nachrichten 1/2008
www.statistik.at

Unternehmen sind verstärkt steuerlich zu erfassen. Das Aufkommen aus dieser Besteuerung kann dazu verwendet werden, sozialstaatliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut zu finanzieren.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die Steuerpolitik einen wesentlichen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten kann. Das bedeutet für die konkrete österreichische Situation, dass umfangreiche Maßnahmen gesetzt werden müssen, um die Steuer- und Abgabenstruktur entsprechend zu ändern. Dies betrifft vorrangig die Stärkung der vermögensbezogenen Besteuerung in Österreich, zu überlegen wäre aber auch eine Entlastung des Faktors Arbeit zugunsten einer Wertschöpfungsabgabe. Allerdings vermag Steuerpolitik nicht allein Armut zu bekämpfen – sie ist und bleibt ein wichtiges Hilfsinstrument. Zur Bekämpfung von Armut bedarf es der Anwendung weiterer wichtiger Politikbereiche – neben der Sozialpolitik sind hier allen voran die gewerkschaftliche Lohnpolitik, aber auch Bereiche der Arbeitsmarktpolitik gefordert.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorin
gertraud.lunzer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Armutsfalle Europa

Immer mehr sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge kommen vorwiegend aus Afrika ins angeblich so wohlhabende Europa. Für viele eine Reise ins Elend oder den Tod.

Autorin: Dagmar B. Gordon

Freie Journalistin

Joana Adesouwa Reiterer weiß um die Gründe, die gerade die jüngsten und fittesten ihrer Landsleute nach Europa locken: »Zum einen sind es die Afrikaner, die in Europa leben und sich nicht getrauen zu berichten, unter welchen Umständen sie ihr Leben im Norden fristen. Sie schämen sich, dass es ihnen schlecht geht und erzählen es zu Hause nicht. Und zum anderen sind es die europäischen Mitarbeiter internationaler Konzerne, die riesige Villen, Wachpersonal, Hauspersonal und große Autos zur Verfügung gestellt bekommen – diese Zurschaustellung von Reichtum lässt viele Afrikaner glauben, allen Europäern ginge es so gut. Die begreifen nicht, dass das nur bei den gut bezahlten Jobs in Afrika so funktioniert.«

Joana Reiterer ist selbst vor Jahren aus Nigeria nach Österreich gekommen. Allerdings nicht ganz aus freien Stücken, sondern weil ihr Mann hier lebte und seinen Geschäften nachging und mittlerweile selbst Österreicher geworden war. Rund

40.000 Frauen allein aus Nigeria – einem der reichsten afrikanischen Länder – fristen ihr Dasein auf Europas Straßen als Zwangsprostituierte. Und über die Zahl der jungen Männer, die als Drogendealer versuchen ihre »Reisekosten« abzustottern, gibt es nicht einmal Schätzungen.

Der Mechanismus mit dem junge, oftmals gut ausgebildete AfrikanerInnen dazu verleitet werden, nach Europa zu gehen ist komplex: Da ist zum einen ein schier unausrottbarer Minderwertigkeitskomplex der AfrikanerInnen gegenüber Europa und den EuropäerInnen. Scheinbar alles ist in Europa besser und auch leichter. Voodoo, der in Afrika weit verbreitete »Natur- und Geisterglaube« wird gezielt dazu benützt, die »Auswanderer« in Angst und Schrecken zu versetzen und Geld von ihnen zu erpressen. Das Geschäft mit den Auswanderern ist ein gut gehender Wirtschaftszweig von dem viele profitieren. Und drittens ist da noch die Tatsache, dass es für alle Probleme im eigenen Land eine Lösung gibt die so einfach klingt: Europa.

Exit klärt auf

Joana Reiterer, die mit ihrem Verein Exit seit zwei Jahren erfolgreich Aufklärungsarbeit in den Herkunftsländern der geschleppten Menschen betreibt, bedauert diese Haltung ihrer Landsleute: »Wenn zum Beispiel die Nigerianer diese Energie, die aufgebracht wird, um nach Europa zu kommen und dann hier zu überleben, nutzen würden, um im Land etwas weiterzubringen, dann würde sich in Nigeria wirklich etwas bewegen.« Ein Problem, das auch andere Afrikaner bestätigen, ist die

INFO & NEWS

Voodoo

Voodoo (in Nigeria als Juju bekannt) ist eine ursprünglich westafrikanische **animistische** Religion. Das Wort »Voodoo« leitet sich aus einem Wort der westafrikanischen Fon-Volksgruppe für Geist oder auch Gottheit ab und existierte möglicherweise schon vor mehreren tausend Jahren. Das Wort wird oft stellvertretend für verschiedenste afro-amerikanische Religionen benutzt. Voodoo gehört in die **Yoruba**-Tradition, stellt aber eine **hybride** Religion aus vielfältigen afrikanischen, islamischen, katholischen und auch indianischen Elementen dar. Hochburgen des Voodoo-Kults sind neben Nigeria Ghana, Benin und Togo. Die Religion Voodoo verbreitet sich weltweit immer stärker. Besonders im Ursprungskontinent Afrika, da sich vor allem die schwarze Bevölkerung wieder an ihre Wurzeln erinnert.

In Brasilien ist Voodoo als Candomble, in Kuba als Santeria bekannt.

Tatsache, dass oft Quantität über Qualität geht. Dadurch wird auch in Afrika häufig fehl investiert und die Entwicklung stagniert. Selbst teure Technologien, die Fortschritt und Hilfe bedeuten würden, werden oftmals aufgegeben und bleiben ungenutzt. Die Religion, der Geisterglaube Voodoo (eigentlich ist er in Westafrika unter dem Namen Juju bekannt) wird gezielt eingesetzt, um Menschen unter Druck zu setzen: Die Voodoo-Priester besiegeln die »Verträge«, die die Schlepper mit ihrer

WEBLINKS

Informationen und Hilfe für Betroffene gibt es bei folgenden Vereinen:

www.exit-ngo.com
www.lefoe.at

BUCHTIPPS

Bücher von Joana Reiterer:

Die Ware Frau

Ecowin Verlag, von Corinna Milborn, Mary Kreuzer und Joana Reiterer

Die Wassergöttin

2009 Droemer/Knaur;
noch nicht erschienen.

Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

© Niko Formanek/Ecowin Verlag

Joana Adesouw Reiterer ist vor Jahren aus Nigeria nach Österreich gekommen. Im Verein Exit klärt sie ihre Landsleute auf.



»Kundschaft« machen, mit den traditionellen Ritualen. Die Strafe, die den Geschleppten bei Nichteinhaltung des Vertrages angedroht wird, ist beängstigend. »Es ist wie eine Art Gehirnwäsche«, sagt auch Joana Reiterer, die sich vor ihrer Reise nach Österreich selbst so einem Ritual unterwerfen musste. Über ihre Erfahrungen damit und ihre Lebensgeschichte bis zur Integration in Österreich wird im neuen Buch »Die Wassergöttin, oder wie ich die Macht des Voodoo brach« in Kürze nachzulesen sein. Und so ziehen unzählige durch die Wüste gegen Norden, schiffen sich in abenteuerlich zusammengezwimmerten Booten ein oder versuchen ihr Glück mit einem Touristenvisum und einem Flugticket für das nicht selten eine ganze Familie in die Tasche gegriffen hat.

Reise ins Elend

Häufig verlassen aber auch Menschen ihre Heimat denen niemand in den Ohren gelegen ist. Sie geben ihre gutgehenden kleinen Geschäfte und ihren bescheidenen Wohlstand auf und verschulden sich Hals über Kopf, um ins gelobte Land zu kommen. »Eine Frau, die ich kenne, hatte eine Boutique in Lagos. Um nach Europa zu kommen, hat sie alles verkauft und noch heute 60.000 Euro Schulden bei ihrem Schlepper«, bestätigt auch Joana Reiterer die Vermutung, dass nicht nur arme Menschen vom Land nach Europa drängen. Da die Schlepper nach afrikanischen Verhältnissen ein Vermögen für die Reise nach Europa verlangen, ist es praktisch ausgeschlossen, dass völlig mittellose Menschen nach Europa kommen.

Die Migrationsbewegung ist vielmehr ein Phänomen des afrikanischen Mittelstandes. »Es ist schon fast eine Mode, nach Europa zu gehen, und weil die Asylverfahren rund vier Jahre dauern, haben die Geschleppten auch so viel Zeit, das Geld für die Reise oftmals am Strich oder im Drogenmilieu zu verdienen.«

Die Familien die ihre Kinder mit Hilfe von Menschenhändlern nach Europa geschickt haben, ahnen nicht selten die Probleme, haben aber keine Vorstellung vom Ausmaß des Elends in das sie ihre Liebsten getrieben haben: »Am Anfang habe ich geglaubt, dass die Eltern nichts wissen, weil keine Eltern sich das für ihr Kind wünschen. Durch Recherchen habe ich aber herausgefunden, dass Mütter das sogar unterstützen, denn sie glauben, dass sie dem Schlepper etwas schuldig sind, weil er ihrem Kind geholfen hat. Die Eltern kennen die Realität in Europa nicht. Wie die Frauen die ganze Nacht im Prater stehen und mit unzähligen Männern schlafen müssen. Das haben sie noch nicht gehört.«

Rückkehr ist das schwerste

Hier setzt die Arbeit des Vereins Exit an: Gemeinsam mit StudentInnen eines Filmclubs hat Joana Reiterer einen Aufklärungsfilm gedreht, den sie auf Reisen in Nigeria neben NGOs auch SchülerInnen zeigt und mit ihnen diskutiert. Der Film erzählt die (wahre) Geschichte einer Nigerianerin, die nach Österreich geschleppt und hier mit Gewalt zur Prostitution gezwungen wurde. Dadurch wird nach und nach klar: Das Bild, das die Menschen in

Afrika von Europa haben, ist falsch und verzerrt. »Human Trafficking« ist die moderne Form der Sklaverei, denn die Reisekosten müssen unter erbärmlichen Bedingungen und unter Freiheitsberaubung abgearbeitet werden.

»Das schwerste für die Menschen, die einmal hier in Europa gelandet sind, ist zurückzugehen und zuzugeben, was sie tun mussten, um zu überleben.« So versuchen die meisten, nachdem sie die Schulden an ihre SchlepperInnen abbezahlt haben, noch ein wenig Geld zu sparen, um dann nach Afrika zurückzukommen und die Mär vom goldenen Europa weiter aufrechtzuerhalten. Mit großer Geste werden da beim ersten Besuch zu Hause mühsam erworbene Geschenke verteilt oder ganze Familien über Jahre unterstützt. Mit welcher Arbeit will niemand so genau wissen. Bei ihrer Aufklärungsreise nach Nigeria traf Joana auch auf einen jungen Burschen der stolz erzählte, dass sein Bruder in London einen guten Job habe. Auf die Frage, was er denn in London arbeiten würde, konnte er keine Antwort geben. Nachdenklich meinte er nach der Vorführung des Filmes, er werde seinen Bruder beim nächsten Telefonat fragen, welche Art Arbeit das wohl wäre.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorin
d.gordon@ideenmanufactur.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Vom Regen in die Traufe

Armut betrifft in Österreich viele Menschen. Wenn hier die Armut auch anders aussehen mag als in den Ländern des Südens oder auch teilweise in Osteuropa.

Autorin: Ruth Bauer

Freie Journalistin mit Schwerpunkt Afrika

Armut misst sich immer an ihrem Umfeld. Existenzsicherung hat in unterschiedlichen Ländern unterschiedliche Bedeutung. Für die Bemessung der Armut sind Aspekte wie der durchschnittliche Reichtum eines Landes, aber auch beispielsweise klimatische Bedingungen relevant. Doch Armut tut immer weh und das überall.

Frühjahr 2007. Schauplatz: Eine Lehrveranstaltung an der Germanistik der Universität Legon, Accra/Ghana. Ja, richtig. Germanistik. Deutsche Sprachkenntnisse sollen eine Basis für ein späteres Leben der Studierenden in Deutschland, Österreich und der Schweiz sein. Das Seminar ist voll. Das Thema dieser Einheit ist »Armut in Österreich«: Von Obdachlosigkeit ist da die Rede, von Arbeitslosigkeit und vom harten Überlebenskampf, besonders für AusländerInnen. Ungläubiges Staunen der Studierenden. Als Lektorin gelingt es mir

nicht, sie davon zu überzeugen, dass es vielleicht besser ist, die illegale Emigration nach Europa nicht zu wagen. Selbst wenn sie die gefährliche Reise mit Hilfe von Schleppern schaffen, landen sie keineswegs im Schlaraffenland. Doch leider glauben mir die meisten nicht. Mir wird sogar vorgeworfen, ich würde meinen SchülerInnen ein Leben in Europa missgönnen. Schwere Herzens gebe ich meine Überzeugungsmission auf.

Migration in die Armut

Viele Menschen aus weniger reichen Ländern als Österreich können sich nicht vorstellen, dass es hierzulande Armut gibt. Wie oft habe ich in Afrika gehört: »Bei euch in Europa ist doch alles ganz anders, viel besser!« »Ja!«, möchte man dann gerne antworten, »das stimmt wohl, wenn man die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern bedenkt.« Das ändert sich aber rasch, denkt man an die Realität der MigrantInnen, vor allem der AsylwerberInnen in Österreich. Viele kommen als Wirtschaftsflüchtlinge in der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen und werden von der Tatsache überrascht, dass ihnen auch hier ein Leben in Armut blüht. Als AsylwerberInnen bekommen sie ein kleines Taschengeld, das kaum zum Überleben reicht, und dürfen oft jahrelang keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Da ist der Weg in illegale Arbeitsverhältnisse oft vorprogrammiert. Von Rassismus, sozialer Ausgrenzung und möglicherweise Schubhaft ganz zu schweigen.

Menschen mit Migrationshintergrund sind aber auch dann von Armut betroffen, wenn sie sich bereits fix in Österreich niedergelassen haben. Armut bedeutet ja

beispielsweise auch, dass der Zugang zu Bildung erschwert ist. Viele MigrantInnen und ihre Kinder haben schlechte Chancen auf eine gute Bildung in Österreich. Sprachschwierigkeiten sind nur einer der Gründe dafür. Die Wohnmöglichkeiten für MigrantInnen sind äußerst schlecht, dazu kommt, dass diesen Menschen oft Sozialleistungen verwehrt bleiben, weil sie auch aufgrund von Sprachproblemen nicht wissen, was ihnen zustünde. Fakt ist auch, dass Armut häufig »vererbt« wird. Kinder aus armen Familien sind selbst wiederum massiv armutsgefährdet – dies trifft ganz besonders auf Menschen mit migrantischem Hintergrund zu.

Brain-Drain

Menschen, die aus dem Ausland nach Österreich kommen, können kaum in den Berufen arbeiten, die sie zuhause erlernt haben. Nicht selten finden wir in Österreich AkademikerInnen aus anderen Ländern, die in der Reinigung oder sonstigen Hilfsbranchen arbeiten. Politik und Wirtschaft haben offenbar noch nicht erkannt, welches Potenzial dadurch auch in finanzieller Hinsicht verloren geht. Und die Spirale dreht sich weiter.

Im EU-Vergleich verfügt Österreich über relativ wenige AkademikerInnen. Ironischerweise können wir es uns aber offenbar leisten, akademisch gebildetes Reinigungspersonal, BauarbeiterInnen und FabrikarbeiterInnen zu beschäftigen. Schuld daran ist die sogenannte »Brain-Drain« vor allem aus den Entwicklungsländern. Menschen, die in ihren Heimatstaaten in hoch qualifizierten Berufen gearbeitet haben oder Studien abgeschlossen haben, verlassen ihre Heimat, um in Ös-

WEBLINKS

www.armutskonferenz.at/armutskonferenz-startseite.htm

Kampagne: Armut tut weh
www.volkshilfe.at/1171,,,2.html

Statistik Austria:
www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/armut_und_soziale_ingliederung/index.html

terreich in Berufen zu arbeiten, die ihrer Qualifikation nicht einmal annähernd entsprechen. Warum? Ganz einfach: Die Ausbildungen werden in Österreich schlichtweg nicht anerkannt. Studien belegen, dass oftmals gebildete Menschen emigrieren, denn gerade sie haben Vorstellungen von und Hoffnung auf ein besseres Leben in einem fremden Land. Und die Emigration kostet Geld: Das heißt, die Ärmsten der Armen können sich die Migration ohnehin nicht leisten. Es liegt auf der Hand, dass »Brain-Drain« eine wirtschaftliche, aber auch politische und kulturelle Katastrophe für die Entwicklung der Heimatländer der MigrantInnen bedeutet.

Wien, Frühjahr 2008

Wieder gebe ich Deutschunterricht. Eine meiner SchülerInnen, Carina S., kommt aus Rumänien. Sie ist Diplomingenieurin. In Rumänien hat sie Maschinenbau studiert. Die Liebe war schuld daran, dass sie nach Österreich kam. Ihr Mann stammte aus Wien. Ohne Sprachkenntnisse konnte Carina S. nur als Reinigungskraft Arbeit finden. Die Ehe scheiterte und eine Sehenscheidenentzündung zwang Carina in einen langen Krankenstand. Sie wurde gekündigt und es stellte sich heraus, dass die Firma sie nur für 20 Wochenstunden angemeldet hatte. Das Arbeitslosengeld war daher dementsprechend niedrig.

»Damit begann mein Weg in die Armut«, sagt Carina heute. Im Moment lebt die Enddreißigerin von der Notstandshilfe, wohnt in einer Wohnung der Caritas, die sie zum Glück bekommen hat, und ist sozial relativ isoliert. Sie kennt nicht viele Leute und kommt auch selten aus dem Haus. Das Geld reicht nicht für Vergnügungen, auch nicht für Kleidung oder einen Friseurbesuch. Jetzt ist Carina dabei, ihr Deutsch auf Vorderfrau zu bringen. Sie hofft, früher oder später gut genug Deutsch zu sprechen, dass sie sich in ihrer erlernten Branche etablieren kann. Bisher hat sie aber nur Ablehnungen bekommen. Ihre jahrelange Tätigkeit als Reinigungskraft ist keine gute Referenz. »Eigentlich träume ich davon, zurück nach Rumänien zu gehen, aber auch das ist schwer«, erzählt sie mir im Unterricht.

Suncica I. aus Serbien hat auch eine Geschichte zu erzählen. Sie ist jetzt knapp über 40 und wohnt seit ungefähr 20 Jah-



Brain-Drain: Viele gut Ausgebildete emigrieren und nehmen damit den sozialen Abstieg in Kauf.

ren in Wien. Sie hat ihre beiden Töchter, 17 und 19, in Wien großgezogen. Dennoch fällt es ihr schwer, auch nur über einige persönliche Daten auf Deutsch zu sprechen. Immer schon arbeitet sie als »Zimmermädchen« in einem Hotel. Die Chefin sprach Serbisch und auch zu Hause wurde nur Serbisch gesprochen. So kam sie auch ohne Deutsch zurecht. Als beinahe Analphabetin fällt es Suncica schwer, Deutsch zu lernen. Doch das muss nun sein. Die neue Chefin spricht kein Serbisch. Suncica erzählt mir mit Hilfe einer serbischen Kollegin sichtlich verzweifelt von ihren Sorgen: Sie fürchtet, ihren Job zu verlieren, wenn sie nicht bald besser Deutsch kann. Sie braucht ihr Einkommen von 900 Euro pro Monat jedoch unbedingt. Große Sprünge kann sie damit ohnehin nicht machen. Doch noch weniger Geld wäre fatal.

Für ihre Kinder hat Suncica sich eine bessere Zukunft erhofft. Da das Geld zu Hause nie reichte, haben die Kinder früh die Schule verlassen und zu arbeiten begonnen. Die Lehre haben beide Mädchen nicht beendet. Beide arbeiten, wie ihre Mutter, im Moment in der Reinigungsbranche.

Gesellschaftliches Out

Carina und Suncica entsprechen genau den Armutskriterien der von der Armutskonferenz festgestellten Risikogruppen. Beide sind MigrantInnen, beide sind Frauen, Carina ist Langzeitarbeitslose und Suncica hat ein zu niedriges Einkommen und Bildungsniveau. »Wer arm ist, der ist auch gesellschaftlich im Out«, schreiben VertreterInnen der Caritas. Das trifft auf Carina und Suncica zu. Carina ist viel allein und Suncica kann sich kaum selber um ihre alltäglichen Angelegenheiten kümmern, da die Sprachbarriere für sie

fast unüberwindbar ist. Suncica hat ihren Kindern – ungewollt – Armut und Chancenlosigkeit »weitervererbt«. Ihre beiden Töchter sind ebenfalls akut armutsgefährdet, da sie über niedrige Einkommen und kaum Bildung verfügen. Wichtig wäre eine Unterstützung der beiden Mädchen durch die Schule gewesen. Hilfe, Beratung und Motivation zumindest eine Lehre abzuschließen hätten von Institutionen geleistet werden müssen. Doch leider gibt es diese Art von Hilfestellung im österreichischen Bildungssystem kaum.

Es gibt viel zu tun, um Menschen anderer Herkunftsländer, die in Österreich leben, vor der Armut zu schützen. Auf jeden Fall ist wichtig, dass ihnen der Zugang zu Arbeit, Bildung und Gesundheitsvorsorge erleichtert wird. Wer in Österreich lebt, der/die muss auch hier arbeiten dürfen und der/die muss auch Anspruch auf sämtliche Sozialleistungen haben. Eine Sensibilisierung der Gesellschaft für die Probleme, vor allem aber auch für die Potenziale der MigrantInnen wird in Zukunft hoffentlich dabei helfen, die Situation der MigrantInnen in Österreich zu verbessern. Carina S. hat übrigens vor kurzem die Chance bekommen, ein Praktikum in einer bekannten Logistikfirma zu beginnen. Wenn da jetzt alles passt, dann wird die Firma sie vielleicht übernehmen. »Das wäre eine Chance, die ich zu nutzen wüsste!«, ist die Diplomingenieurin überzeugt.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorin
ruth.bauer@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Aktionsplan für Ältere

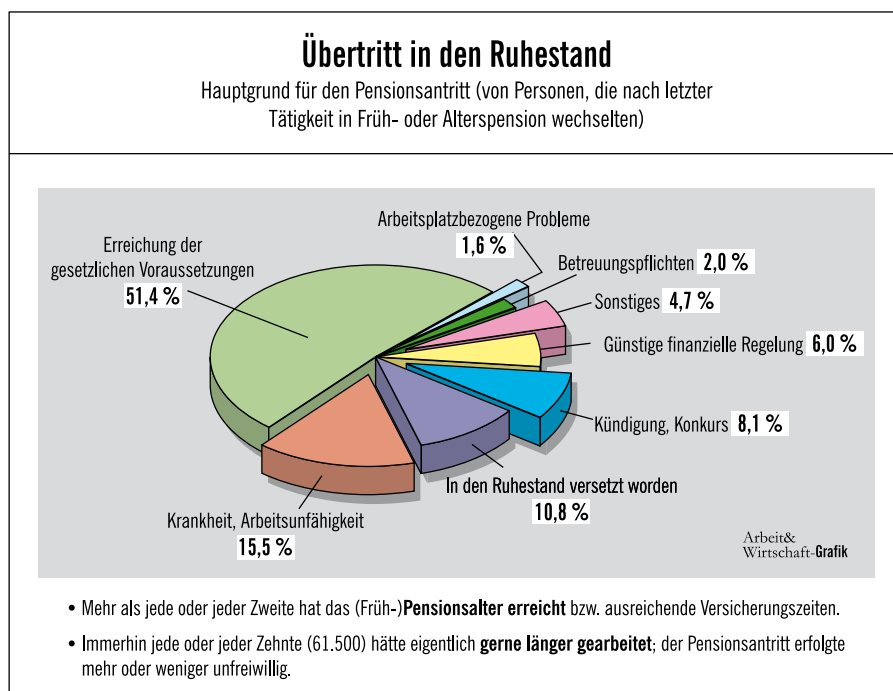
Wir werden alle immer älter und arbeiten länger. Mit Hilfe verschiedener Maßnahmen wollen die Sozialpartner die Arbeitswelt altersgerecht gestalten.

Autor: Dr. Alexander Schneider

Abteilung Bildungspolitik der AK Wien

Die Sozialpartner haben einen Aktionsplan für Ältere präsentiert. Seit 2005 sind in Österreich mehr Menschen über 40 Jahre alt als unter 40. Damit geht die lange Zeitspanne der »Babyboomer«, die den Arbeitsmarkt bestimmten, zu Ende. Die erwerbsfähige Bevölkerung in Österreich wird bis 2020 um 130.000 Personen zunehmen, wobei bei den Jüngeren (15 bis 45 Jahre) eine Abnahme um 240.000 und bei den Älteren eine Zunahme von 370.000 vorausgesagt wird.

Die Unternehmen werden länger mit den vorhandenen Beschäftigten auskommen haben bzw. auch ältere Arbeitssuchende einstellen müssen. Das Sondermodul des Mikrozensus von 2006 zum »Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand« zeigt, dass die Beschäftigten selbst damit rechnen, länger im Arbeitsleben zu verbleiben. Das muss vor allem durch Investitionen in die Gesundheit und Qualifikation ermöglicht werden. Ebenso wird es darum gehen, arbeitssuchende Ältere auf den Arbeitsmarkt zurückzubringen. Das Sondermodul des Mikrozensus 2006 zeigt, welche Faktoren die Beschäftigten selbst dabei für wesentlich halten. Deutlich wird, dass Gesundheit der entscheidende Faktor ist. Dazu lassen sich auch Sicherheitstechnik und Arbeitsklima zählen. Die Bedeutung der Bezahlung nimmt mit dem Alter ab, bedeutsam bleibt das Vorhandensein eines Arbeitsplatzes. Bessere Aus- und Weiterbildung wird noch



Quelle: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, Ad-hoc Modul „Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand“ 2006. Prozenze bezogen auf Personen in Früh- oder Alterspension (571.600).

nicht ausreichend als Faktor gesehen. Eine alters- oder besser lebensphasengerechte Arbeitswelt ist wichtig, denn wie obenstehende **Grafik** zeigt kann nahezu die Hälfte der Beschäftigten nicht regulär aus einem bestehenden Arbeitsverhältnis in den Ruhestand übergehen, selbst wenn man die Frühpension als regulär mit einbezieht.

Der Aktionsplan

Der Aktionsplan der Sozialpartner ist auf die vier Bereiche Gesundheit, Altersteilzeit, Kombilohn und Bildung bzw. Qualifikation gerichtet.

Gesundheit

Kernpunkt im Bereich Gesundheit ist ein Präventionsgesetz. Die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie die Prävention arbeitsbedingter Erkrankungen und betriebliche Gesundheitsförderung sollen zur verpflichtenden Aufgabe für die Sozialversicherung werden. Für alle anderen »Lebensumwelten« (Wohnen, Schule, Sport etc.) soll der »Fonds Gesundes Österreich« zuständig sein.

Begleitende Maßnahmen sind der Aufbau eines Frühwarnsystems zur Vermeidung von Gesundheitsbeeinträchtigungen und Invalidität, die Förderung baulicher, technischer und ergonomischer Adaptie-

ungsmaßnahmen, um die Weiterbeschäftigung gesundheitlich beeinträchtigter Personen zu fördern, Lohnkostenzuschüsse für Personen mit nicht voller Leistungskapazität für die Dauer der gesundheitlichen Beeinträchtigung, ein Beratungspaket für Betriebe und Beschäftigte, Arbeitsbewältigungscoaching, Bereitstellung von Ersatzarbeitskräften zur Abdeckung krankheitsbedingter Ausfälle aus dem Pool gemeinnütziger Arbeitskräfteüberlasser.

Altersteilzeit

In der neuen Regelung soll die Einstellung einer Ersatzkraft für Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten nicht mehr notwendig sein. Blocken bleibt mit einer Freizeitphase von höchstens 50 Prozent zulässig. Für die Altersteilzeit werden zwei Modelle vorgeschlagen. Modell Eins mit Antritt ab 58 (Männer) bzw. 52,5 bis 55 (Frauen) Jahren und Dauer bis zum frühestmöglichen Pensionsantritt. Die Refundierung der Kosten der Altersteilzeit für ArbeitgeberInnen beträgt 60 bis 80 Prozent. Modell Zwei sieht den Antritt ein Jahr früher vor und das Pensionsantrittsalter wird ein Jahr nach hinten verschoben, dadurch erhöhen sich die Versicherungszeiten. Die Refundierung erfolgt von 80 bis 100 Prozent.

Kombilohn und Eingliederungsbeihilfe

Der Kombilohn ist ein Anreiz für wettbewerbschwächere Personen, eine neue Beschäftigung aufzunehmen. Er richtet sich

an Personen über 45 Jahre, WiedereinsteigerInnen, Menschen mit Behinderung und längerer Vormerkdauer. Der Kombilohn ist eine Individualförderung. Die Förderhöhe wird nach einem Richtsatz errechnet. Dieser beträgt Leistungsbezug plus 40 Prozent. Die Differenz zwischen Richtsatz und dem neuen Nettoeinkommen (inkl. Sonderzahlungen) kommt als Förderung zu letzterem dazu. Bei Teilzeitarbeit reduziert sich der Richtsatz. Der Kombilohn gilt für Einkommen zwischen 1.700 Euro und 650 Euro brutto. Er ist auf zwölf Monate befristet. Eine Verlängerung ist im Einzelfall möglich, jedoch soll es keine Dauerförderung werden. Wichtig ist hier noch als Schutzbestimmung, dass die Höhe der Bemessungsgrundlage unverändert bleibt und die Wartezeit auf das Arbeitslosengeld nach Auslaufen der Kombilohnförderung entfällt.

Bildung und Qualifikation

Studien belegen, dass Unternehmen, die in die Weiterbildung ihrer Beschäftigten investieren, produktiver sind. Weiterbildung sichert die Qualifizierung und die Löhne dauerhaft ab. Dies wird für Ältere noch zu wenig erkannt und genützt, weder von Unternehmen noch von den Älteren selbst. Das gilt insbesondere für ältere Beschäftigte mit Pflichtschulabschluss ohne weiterführende Berufsausbildung. Die Sozialpartner fordern, dass Instrumente entwickelt werden, die im Laufe des Arbeits-

WEBLINKS

Aktionsplan:
www.wien.arbeiterkammer.at/pictures/d68/AktionsplanfuerAeltere2008.pdf
 Sondermodul »Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand« als pdf unter
www.statistik.at

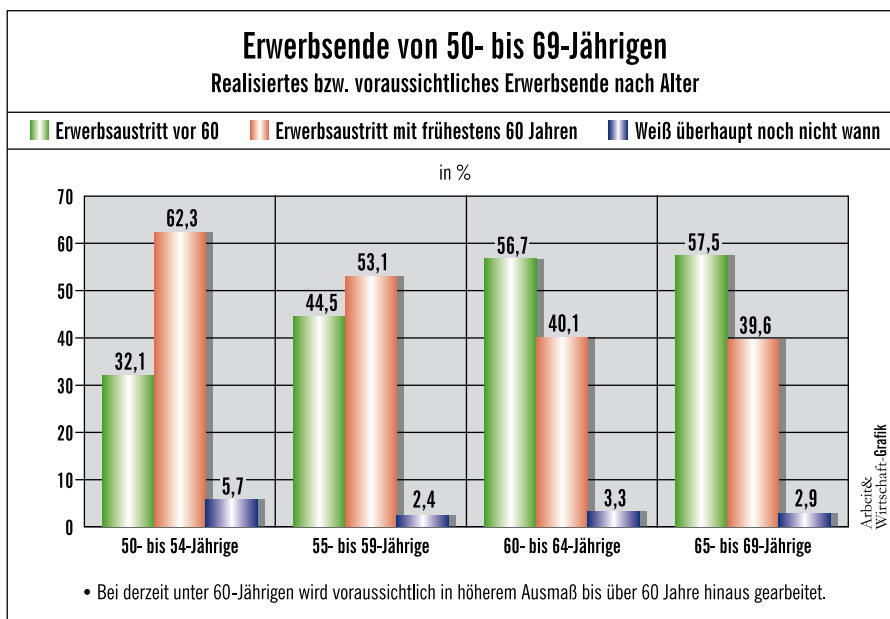
lebens erworbenen Kenntnisse und Qualifikationen formal anzuerkennen (unter Umständen bis hin zum Berufsschutz). Die Qualität des Lernens muss an spezifischen Bedürfnissen und Lebensumständen der Lernenden ausgerichtet werden. Die Erfahrungen aus den **Equal**-Projekten sollen in diesem Sinne evaluiert werden, Qualifizierungsstipendien sollen nicht weiter altersmäßig begrenzt werden und auch für Ältere zugänglich sein, Qualifizierungsverbände sollen auch auf diese Zielgruppe ausgerichtet sein. Als Ziel im Rahmen des **ESF**-Plans für die Jahre 2007 bis 2013 wird eine Weiterbildungsquote von 20 Prozent jährlich auch für gering qualifizierte Ältere angestrebt.

Schlussbemerkung

Abschließend ist zu bemerken, dass die vorgesehenen Maßnahmen nicht direkt altersspezifisch sind, sieht man von der Altersteilzeit ab. Diese wird gegenwärtig eher zur Verjüngung von Belegschaften genützt. Die Maßnahmen zu Gesundheit, Kombilohn und Bildung zielen über eine bestimmte Altersgruppe hinaus. Es geht dabei um eine Orientierung an bestimmte Lebensphasen, die unterschiedliche Leistungspotenziale mit sich bringen. Das ist auch der richtige Weg, um von einer defizitorientierten Stigmatisierung der Älteren wegzukommen. Die Umsetzung des Älterenpakets wäre ein großer Schritt in diese Richtung.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an den Autor
alexander.schneider@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at



John Maynard Keynes

*Vor 125 Jahren wurde der bedeutendste Ökonom des 20. Jahrhunderts geboren.
Seine Ideen haben nach wie vor Gültigkeit.*

Autor: Dr. Günther Chaloupek

Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen
Abteilung der AK Wien

Am 5. Juni jährte sich zum 125. Mal der Geburtstag von John Maynard Keynes, dem bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Sein wichtigstes Werk, Die »General Theory of Employment, Interest and Money« (»Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«) schrieb er vor dem Erfahrungshintergrund der »Großen Depression«, jener Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre, die es nach den damals noch vorherrschenden Ansichten der orthodoxen Ökonomen gar nicht geben sollte, deren außerordentliche Dauer und Hartnäckigkeit insbesondere in Europa sie nicht erklären konnten. Keynes zeigte nicht nur, wie es zu einem lang dauernden Zustand der Unterbeschäftigung kommen konnte. Er zeigte mit theoretischen Argumenten, wie die nach herkömmlicher Auffassung angeblich zum Vollbeschäftigungsgleichgewicht zurückführenden Anpassungsmechanismen, z. B. Lohnsenkungen, von diesem immer weiter wegführen; dass daher die herkömmlichen Therapiemaßnahmen zur Überwindung der Krise diese in Wirklichkeit verschärften. Keynes' Theorie ist aber ihren wesentlichen Inhalten nicht »Krisenökonomie«, wie seine Gegner behaupten, sondern sie war und ist die Grundlage für einen wirtschaftspolitischen Neubeginn nach 1945, der maß-

geblich zu den drei Jahrzehnten (bis Mitte der Siebzigerjahre) bis dahin nie gekannter wirtschaftlicher Prosperität in den Industrieländern beigetragen hat. Es ist in einem so kurzen Beitrag nicht möglich, Keynes' neue Sichtweisen auf der Ebene der theoretischen Ökonomie zu erklären. Im Folgenden werden einige¹ der wesentlichen Konsequenzen der »new economics«² für die Wirtschaftspolitik dargestellt.

Nominallohnresistenz

Dass der Staat in der Krise Beschäftigung durch die Finanzierung von Notstandsarbeiten schaffen kann, war in z. B. Österreich bereits 1873 gängige Praxis, ebenso wie die Erfahrung, dass der Staatshaushalt nach Beginn der Krise ins Defizit rutscht, 1930 keineswegs neu war. Nach der traditionellen, damals vorherrschenden Doktrin sollte dieses Defizit aber so rasch wie möglich durch Einsparungen, etwa durch Senkung der Beamtgehälter, und durch Steuererhöhungen eliminiert werden. Das Rezept dieser **Doktrin** für die Beseitigung der in der Krise gestiegenen Arbeitslosigkeit war einfach, wenngleich schmerzhaft: so wie auf jedem anderen Gütermarkt signalisiert ein Angebotsüberschuss, dass der Preis – in diesem Fall der Lohn – zu hoch ist und gesenkt werden muss. In bei-

¹ Aus Platzgründen ist es in diesem Beitrag nicht möglich, auf die Keynes'sche Geldtheorie und auf die Konsequenzen für Geld-, Zins- und Währungspolitik näher einzugehen. Im Rahmen der Keynes'schen Theorie sind diese Bereiche ebenso wichtig wie die im Folgenden behandelten Bereiche der Wirtschaftspolitik.

² Die Keynes'schen Lehren wurden noch etwa 20 Jahre nach dem Erscheinen der General Theory als »new economics« oder bei uns als »Neue Wirtschaftslehre« bezeichnet.

BUCHTIPPS

Wichtigste Werke

The Economic Consequences of the Peace, 1919 (deutsch 1919) **The End of Laissez-faire**, 1926

A Treatise on Money (2 Bände) 1930 (deutsch 1932)

Essays in Persuasion

The General Theory of Employment, Interest and Money, 1936 (deutsch 1936, verbesserte Übersetzung 2007)



How to Pay for the War, 1940

Das gesammelte Schrifttum von Keynes wurde ab 1973 im Auftrag der Royal Economic Society herausgegeben (über 30 Bände)

Eine auch für nicht ökonomisch geschulte Leser verständliche, flüssig geschriebene Darstellung von Leben und Werk bietet das Buch von Reinhard Blomert, John Maynard Keynes, Rowohlt's Monographien, € 8,80.

Exzellente und ausführliche Erstinformationen über Keynes Werk als Ökonom und Wirtschaftspolitiker bietet die Homepage der Deutschen Keynes-Gesellschaft:

www.keynes-gesellschaft.de

Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

ZUR PERSON

John Maynard Keynes

Geboren 1883 in Cambridge (England)

1902–1905 Studium der Philosophie, Geschichte, Mathematik und Ökonomie am King's College in Cambridge

1906–1908 Anstellung beim India Office der Regierung bis 1908, dann Rückkehr an die Universität als Dozent

1907 Keynes kommt in engeren Kontakt zu dem Bloomsbury Circle um die Schriftstellerin Virginia Woolf

1914 Berater des Schatzministeriums (Treasury)

1919 nimmt Keynes als Vertreter des Schatzministeriums an den Friedensverhandlungen in Paris/Versailles teil. Wegen der ökonomisch unverantwortlichen Reparationsvereinbarungen tritt Keynes von dieser Aufgabe zurück und veröffentlicht

1919 sein Buch »The Economic Consequences of the Peace«. Durch diese Veröffentlichung wird Keynes weltweit bekannt

1925 heiratet Keynes die russische Ballerina Lydia Lopokova

1925 Keynes engagiert sich gegen die Rückkehr Großbritanniens zum Goldstandard. Seine wachsende Zweifel an der überkommenen ökonomischen Theorie kulminieren

1936 in seinem Hauptwerk »The General Theory of Employment, Interest and Money«

1937 Herzattacke und schwere Krankheit

1942 Mitglied des House of Lords

1944 Keynes leitet die britische Delegation bei der Konferenz von Bretton Woods zur Errichtung eines neuen Weltwährungssystems

1946 stirbt Keynes am 21. April mit noch nicht ganz 63 Jahren an Herzversagen

den Fällen widersprach Keynes der herkömmlichen Ansicht scharf. Ein rascher Defizitabbau in der Krise ist nach seiner Theorie keine Maßnahme der Krisentherapie, sondern verschärft die Krise sogar. Ebenso argumentierte er bei den Löhnen, dass eine Senkung der Nominallöhne gar nichts hilft bzw. die Arbeitslosigkeit sogar



Der Ökonom mit seiner Frau, der russischen Tänzerin Lydia Lopokova.

weiter ansteigen lässt. Was die alte Theorie nämlich nicht berücksichtigt, ist der Umstand, dass sowohl eine Reduktion des Staatsdefizits als auch die massenhafte Absenkung der Löhne die gesamtwirtschaftliche Nachfrage fühlbar weiter reduzieren, und als Konsequenz Produktion und Beschäftigung weiter sinken. Dass die Gefahr sehr real ist, dass ein solcher Prozess erst auf einem sehr tiefen Niveau zum Stillstand kommt, zeigten die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise.

Das Staatsdefizit erscheint in der Sicht der Keynes'schen Theorie in solchen Situationen nicht als Übel, sondern als notwendiger, positiver Beitrag der Wirtschaftspolitik zur Stabilisierung der Konjunktur. Darüber hinaus schreibt Keynes dem Staat die Aufgabe zu, in Phasen der Wachstumsschwäche der Wirtschaft durch defizitfinanzierte Staatsausgaben, v. a. Investitionen, Impulse für eine Wachstumsbelebung zu geben. Was die Löhne betrifft, so negierte Keynes zwar die Möglichkeit, durch einen Schub an Lohnerhöhungen Wachstum zu generieren, aber ebenso wenig hielt er Lohnsenkungen für eine geeignete Maßnahme. Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht nach Keynes zunächst in der Stabilisierung der Gesamtnachfrage zur Dämpfung der Abwärtsbewegung und darüber hinaus auch in der Setzung defizitfinanzierter Wachstumsimpulse zur Hebung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

Keynes' wirtschaftspolitische Denkansätze waren 1936 eine ungeheuerliche Provokation, nicht zuletzt auch in politischer Hinsicht, da sie den herrschenden

wirtschaftsliberalen Lehren widersprachen. Seine Rechtfertigung von Staatsdefiziten öffnete einer Ausweitung des Staatsanteils und des Staatsinterventionismus Tür und Tor. Dass er die Widerstände der Gewerkschaften gegen Lohnsenkungen theoretisch rechtfertigte, war ein Sakrileg, weil damit Unternehmern und Kapitalisten erschwert wurde, die immer mehr und mehr fordernde Arbeiterschaft in die Schranken zu weisen. Am meisten provozierte der Umstand, dass Keynes keineswegs Sozialist oder Gewerkschaftsfreund war, man ihm deshalb nicht vorwerfen konnte, dass er von einem »linken« Interessenstandpunkt aus argumentierte. Dementsprechend erweckte der »Verräter« Keynes lange Zeit starke Hassgefühle auf bürgerlich-konservativer Seite.

Makroökonomische Sichtweise

Sozusagen als Nebenprodukt der Keynes'schen Theorie hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Siegeszug der »Keynes'schen Revolution« eine Betrachtungsweise der Wirtschaft durchgesetzt, die man als Makroökonomie, d. h. gesamtwirtschaftliche Sichtweise, bezeichnet, im Unterschied zur Mikroökonomie, die den Wirtschaftsprozess als Gesamtheit der Vorgänge auf der Vielzahl der Einzelmärkte betrachtet. Die Theorie von Keynes beruht wesentlich auf der Betrachtung des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs, der die gesamte Wirtschaft wiederum in große »Aggregate« unterteilt: privater Konsum, (Bruttoanlage-) Investitionen, öffentlicher Konsum, Im-

WEBLINKS

Deutsche Keynes-Gesellschaft
www.keynes-gesellschaft.de

Homepage von Günther Chaloupek
www.chaloupek.eu/

porte/Exporte auf der »Nachfrageseite«, Lohnsumme und »Gewinne« auf der Einkommenseite. Wichtige theoretische Begriffe, die von Keynes eingeführt wurde, beruhen auf diesen Unterscheidungen, z. B. die Konsumneigung als Anteil des privaten Konsums am Gesamteinkommen, **Investitionsquote**, letztlich auch der sog. »Multiplikator«.

Diese Betrachtungsweise hat sich als dauerhafte Innovation erwiesen, hinter die auch die Kritiker und Gegner von Keynes, die seit den Siebzigerjahren wieder zahlreich hervortreten, nicht mehr zurück können. So etwa hat die von dem US-Ökonomen **Milton Friedman** begründete **monetaristische** Denkrichtung die makroökonomische Kreislaufbetrachtung vom Keynesianismus übernommen.

Kreislaufanalyse

Jedes Land, die EU als Gesamtheit und wichtige internationale Organisationen wie OECD und Währungsfonds betreiben eine makroökonomische Politik auf der Grundlage dieser Kreislaufanalyse. Daraus ergeben sich gewisse Sachzwänge, die von Keynes betonte Nachfrageseite in der Wirtschaftspolitik zu berücksichtigen. Auch wenn der Keynesianismus seit längerem wieder starker Kritik ausgesetzt ist, müssen manche seiner Lehren auch von den Gegnern akzeptiert werden. Wenn diese im Budgetdefizit wieder prinzipiell ein Übel sehen, so müssen sie doch **konzedieren**, dass man in der Rezession nicht Budget konsolidieren soll (»automatische Stabilisatoren wirken lassen«); oder wenn sie die Löhne für überhöht halten, verlangen sie keine allgemeine Nominallohnsenkung oder Abschaffung der kollektivvertraglichen Lohnbestimmung. Es hat unter der Fahne von Monetarismus, Angebotspolitik oder einfach »neoklassischem Mainstream« eine Bewegung der Gegenrevolution gegeben,

die den öffentlichen Sektor wieder zurückdrängen und die Gewerkschaftsmacht beschneiden möchte. Wichtige Errungenschaften der modernen Wirtschaftspolitik sind aber dabei unangefochten und unangetastet geblieben.

Auch hat die jüngste Finanzmarktkrise gezeigt, dass die Notenbanken sich ihrer Verantwortung bewusst sind, indem sie durch massive Geldinjektionen eine Bankenkrise verhindert haben. Gerade bei diesem Anlass muss jedoch betont werden, dass Keynesianismus mehr beinhaltet als Notenbankkredite und – wie jetzt in den USA wieder als Schnellschuss – Steuersenkungen.

Priorität der Realwirtschaft

Neben seiner umfassenden wissenschaftlichen und schriftstellerischen Tätigkeit betätigte sich Keynes auch als Vermögensverwalter von Universitäten, einer Versicherungsgesellschaft und auf eigene Rechnung, und er war mit Ausnahme weniger kritischer Phasen dabei erfolgreich. Gerade weil er die Finanzmärkte auch von dieser Seite her kannte, trat er als Ökonom immer als deren scharfer Kritiker auf und wandte sich mit all seiner großen Überzeugungskraft gegen jede Theorie, die den Finanzmärkten die führende Rolle bei der Steuerung der Wirtschaft zuweisen möchte. Mit ätzender Schärfe analysierte er den fundamentalen Irrationalismus der zwischen überzogen optimistischer und pessimistischer Stimmung schwankenden Börsen. Seine Perspektive war, die hochspekulativen Segmente des Finanzmarktes im Zuge des von ihm aufgrund steigender Sparquoten langfristig erwarteten Überflusses an Geldkapital langsam durch eine Niedrigzinspolitik auszutrocknen. Niedrige Zinsen für Geldkapital sind zwar schlecht für Finanzinvestoren, aber gut für Investitionen in Maschinen, Anlagen und Infrastruktur, deren Finanzierung dadurch erleichtert wird. Die gesamte Kapitalmarkt- und Geldpolitik sollte darauf hinarbeiten, dass die Finanzmärkte sich an den Funktionsbedingungen der Realwirtschaft orientieren, nicht umgekehrt.³ Da

³ Die englische Ökonomin Joan Robinson (1903–1983), eine der bedeutendsten Schülerinnen von Keynes, hat dies in ihrem Buch »The Rate of Interest and other Essays« (1952) so formuliert: »Industry leads, finance follows«.

⁴ Aus dem Band mit gesammelten Aufsätzen von Keynes »Politik und Wirtschaft« (1956).

Keynes meinte, die private Investitionstätigkeit werde dennoch nicht ausreichen, das steigende Sparvolumen zu absorbieren, schlug er eine »Sozialisierung der Investitionen« vor. Darunter verstand er nicht die Verstaatlichung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, sondern die langfristige Steigerung der öffentlichen Investitionen in Infrastruktur aller Art, also auch Bildung, Wissenschaft, Gesundheitswesen und Kultur.

Zurückdrängen der Gier

Das grundlegende Misstrauen gegen die Welt der Finanzmärkte hat bei Keynes nicht nur ökonomische Gründe. Seine ökonomischen Lehren waren in ein umfassendes gesellschaftspolitisches Denken eingebettet, das eine primär auf dem Verlangen nach mehr Reichtum und Geld beruhende Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft ablehnte, ja verabscheute. Keynes war ein Gegner des Kommunismus und sah einzig im Wirtschaftssystem des Kapitalismus die Chance, durch Steigerung von Produktivität und Produktion den durchschnittlichen Lebensstandard langfristig so weit zu heben, so dass sich die Menschen stärker auch den nicht-ökonomischen Interessen widmen können. »Wir werden Zwecke wieder höher werten als die Mittel und werden das Gute dem Nützlichen vorziehen ... Vor allem aber lasst uns die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Aufgaben nicht überschätzen oder ihren angeblichen Notwendigkeiten Dinge von größerer und beständigerer Bedeutung opfern.«⁴

In einer Zeit, in der uns die Werbung täglich suggeriert, dass Geiz geil ist; in der innerhalb weniger Jahre eine Finanzmarktkrise auf die andere folgt; in der die Arbeitslosigkeit unannehmbar hoch ist, haben die Botschaften von John Maynard Keynes 62 Jahre nach seinem Tod ihre Aktualität bewahrt.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
 an den Autor
guenther.chaloupek@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Und Tschüss!

Nach den jüngsten Betriebsverlagerungen stellt sich wieder einmal die Frage, ob Investitionsförderungen eine sinnvolle Standortpolitik sind?

Autorinnen: Mag. Elisabeth Beer,
Mag. Susanne Wixforth

Mitarbeiterinnen der AK Wien,
Abteilung EU & Internationales und
Abteilung Wirtschaftspolitik

Nuer Höhepunkt in der Diskussion bezüglich Für und Wider von Subventionen für Unternehmen – Nokia Betriebsverlagerung von Deutschland nach Rumänien.

Die Abwanderung

Mit Jahresbeginn 2008, zeitgleich zum Ablauf der Subventionsübereinkommen über 52 Mio. Euro mit dem Land Nordrhein-Westfalen, gab die Geschäftsleitung von Nokia bekannt, dass das Werk in Bochum mit rund 3.300 MitarbeiterInnen

aus Kostengründen geschlossen wird, weil der 2007 erwirtschaftete Gewinn von 134 Mio. Euro in seiner Höhe nicht den Erwartungen der Aktionäre entsprach. Der größte Teil der Produktion wird in ein neues Werk nach Rumänien verlagert, das mit günstigen Steuern, Niedriglöhnen und Infrastrukturinvestitionen von 1,4 Mrd. Euro lockt. Ende 2007 gab Novartis Österreich die Schließung des traditionsreichen Forschungsstandortes in Wien bekannt. Davon sind 240 Angestellte betroffen. Ursprünglich war Wien das weltweite Kompetenzzentrum von **Novartis**. Obwohl der Umsatz des Gesamtkonzerns in den ersten neun Monaten 2007 um 13 Prozent auf rund 19,4 Mrd. Euro angestiegen war, sollen zur Erzielung noch höherer Gewinne Arbeitskosten gespart werden. Und im vorliegenden Fall durch die Zusammenlegung der Forschungsstandorte. Die großen Massenentlassungen aufgrund Standortverlagerungen der letzten

Jahre waren unter anderem Renault-Vilvorde in Belgien (1997), VW-Werk bei Brüssel (2006), Michelin in Frankreich (1999) und Goodyear in Italien (2000). Diese Liste lässt sich beliebig fortsetzen.

Der Fall Semperit

Auch darf die größte österreichische Betriebsverlagerung von Semperit nicht in Vergessenheit geraten: 1985 kaufte der deutsche Conti-Konzern das Semperit-Werk in Traiskirchen von der Creditanstalt. Zeitgleich wurde eine Investitionsförderung in Schilling-Milliardenhöhe vereinbart. 1994 erfolgte der Abzug der **F&E**-Abteilung in das Stammwerk nach Hannover. 1996 wurden ein Teil der Maschinen samt Produktion nach Tschechien verlagert und 500 MitarbeiterInnen freigesetzt. Da laut Konzernleitung die Werke in Schweden (Gislaved) und Österreich die teuersten Produktionsstandorte wa-

Entwicklung des nationalen Beihilfevolumens in den EU-Mitgliedsstaaten 1996–2006

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Jahresdurchschnitt 2001–2003	Jahresdurchschnitt 2004–2006
EU-25													
Beihilfen insgesamt ohne Eisenbahnsektor in Mrd €									67,5	66,6	66,7		
In % des BIP									0,62	0,60	0,58		
EU-15													
Beihilfen insgesamt ohne Eisenbahnsektor in Mrd €	77,9	98,9	66,1	57,1	59,1	62,3	65,6	57	61,7	60,9	61,1	61,1	61,2
In % des BIP	0,93	1,12	0,73	0,61	0,60	0,62	0,65	0,56	0,59	0,58	0,56	0,61	0,58

Anmerkung: Der außergewöhnlich hohe Wert für 1997 ist größtenteils auf die Beihilferegelung zugunsten der Crédit Lyonnais in Frankreich zurückzuführen (ungefähr 21 Mrd €). Ebenso ist der verhältnismäßig hohe Wert für 2002 teilweise auf die erheblichen Bürgschaften zurückzuführen, die der Bankgesellschaft Berlin AG im Rahmen des Umstrukturierungspakets gewährt wurden.

Quelle: GD Wettbewerb, GD Energie und Verkehr, GD Landwirtschaft und GD Fischerei – Europäische Union.

Nationale staatliche Beihilfen in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten 2006 (Haupthandelspartner Österreichs)

	Beihilfen insgesamt ohne Eisenbahnsektor in Mrd €	Beihilfen insgesamt ohne Eisenbahnsektor in % des BIP
EU-25	66,7	0,58
EU-15	61,1	0,56
Österreich	2,3	0,9
Deutschland	20,2	0,87
Italien	5,5	0,37
Frankreich	10,4	0,58
Slowakei	0,2	0,51
Tschechien	0,8	0,66
Slowenien	0,3	0,83

Der niedrige Anteil am BIP in den neuen Mitgliedsstaaten ist darauf zurückzuführen, dass ein großer Teil der Investitionsförderungen über die EU-Strukturfonds abgewickelt werden. Frankreich und Italien scheinen die Meldepflicht bei nationalen Beihilfen nicht allzu ernst zu nehmen.

ren, wurde 2002 die Schließung der Reifenproduktion unter Freisetzung von ca. 1.500 MitarbeiterInnen beschlossen.

Die unmittelbare Reaktion der Öffentlichkeit auf diese Standortverlagerungen war neben der allgemeinen Empörung der Aufruf zum VerbraucherInnenboykott als »Selbsthilfemaßnahme« einer Nation. Gleichzeitig haben PolitikerInnen auf allen Ebenen sowie die EU-Kommission aufgefordert, rasch mit dem Fördertourismus Schluss zu machen. Gewiss hat die öffentliche Diskussion dem Firmenimage geschadet, doch solche tagespolitischen Meldungen sind bald vergessen.

EU-Subventionen

Ist Investitionsförderung durch Subventionen unter den Rahmenbedingungen großer Ungleichheiten in der erweiterten Union noch zeitgemäß? Oder tragen die dafür eingesetzten Fördermittel am Ende selbst zu unerwünschten Verlagerungen und entsprechenden Arbeitsplatzverlusten bei? Der Schwerpunkt der europäischen **Kohäsionspolitik** liegt überwiegend auf der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und weniger auf dem Ausgleich der regionalen Unterschiede. Die wirtschaftlich rückständigen Regionen der EU setzen die

europäischen Fördergelder zur Überwindung von Standortnachteilen ein: Modernisierung der wirtschaftlichen Infrastruktur und Förderung von ansiedlungswilligen Unternehmen mit den nach dem europäischen Beihilfenrecht höchstmöglichen Fördersätzen als Anreiz zur Betriebsansiedlung.

Nationale Förderungen

Die Europäische Kommission beteuert, dass im Fall Nokia keine EU-Strukturfondsmittel für die Werkserrichtung in Rumänien ausgezahlt wurden. Dies widerspricht auch den verschärften Bestimmungen der Allgemeinen Strukturfondsverordnung¹, die verhindern sollen, dass mit europäischen Geldern Standortverlagerungen innerhalb der Europäischen Union gefördert werden. Inwieweit die Nokia-Ansiedlung in Rumänien durch rein nationale Fördertöpfe (also solche, die nicht aus dem Strukturfonds mitfinanziert werden) gefördert wird, bleibt offen. So können beispielsweise unter dem Titel Forschung und Entwicklung, Umweltschutz, Investitions- und Regionalförderung² nationale Beihilfen, also ohne Co-Finanzierung aus EU-Töpfen, nach Art. 87 (3) (a) und (c) EG-Vertrag vergeben werden. Angesichts der geringen Bedeutung staatlicher Beihilfen am BIP (**siehe Tabellen 1–3**) dürften Beihilfen bei Unternehmen weitgehend den Stellenwert eines Mitnahmeeffektes einnehmen.

Billiger Faktor Arbeit

Aus den dargelegten Beispielen drängt sich folgende Schlussfolgerung auf: Die Produktionen waren zwar erfolgreich, doch konnten sie durch Umsiedlung noch gewinnbringender gestaltet werden – eben mit noch niedrigeren Kosten für den Faktor Arbeit. Das Lohnniveau der bulgarischen und rumänischen Metall- und Elektroindustrie beträgt z. B. nicht einmal zehn Prozent des Lohnniveaus der westlichen EU-Länder.

Dazu ergeben sich im Vergleich auch massive Vorteile hinsichtlich niedrigerer Unternehmensbesteuerung, wobei dieses Thema von den absiedelnden Unternehmen und der Politik selten ins Treffen geführt wird. Haben sich anfänglich die neuen Mitgliedsstaaten gegenseitig unterboten, so überschlagen sich jetzt auch die »alten« Mitgliedsstaaten beim Angebot von günstigen Steuersätzen.

Das Wohlstandsgefälle zwischen den alten und neuen Mitgliedsstaaten, bedingt durch niedrige Löhne und Steuern, bringt den mittel- und osteuropäischen Ländern enorme Standortkostenvorteile. Hauptmotiv der Produktionsverlagerungen sind die niedrigen Arbeitskosten. Die multinationalen Konzerne sind darauf bedacht, diese Lohnunterschiede auch langfristig beizubehalten, ansonsten ziehen sie weiter. Dadurch geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander, obwohl allgemein argumentiert wird, dass multinationale Konzerne ihre Beschäftigten überdurchschnittlich gut bezahlen und damit wichtig für den wirtschaftlichen Aufholprozess sind. Aber mitnichten – das Nokia-Werk bezahlt seine ArbeiterInnen selbst für rumänische Verhältnisse unterdurchschnittlich! Und dies ist gewiss kein Einzelfall. Von Investitionsförderungen profitieren in erster Linie die Unternehmen, daher ist »Subventions-Hopping« durch die Länder der EU eine Fehlallokation von Steuermitteln und strikt zu unterbinden.

Aus Sicht der Gewerkschaften ist die Zusammenarbeit der europäischen Betriebsräte zu stärken. Diese haben ein Recht auf rechtzeitige Information und Anhörung und können im Rahmen dessen Alternativkonzepte vorlegen. So werden laut einer Studie des Fraunhofer Instituts³ in Karlsruhe beispielsweise Produk-

¹ Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006

² Art. 87 (3)(a) lässt Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht, zu. Dazu zählt in der Regel das gesamte Staatsgebiet der neuen EU-Mitgliedsstaaten ausgenommen die Großstädte.

tivitätssprünge von 15 bis 30 Prozent an bestehenden (deutschen) Standorten, die durch innovative Technologien und Lösungen im Wettbewerb sowie überdurchschnittliche Investition in Forschung und Entwicklung erreicht werden, bei kostenorientiertem Standortvergleich nicht kalkuliert.

Eine internationale Solidarisierung über die Eurobetriebsräte oder Gewerkschaftsorganisationen kam bis dato nur in geringem Umfang zustande, da die nicht betroffenen Standorte nicht zu Kampfmaßnahmen zu motivieren waren. Solidarisierung klappt eben nur bei eigener Betroffenheit. So waren im Fall des Conti-Konzerns zunächst die gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen in Charlotte (USA) von Erfolg gekrönt, durch die nach einem Jahr Streik 1989 höhere Löhne durchgesetzt wurden.

Inzwischen sind drei der vier Produktionsstandorte in den USA geschlossen, nur der nicht organisierte Betrieb in Mount Vernon ist nach wie vor tätig. Eine späte Rache der Konzernleitung? Einzige Hoffnung: Das Fraunhofer Institut stellte fest, dass insgesamt der erwartete Erlös aus der Verlagerung gar nicht realisiert wird. Mitte 2004 bis 2006 verlagerten 15 Prozent aller (deutschen) Industrieunternehmen Teile ihrer Produktion ins Ausland. Jedes Sechste kehrte nach vier bis fünf Jahren nach Deutschland zurück, weil die Auslandserfahrung negativ war.

Alternativkonzepte der Politik

Aus Sicht des europäischen Industriekommissars Verheugen ist die Konsequenz klar: Wenn für die Unternehmen einzig und allein der Shareholder-Value Grundlage für Unternehmensentscheidungen ist und sich die Investitionen nur unter Zuhilfenahme von Steuermitteln rechnen, ist eine nachhaltige Förderung der regionalen Entwicklung nicht gewährleistet. Diese Mittel sollten besser für Bildung, Ausbildung und den Aufbau einer modernen Infrastruktur verwendet werden. Neben der Sozialisierung der

³ »Nokia und der Standortwettbewerb in der EU« von Manfred Wannöfel, in WISO Februar 2008, Hsg. Friedrich Ebert Stiftung, 2008

⁴ Z. B. Chinese Investment Corporation – US\$ 200 Mrd. Stabilization Fund (Russland) – US\$ 157 Mrd.

EU-Strukturfonds – Finanzrahmen der EU 2007–2013

Mitgliedsstaaten	Bevölkerung (2004) in Tsd	EU-Fonds in Mio €	in %
Deutschland	82.501	26.340	7,61
Frankreich	62.324	14.379	4,14
Großbritannien	59.834	10.613	3,07
Italien	58.175	28.812	8,32
Spanien	42.692	35.217	10,18
Polen	38.180	67.284	19,44
Rumänien	21.673	19.668	5,68
Niederlande	16.276	1.907	0,55
Griechenland	11.064	20.420	5,90
Portugal	10.502	21.511	6,22
Belgien	10.417	2.258	0,65
Tschechien	10.207	26.692	7,71
Ungarn	10.107	25.307	7,31
Schweden	8.994	1.891	0,55
Österreich	8.175	1.461	0,42
Bulgarien	7.781	6.853	1,98
Dänemark	5.403	613	0,18
Slowakei	5.382	11.588	3,35
Finnland	5.227	1.716	0,50
Irland	4.059	901	0,26
Litauen	3.436	4.620	1,33
Lettland	2.313	6.885	1,99
Slowenien	1.997	4.205	1,21
Estland	1.356	3.456	1,00
Zypern	740	640	0,18
Luxemburg	453	65	0,02
Malta	401	855	0,25
Total	489.671	346.097	100

Anmerkung:

Die EU-Strukturfonds betragen 36 % der insgesamt 945 Mrd. € EU-Budgets (dies entspricht rund 1,1 % des BNE).

In der Umsetzung der EU-Programme kofinanzieren die Mitgliedsstaaten die EU-Gelder zu bis zu 50 %, d. h., dass sich die effektiv eingesetzten Fördermittel etwa verdoppeln.

Standortschließungskosten (auf EU-Ebene durch den Sozial- und Globalisierungsfonds, auf nationaler Ebene durch Arbeitsstiftungen, staatliche Bürgschaften und Garantien) wird auch immer wieder die Einführung von Staatsfonds zur Verwaltung von strategischem Eigentum angedacht.

Dies vor allem, seit der Europäische Gerichtshof regelmäßig nationale Gesetze zur Erhaltung eines »Golden Share« wegen Beschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit als EU-rechtswidrig qualifiziert und die Staatsfonds der aufstrebenden Wirtschaftsmächte immer globaler tätig werden.⁴ Damit soll der Verschleuderung von volkswirtschaftlichem Vermögen entgegengewirkt werden: So lukrierte im Falle von Semperit der Conti-Konzern

jahrelang Gewinne, während gleichzeitig die ArbeitnehmerInnen mehrere Rationalisierungsprogramme hinnahmen. Nach Schließung des österreichischen Produktionsstandortes verblieben das gesamte Technologiewissen sowie die Markenrechte bei Conti.

KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorinnen
Elisabeth.Beer@akwien.at
Susanne.Wixforth@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wenig Geld, hohes Risiko

Freie DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen in der Erwachsenenbildung sichern den Erfolg der Bildungsinstitute.

Autorin: Anita Stavik

Sekretärin im Geschäftsbereich
Interessenvertretung in der GPA-DJP

Die TrainerInnen, Vortragenden und Lehrenden der Bildungsinstitute bekommen für ihre Arbeit jährlich sinkende Honorare, einen unsicheren Arbeitsplatz und sind dabei von Regelungen des Arbeitsrechts, Geltungsbereichen der Kollektivverträge und der Vertretung durch die betriebliche Interessenvertretung ausgeschlossen. Auswirkungen dieser »EinzelkämpferInnen«-Position, von der rund 60 Prozent der Beschäftigten im Bildungsbereich betroffen sind, sind nicht nur günstige Kursangebote für die EndabnehmerInnen. Die Folgen einer solchen Entwicklung werden sichtbar, wenn man die Vertragsbedingungen und die Entwicklung der Honorare genauer unter die Lupe nimmt. Die Interessengemeinschaft work@education in der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-DJP) untersucht daher jedes Jahr die Einkommensentwicklung der TrainerInnen und publiziert das »Honorarbarometer«. Das »Honorarbarometer – Daten und Fakten rund um TrainerInnen-

Honorare« zeigt jährlich das gleiche Phänomen: Die Honorare stagnieren oder sinken – die Abgeltung der Inflation ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Es existieren zwar Unterschiede bei der Bezahlung, jedoch ist eine Kumulierungstendenz der obersten und untersten Werte in Richtung Median und eine Stagnation bei der Höhe der Honorare zu beobachten (siehe Grafik).

Negative Einkommensentwicklung

Real sinken die Honorare im Bildungsbereich kontinuierlich. Durch fehlende jährliche Anpassung sinkt auch die Kaufkraft der Lehrenden. Die dauerhaften Preissteigerungen bei lebensnotwendigen Gütern treffen vor allem die BezieherInnen der niedrigsten Honorare. Die Entwicklung des Verbraucherpreisindex für die Jahre 2006 bis 2008 zeigt, dass die Honorare durchschnittlich um 3,7 Prozent hätten steigen müssen, damit es bei den TrainerInnen zu keinen Einkommensverlusten gekommen wäre.

Obwohl freie DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen im Bildungsbereich Erträge im Kerngeschäft des jeweiligen Unternehmens erwirtschaften, bekommen sie kein Stück vom Kuchen. Die jährlichen Erhöhungen der angestellten Beschäftigten beinhalten aber sehr wohl einen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg (Produktivität). Perspektiven auf eine positive Einkommensentwicklung sind für »Freie« so gut wie nicht existent. Wie die Analyse der Erhebung 2008 zeigt, wird das wirtschaftliche Risiko der Bildungsinstitute durch die wiederholte Vergabe von befristeten Verträ-

INFO & NEWS

Kennzeichen des Bildungsbereichs

- Die Honorare stagnieren bzw. sinken, u. a. durch die fehlende Inflationsabgeltung
- Das wirtschaftliche Risiko wird durch immer wieder befristete Verträge auf TrainerInnen, Vortragende und Lehrende abgewälzt
- Erfahrung der TrainerInnen hat keine Auswirkung auf die Höhe des Honorars
- Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind nach wie vor gravierend
- Das Nichteinhalten von Regelungen zur Vertragsgestaltung schließt die Beschäftigten vom Arbeitsrecht, den Geltungsbereichen der Kollektivverträge und der Vertretung durch die betriebliche Interessenvertretung aus

gen auf die sogenannten »Honorarkräfte« übertragen. Arbeitsplatzsicherheit gibt es in der Branche faktisch keine. Die Auftragslage der Bildungsinstitute bestimmt, ob ein Vertrag verlängert wird oder nicht. Die freien DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen tragen damit nicht nur das wirtschaftliche Risiko, sie fungieren auch als »Puffer« für auftragschwache bzw. bildungsfreie Zeiten.

Wer nun glaubt, dass die Institute das auch durch höhere Honorare ausdrücken, der täuscht sich. Die Bildungsinstitute nutzen die Dauer des Vertrages sehr offensiv als Steuerungselement. Die wie-

WEBLINKS

Sie können das Honorarbarometer 2008 unter www.gpa-djp.at/education bestellen.

derholte Befristung eines Vertrages ist eher die Regel als die Ausnahme. Der Konkurrenzkampf um die Aufträge des AMS wird immer härter. Das bekommen die TrainerInnen durch Kettenverträge zu spüren.

Geschlechterdifferenzen

Besonders auffällig ist, dass die Honorare zwischen freiem Dienstvertrag und Werkvertrag im Mittelfeld fast gleich »hoch« sind. Nach Abzug der Sozialversicherung wird dann deutlich, dass freien DienstnehmerInnen unterm Strich mehr übrig bleibt und sie dazu auch noch bessere soziale Absicherung haben. Verschärfend kommt dazu, dass der Frauenanteil bei freien Dienstverträgen kontinuierlich sinkt. Das bedeutet, dass weibliche Vortragende in die schlecht abgesicherten Beschäftigungsverhältnisse abrutschen.

Das Arbeitsmarktservice (AMS) ist der größte Auftraggeber am Bildungsmarkt. Dadurch hat es eine besondere Bedeutung bei der Steuerung der herrschenden Arbeitsbedingungen. Ungefähr 5.000 TrainerInnen, Vortragende bzw. Lehrende arbeiten in diesem Marktsegment. In AMS-finanzierten Maßnahmen gibt es eine starke Konzentration auf eine bestimmte Honorarhöhe. Erfahrung oder auch der Bildungsabschluss spielen kaum eine Rolle bei der Höhe der Bezahlung, obwohl die Qualifikationen der TraineeInnen eine wichtige Rolle für den Zu-



schlag des AMS für eine Maßnahme spielt. Am freien Markt findet sich eine breitere Einkommensstreuung. In der täglichen Beratungspraxis der Interessengemeinschaft work@education in der GPA-DJP fällt auf, dass die meisten freien Dienstverträge und auch Werkverträge im Bildungsbereich Umgehungsverträge sind. Bei den meisten Kursen kann nicht von freier Zeiteinteilung, freier Arbeitsplatzwahl und inhaltlichem Gestaltungsspielraum gesprochen werden.

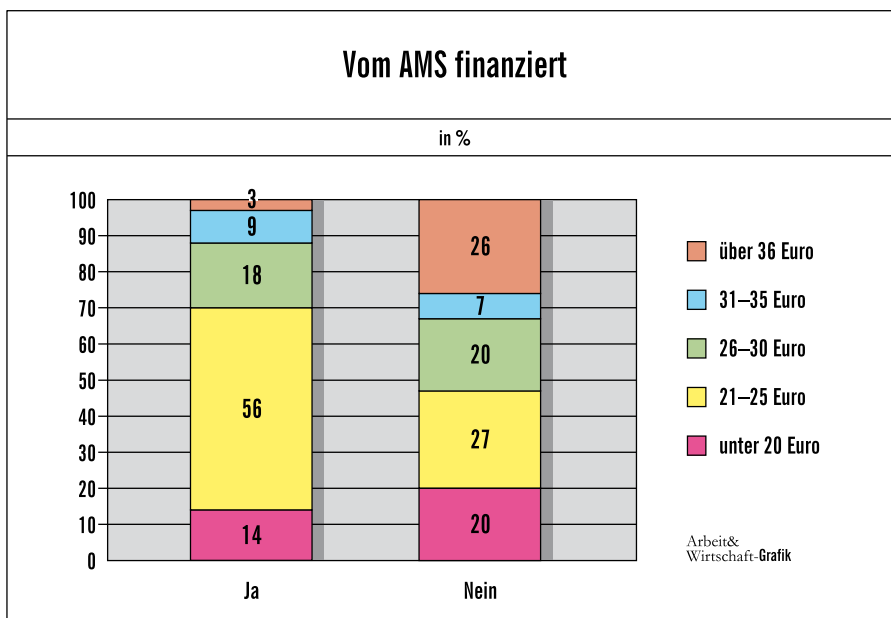
Mindeststandards schaffen!

Bei AMS-finanzierten Kursen kommt hinzu, dass die Vortragenden in diesen Maßnahmen eine Vielzahl von adminis-

trativen Aufgaben für den Träger zu erledigen haben und damit in den organisatorischen Ablauf des Betriebes eingebunden sind.

Für Beschäftigte mit freiem Dienstvertrag oder Werkvertrag sind geringere Steuern zu zahlen und es existieren kaum gesetzliche Bestimmungen wie z. B. das Arbeitszeitgesetz oder das Arbeitsverfassungsgesetz. Das Nichteinhalten von Regelungen zur Vertragsgestaltung bietet den Arbeitgebern die Möglichkeit, auf Kosten der Lehrenden Gewinne zu erhöhen, und »billig« am Bildungsmarkt anzubieten.

Während die GPA-DJP es als klaren Arbeitsauftrag sieht, für die Einhaltung der Regelungen zur Vertragsgestaltung einzutreten und Mindesthonorare für »echte« freie DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen auszuverhandeln, sehen dies die Arbeitgeber anders. Die GPA-DJP ist jederzeit bereit, über Strategien zur Geltungsbereichssicherung von Kollektivverträgen in Gespräche einzutreten und die Höhe eines Mindesthonorars weiterzuverhandeln, um dringend notwendige Mindeststandards zu schaffen und zu sichern.



KONTAKT

Schreiben Sie uns Ihre Meinung
an die Autorin
anita.stavik@gpa-djp.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

© Barbara Lavaut

Statistiken sind Argumente

	Harmonisierter VPI	
	April 08	März 08
Belgien (BE)	4,1	4,4
Deutschland (DE)	2,6	3,3
Irland (IE)	3,3	3,7
Griechenland (EL)	4,4	4,4
Spanien (ES)	4,2	4,6
Frankreich (FR)	3,4	3,5
Italien (IT)	3,6	3,6
Zypern (CY)	4,3	4,4
Luxemburg (LU)	4,3	4,4
Malta (MT)	4,1	4,3
Niederlande (NL)	1,7p	1,9p
Österreich (AT)	3,4p	3,5
Portugal (PT)	2,5	3,1
Slowenien (SI)	6,2	6,6
Finnland (FI)	3,3	3,6
Eurozone (VPI-EWU)	3,3p	3,6p
Bulgarien (BG)	13,4	13,2
Tschech. Republik (CZ)	6,7	7,1
Dänemark (DK)	3,4	3,3
Estland (EE)	11,6	11,2
Lettland (LV)	17,4	16,6
Litauen (LT)	11,9	11,4
Ungarn (HU)	6,8	6,7
Polen (PL)	4,3	4,4
Rumänien (RO)	8,7	8,7
Slowakei (SK)	3,7	3,6
Schweden (SE)	3,2	3,2
Vereinigtes Königreich (UK)	3,0	2,5
EU (EVI)	3,6p	3,8p
Island (IS)	10,7	6,8
Norwegen (NO)	2,7	2,8
EWU (VPI-EWR)	3,6p	3,7p
Schweiz (CH)	2,3	2,5

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

Datenquellen: EUROSTAT, ftd. Monat;
Anm.: Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum.
 Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HVPI.
p = revidiert; p = vorläufig

Der Arbeitsmarkt im April 2008

	Stand April 08	Veränderung zum Vormonat	Vorjahres- monat
Unselbst. Beschäftigung	3.393.280	1.212	82.631
ohne KUG/Präsenzdiener	3.276.583	-110	82.953
ArbeiterInnen	1.325.238	-1.676	27.702
Angestellte u. Beamte	2.068.042	2.888	54.929
Männer	1.827.026	13.361	37.265
Frauen	1.566.254	-12.149	45.366
AusländerInnen	427.895	-4.757	26.759
InländerInnen	2.965.385	5.969	55.872
Vorgemerkte Arbeitslose	205.074	-5.382	-14.301
Männer	107.537	-13.346	-8.662
Frauen	97.537	7.964	-5.639
AusländerInnen	37.528	-50	-2.133
InländerInnen	167.546	-5.332	-12.168
Jugendliche (bis unter 19)	7.731	62	-296
Jugendliche (19 bis unter 25)	25.125	1.152	-2.328
Ältere (50 bis unter 55)	21.634	-1.398	40
Ältere (55 bis unter 60)	16885	-995	266
Ältere (über 60)	4636	-147	687
Arbeitslosenquote	5,7	-0,1	-0,5
Offene Stellen	41.033	1.540	-564
Lehrstellensuchende	3.924	-359	-304
Offene Lehrstellen	3502	-114	232
Geringfügige Beschäftigung *	272.084	-2.769	27.703
Männer	88.753	-2.928	13.995
Frauen	183.331	159	13.708
ArbeiterInnen	152.567	-3.731	18.351
Angestellte	119.517	962	9.352

* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

Europa:

78 Millionen EuropäerInnen sind arm

Laut EU-Sozialbericht haben Kinder ein besonders hohes Armutsrisiko.

Laut Sozialbericht der EU-Kommission leben insgesamt 78 Millionen EuropäerInnen in Armut – ein Viertel davon sind Kinder. Ihr Armutsrisiko ist inzwischen deutlich größer als das der Erwachsenen, so eines der Ergebnisse des kürzlich veröffentlichten Berichts. Während von der Gesamtbevölkerung »nur« 16 Prozent von Armut bedroht sind, steigt dieser Anteil bei Kindern auf 19 Prozent, das ist fast jedes fünfte Kind. Europaweit gibt es dabei große Unter-

schiede. So sind in Dänemark zehn Prozent der Kinder durch Armut gefährdet, in Portugal, England, Italien, Ungarn und einigen anderen Staaten aber bereits 20 bis 25 Prozent der Kinder betroffen. Nur Polen und Litauen übertreffen diesen Satz mit 26 Prozent. Die Hälfte der Kinder, die in Armut leben, wachsen in Haushalten mit nur einem Elternteil (23 Prozent) auf oder aber in sehr großen Familien (27 Prozent). Als besonders erfolgreich bei der Armutsbe-

kämpfung werden die skandinavischen Länder, die Niederlande, Zypern, Slowenien und Österreich erwähnt. Eine aktive Beschäftigungspolitik werde hier mit »relativ hohen und effektiven Sozialleistungen« verbunden. Zusätzlich gebe es meist gute Betreuungsangebote für Kinder berufstätiger Eltern, – eine Erklärung, die auf Österreichisch eher nicht zutreffen dürfte.

Mehr Infos in den EU-News:
www.oegb.at/europa

China:

Wohnungssuche endet im Gefängnis

Aktivist gegen Zwangsräumungen im Vorfeld zu Olympia im Gefängnis gefoltert.

Der Wohnrechtsaktivist **Ye Guozhu** wurde am 18. Dezember 2004 zu vier Jahren Haft verurteilt. Grund dafür war sein Versuch, 2004 eine Demonstration gegen Zwangsräumungen in Peking im Vorfeld der Olympischen Spiele zu organisieren. Die Verurteilung erfolgte aufgrund eines nicht öffentlichen Verfahrens. Ye Guozhu leidet an gesundheitlichen Problemen – u. a. ausgelöst durch schwere Folter während seiner Festhaltung.

Nach Angaben des in Genf ansässigen Centre on Housing Rights and Evictions

(COHRE) wurden in Peking in den vergangenen Jahren mehr als 1,25 Millionen Familien aus ihren Häusern vertrieben – die Anzahl ist steigend. Grund dafür sind Stadtentwicklungsprojekte, einige davon stehen in direktem Zusammenhang mit den Olympischen Spielen. Viele Zwangsvertriebene erhalten weder ein faires Verfahren noch eine adäquate Entschädigung. Immobilienunternehmen, welche häufig im Eigentum oder in Nahebeziehung zu den lokalen Behörden stehen, verkaufen die Grundstücke mit hohem Gewinn weiter.

Artikel 11 der Internationalen Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR), welche von China ratifiziert wurde, sieht das Recht auf eine angemessene Wohnung vor. Dieses Recht beinhaltet auch Rechtsschutz vor Zwangsräumungen.

Appellieren Sie an die chinesischen Behörden, den Gewissensgefangenen Ye Guozhu freizulassen. Schicken Sie dazu den Musterbrief an die angegebene Adresse:

www.amnesty.at/gewerkschafterInnen/china/20080602.doc

Menschenrechte:

Amnesty International Report 2008

Der Jahresbericht 2008 zeichnet ein düsteres Bild der Menschenrechtsslage weltweit.

Sechs Jahrzehnte nach Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte dokumentiert der AI-Jahresbericht 2008, dass weiterhin Menschen in mindestens 81 Ländern gefoltert und misshandelt werden. In mindestens 77 Ländern gibt es kein Recht auf freie Meinungsäußerung und in mindestens 54 Staaten fehlen faire Gerichtsverfahren.

Amnesty International (AI) fordert die Regierungsverantwortlichen auf, sich für ihre Versäumnisse im sechzigsten Jubilä-

umsjahr der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu entschuldigen und konkrete Verbesserungsmaßnahmen vorzuschlagen. »Ungerechtigkeit, Ungleichheit und die Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen charakterisieren die Welt von heute. Die Regierungen müssen jetzt handeln, um die klaffende Lücke zwischen Versprechen und Realität zu schließen«, so Heinz Patzelt, Generalsekretär von AI Österreich anlässlich der Pressekonferenz zum Jahresbericht 2008 am 28. Mai.

Im Kapitel über Österreich kritisiert der Jahresbericht 2008 unter anderem, dass im österreichischen Strafrecht das Folterverbot immer noch nicht in der Form festgeschrieben ist, wie es das UN-Übereinkommen gegen Folter vorsieht. Weiters erhielten Personen, die im Polizeigewahrsam misshandelt wurden, sowie Angehörige bei Todesfällen in Haft nur in geringfügigem Maße Wiedergutmachung und Entschädigung.

Mehr Infos im Internet unter:
www.amnesty.at/jahresbericht08

Animismus: Der Glaube an die Seele als Lebensprinzip, die zum Beispiel auch in Form eines Geistes überleben kann. (Seite 30)

Bernhard von Clairvaux (sprich: klärwo): Mittelalterlicher Zisterzienser-Abt und Mystiker (1090–1153); im Auftrag des Papstes arbeitete er unter anderem erfolgreich am Zustandekommen des Zweiten Kreuzzuges (1147–1149) mit. Außerdem setzte er sich für die Verbindung von Mönch- und Rittertum ein (Templeritter) und warnte vor Ausschweifungen und Lastern im weltlichen Kriegsdienst. Bernhard von Clairvaux wurde 1174 heilig gesprochen. (Seite 24)

Brain-Drain: wörtlich: Gehirn-Abfluss; Bezeichnung für die Emigration besonders talentierter Menschen aus einem Land, beispielsweise während der Naziherrschaft aus Deutschland oder danach aus der DDR. Innerhalb Europas spricht man bezüglich der Wanderung von Wissenschaftlern und Experten von den ärmeren südlichen und östlichen Ländern in die reicheren EU-Staaten von Brain-Drain. (Seite 32)

Calvin, Johannes: französisch-schweizerischer Reformator (1509–1564), musste wegen seiner Konvertierung zum Protestantismus Frankreich 1535 verlassen. Danach setzte er sich in der Schweiz für die Reformation ein. 1559 gründete Calvin die Genfer Akademie, die zur Hochschule des Calvinismus wurde, der sich durch eine besonders strenge Moral und Kirchenzucht auszeichnet. Seine ethischen Vorstellungen punkto Arbeit gelten als Grundlage für das Gewinnstreben im Kapitalismus. (Seite 25)

Dickens, Charles: englischer Schriftsteller (1812–1870), ursprünglich Journalist; gilt als erster Vertreter des sozialen Romans. Werke: Pickwick Papers, Oliver Twist, Ein Weihnachtslied, David Copperfield, Zwei Städte, Große Erwartungen. (Seite 4)

Doktrin: programmatische Festlegung (Seite 36)

DVB-T: Digital Video Broadcasting Terrestrial = terrestrische (erdgebundene) Verbreitung digitaler Fernsehsignale in der Atmosphäre; mit Hilfe dieser Technik können mehr Programme als analog ausgestrahlt und örtlich getrennte Fernsehsender besser verschaltet werden. (Seite 6)

EQUAL: EU-Programm zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten in Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt. (Seite 35)

ESF (Europäischer Sozialfonds): errichtet 1961, um die Chancen der Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. In Österreich standen aus Mitteln des ESF für den Zeitraum 2000–2006 insgesamt 761 Millionen Euro zur Verfügung. Diese flossen in die drei Programmziele, Ziel 1: Abbau regionaler wirtschaftlicher Ungleichheiten, Ziel 2: Förderung von Gebieten, die sich wirtschaftlich und sozial neu orientieren wollen, Ziel 3: Förderung von Menschen mit besonderen Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche. (Seite 35)

www.esf.at

F & E: Forschung und Entwicklung (Seite 39)

Friedman, Milton: US-Ökonom (1912–2006), führender Verfechter der weitgehend freien Marktwirtschaft. 1971 schaffte die US-Regierung auf seinen Rat hin

die feste Wechselkursbindung des Dollars an andere Währungen ab, was sich konjunkturstabilisierend auswirkte. Er erhielt 1976 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

Habitus: Gehaben, (Besonderheiten im) Erscheinungsbild, sittliche Haltung (Seite 23)

Hugo, Victor: französischer Schriftsteller (1802–1885), seine Werke sind zum Teil politischen Inhalts, vorwiegend wird er allerdings der Romantik zugerechnet. Werke: Die Elenden (Les Misérables), Der Glöckner von Notre Dame (Seite 4)

hybrid: aus Verschiedenem zusammengesetzt, durch Kreuzung entstanden (Seite 20)

Investitionsquote: Anteil sämtlicher in der Volkswirtschaft getätigten Investitionen an einer Sozialproduktgröße, meist dem Bruttoinlandsprodukt. (Seite 38)

Kohäsionspolitik: Die Kohäsionspolitik gehört seit der Einheitlichen Europäischen Akte (1986) zu einem der Kompetenzbereiche der EU. Sie beruht auf der Annahme, dass eine Umverteilung zwischen reicheren und ärmeren EU-Regionen erforderlich ist, um die Auswirkungen der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration auszugleichen. Nach der EU-Erweiterung 2004 um zehn neue Mitgliedsstaaten hat sich der Entwicklungsunterschied zwischen den Regionen verdoppelt. (Seite 40)

konkribieren: in eine Liste eintragen, zum Wehrdienst einberufen (Seite 15)

kontemplativ: besinnlich, beschaulich (Seite 25)

konzedieren: zugestehen, einräumen (Seite 38)

Kraus, Karl: österreichischer Schriftsteller, Übersetzer und Publizist (1874–1936), scharfer Kritiker des (Hetz-)Journalismus, gründete die Zeitschrift die »Fackel«, die er als Sprachrohr nützte. Auch sein Theaterstück »Die letzten Tage der Menschheit« erschien in Form mehrerer Sonderhefte der »Fackel«. 1911 konvertierte der Sohn eines jüdischen Papierfabrikanten zum Katholizismus, 1923 verließ Kraus die katholische Kirche wieder. (Seite 9)

Luther, Martin: deutscher Kirchenreformer (1483–1546); der Augustinermönch und Theologieprofessor wollte Fehlentwicklungen in der Kirche entgegentreten. Mit den 95 Thesen, die er am 31. Oktober 1517 am Hauptportal der Schlosskirche in Wittenberg anschlug, wandte er sich unter anderem gegen den Ablasshandel, durch den man sich von seinen Sünden freikaufen konnte. Damit war die Grundlage für die Reformation geschaffen. Der Verhaftung wegen Ketzerei konnte er sich später nur durch Flucht entziehen. Inkognito als »Junker Jörg« übersetzte Luther 1521 in nur elf Wochen die Bibel ins Deutsche, als erster in einer Sprache, die das Volk auch wirklich verstand. (Seite 25)

Meritokratie: Gesellschaftsform, in der die Amtsträger aufgrund ihrer Leistungen (Meriten = Verdienste) ausgewählt werden, Kompetenz und formelle Ausbildung sind entscheidend. Kritiker bemängeln daran unter anderem, dass eine objektive Beurteilung von Leistung nicht möglich ist. (Seite 23)

Multiplikator: Faktor, der die wirtschaftliche Wirkung von Impulsen (z. B. Konsumnachfrage, Staatsausgaben) misst. (Seite 38)

Monetarismus: Lehre der frühen Nationalökonomie, Vorläufer des Merkantilismus; die Regulierung der Geldmenge wurde als entscheidender Faktor zur Regulierung der Wirtschaft betrachtet. Der Monetarismus fand im 16. und 17. Jahrhundert seine größte Verbreitung. Der Neo-Monetarismus wurde in den 1960er Jahren hauptsächlich von Milton Friedman propagiert, der damit auf die wirtschaftspolitischen Schwächen des Neokeynesianismus reagierte. Nach seiner Theorie kann Inflation durch eine strikte Kontrolle der Geldmenge in den Griff bekommen werden.

Novartis: 1996 durch die Fusion von Ciba Geigy und Sandoz entstandener internationaler Pharmakonzern mit Sitz in Basel. (Seite 39)

Pecha Kucha (sprich: petscha khtscha; japanisch: Geplauder): Vortragstechnik, bei der zur Illustration jeweils 20 Bilder je 20 Sekunden lang an die Wand projiziert werden. Der gesamte Vortrag dauert also sechs Minuten und vierzig Sekunden. Damit soll das bei langatmigen Powerpoint-Präsentationen häufige Ermüden der ZuhörerInnen vermieden werden. (Seite 7)

regressiv: zurückgehend, rückläufig (Seite 28)

reziprok: wechsel-/gegenseitig (Seite 24)

säkularisieren: kirchlichen Besitz verstaatlichen (Seite 25)

Sen, Amartya: indischer Wirtschaftswissenschaftler und -philosoph, geb. 1933; seine Schwerpunkte sind die Themen Armut und Wohlfahrtsökonomie. Er erhielt 1998 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Auf Sens Vorschlag geht die Einrichtung des Human Development Index zurück, den das UN-Entwicklungsprogramm UNDP seit 1990 regelmäßig herausgibt. (Seite 16)

Streaming: Übertragung und Wiedergabe von Audio- und Videoprogrammen, dabei kann man über den Computer oder am Handy beispielsweise (live) Fernsehsendungen oder Videos sehen bzw. Radioprogramme hören. Diese werden allerdings nicht auf dem Gerät gespeichert. (Seite 6)

sublimieren: verfeinern, auf eine höhere Ebene versetzen (Seite 10)

Yoruba: Volk bzw. Sprachgruppe in Westafrika, hauptsächlich Nigeria; bereits im Mittelalter hatten deren größte Städte 100.000 Einwohner. Das Siedlungsgebiet der Yoruba zerfiel seit jeher in mehrere Stadtstaaten. Bis zum 19. Jahrhundert beteiligten sich die Yorubas rege am Sklavenhandel. Religion spielt eine wichtige Rolle und ist der Ursprung mehrerer religiöser Traditionen wie zum Beispiel Voodoo. Seit 2005 ist der heilige Hain der Orisha Osun ein UNESCO-Welterbe und das Ifá-Orakel des Orisha Òrúnmilá ein UNESCO-Meisterwerk der Menschheit. Orisha sind menschliche Geistwesen aus der Yoruba-Religion. (Seite 30)

Zwischenbrücken: war bis 1850 eine eigenständige Gemeinde zwischen der großen und kleinen Taborbrücke und liegt heute im zweiten und 20. Bezirk. (Seite 15)



Kammer für Arbeiter
und Angestellte für
Wien (Hrsg.)

Sozialleistungen im Überblick

10. aktualisier-
te Auflage 2008,
384 Seiten, € 23,80
ISBN: 978-3-7035-1326-8

Sozialleistungen im Überblick

Lexikon der Ansprüche und Leistungen

Dieser jährlich aktualisierte Ratgeber bietet allen Interessierten einen einfachen Zugang zu den wichtigsten Informationen über die zentralen Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von der Rechtsgrundlage und Finanzierung der jeweiligen Leistung bis hin zu Anspruchsvoraussetzungen und praktischen Hinweisen zur Antragstellung.

Das Buch zeichnet sich durch klare Gliederung, leichte Lesbarkeit und die Kombination von Leistungsbeschreibung und sozialpolitischer Zusatzinformation aus. Die Gliederung orientiert sich an typischen Lebenssituationen, an die Ansprüche auf Sozialleistungen regelmäßig anknüpfen: Kinder/Familie, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Arbeitsunfall, Ausbildung, Alter, Krankheit/Behinderung, Pflegebedürftigkeit und ergänzende Sozialleistungen.

GARANTIERT GUT INFORMIERT
www.oegbverlag.at

BESTELLSERVICE
In jeder Buchhandlung
oder direkt bei der ...

Bestellung:

im Web: www.oegbverlag.at
per Mail: bestellung@oegbverlag.at oder
per Fax: 01/405 49 98-136

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136
E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Ja, ich bestelle _____ Exemplar/e von **Sozialleistungen im Überblick** € 23,80

Name	
Firma/Institution	
PLZ	Ort
Anschrift	
Telefon, E-Mail	
Datum, Unterschrift	

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten. Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten.

Mehr Geld für Pendler und Pendlerinnen.

Umstieg auf Öffis fördern.



Foto: ÖGB/Walter Schreiner

Unsere Vorschläge zur Steuerreform jetzt auf www.oegb.at



Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW

02Z031759M

P. b. b. Erscheinungsort Wien VERLAGSPPOSTAMT 1230 WIEN